

NEUE ZEIT



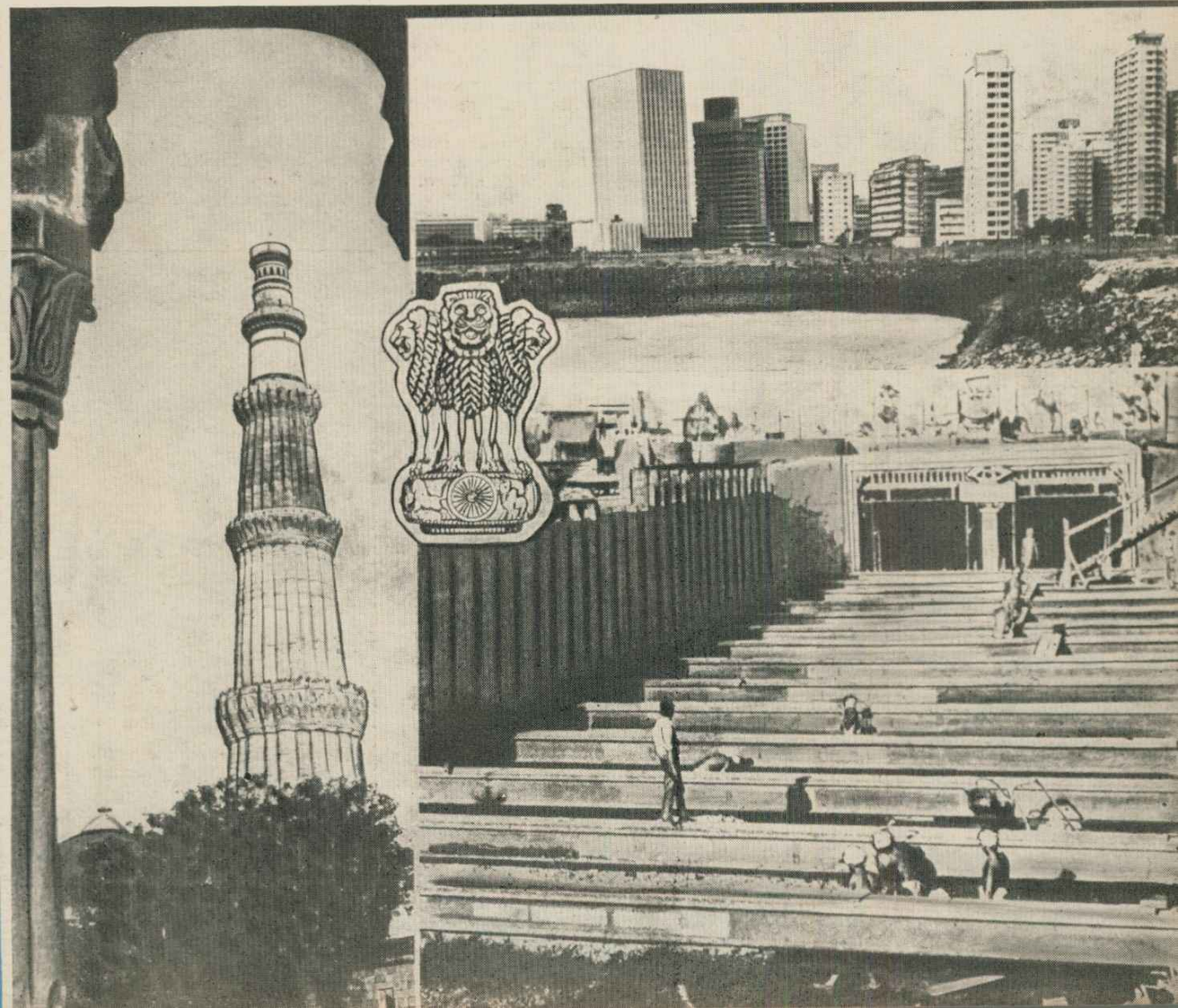
Universitätsbibliothek Bonn
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

**SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK**

43

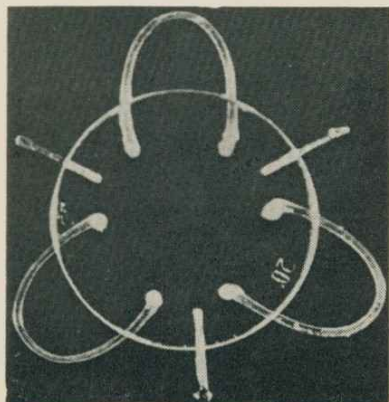
OKTOBER 1977

OKTOBERREVOLUTION BAHNTE DEN WEG ZUR FREIHEIT
Autonomie für Katalonien ★ **MENSCH UND WÜSTE:**
WER WIRD SIEGER? ★ Anatomie einer Sensation — Bericht aus Bonn



SOWJETUNION IM BILD

„Die Partei hat die Aufgabe an erste Stelle gerückt, das materielle und kulturelle Lebensniveau der sowjetischen Menschen zu heben. Sie hat die auf unserem Programm stehende Lösung: ‚Alles für den Menschen, alles um des Menschen willen‘ in Tausende und aber Tausende praktische Taten



umgesetzt. Von diesen Taten sieht die Partei und unsere gesamte Gesellschaft die Sorge für die Gesundheit der Menschen als eine der wichtigsten an. Im



neunten Planjahr fünf allein sind in der UdSSR 52 Md. Rubel für das Gesundheitswesen aufgewendet worden.“

Unser sozialistischer Staat scheut weder Mühe noch Mittel, wo es darum geht, allen sowjetischen Menschen kostenlos und rechtzeitig hochqualifizierte ärztliche Hilfe zu bieten. Ein Beispiel von vielen: In der Sowjetunion werden jedes Jahr mit Erfolg Tausende chirurgische Eingriffe vorgenommen, die Menschen von einem so schweren Gebrechen wie der Blindheit erlösen.

Viel steuert zu diesem edlen Werk das Moskauer Forschungslaboratorium für experimentelle und klinische Augen-chirurgie bei, in dem eine künstliche Augenlinse entwickelt worden ist, mit

deren Hilfe Patienten zwischen 70 und 100% ihrer Sehkraft wiedergegeben werden kann. Diese Linsen werden jetzt nach den USA, der BRD, nach Frankreich und vielen anderen Ländern exportiert.

Unsere Bilder: Prof. Swjatoslaw Fjodorow, ein Erfinder der künstlichen Augenlinse ♦ So sieht sie unter dem Mikroskop aus ♦ Die Lasertechnik steht heute auch im Dienste der Chirurgie ♦ Eine Operation ist im Gange.

Foto J. Lunkow



Universitätsbibliothek Göttingen
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

MACHT DIE GRENZEN UNVERLETZLICH!

Viele erinnern sich an die Szenen aus alten Wochenschauen: Wehrmachtsoldaten stürzen am ersten Tag des zweiten Weltkriegs Grenzpfähle um. So sah die Politik der Revidierung europäischer Grenzen in der Praxis aus, die zum imperialistischen Programm Hitlers gehörte. Mit der Veränderung von Grenzen hat man sich auch vor ihm schon beschäftigt, doch mit dem Namen Hitler ist der bis ins Absurde gesteigerte Drang verbunden, Grenzen nur als Vorwand zu Konflikten anzusehen, und ihre bewaffnete Verletzung als zulässige und straffreie Aktion.

Seither hat die Menschheit viel gelernt. Die Völker Europas und der ganzen Welt haben die alte Regel, laut der die einzige Lehre der Geschichte darin besteht, daß niemand aus ihr lernt, ad acta gelegt und kämpfen seit Kriegsende dafür, die bestehenden Grenzen unverletzlich zu machen und diese Unverletzlichkeit zu garantieren.

Europa also hat aus der Geschichte gelernt. In der Schlußakte von Helsinki ist das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen als ein fundamentales Prinzip der internationalen Beziehungen fixiert. Nun, da in Belgrad über die Erfüllung der Übereinkünfte von Helsinki gesprochen wird, können die Europäer die günstige Auswirkung dieses Prinzips feststellen.

Doch die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Prinzip, das nicht nur Europa angeht. Die internationale Lage erinnert ständig daran, daß auch in anderen Teilen unserer unruhigen Welt Grenzkonflikte entstehen und Grenzen verletzt werden. Ein Beispiel dafür sind die wiederholten Versuche Israels, die Grenzen im Nahen Osten zu revidieren. Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß der heutige Imperialismus, dem in Europa auf die Finger geklopft wurde, sein Glück nun in anderen Weltteilen versuchen will.

Dafür gibt es bestimmte Voraussetzungen. In Asien und insbesondere in Afrika ist das Problem der Grenzen der jungen Staaten häufig

vom Erbe der kolonialen Vergangenheit belastet. Dabei geht es nicht nur darum, daß die Grenzen der Kolonialreiche nicht immer mit den ethnischen Grenzen übereinstimmen, sondern hauptsächlich darum, daß gemäß dem alten „Teile und herrsche“ die Beherrscher der Kolonialwelt die Grenzen ihres Besitztums mit bösen Hintergedanken zogen. Auch andere Dinge komplizieren das Problem. Deswegen hat die OAU in einem Beschluß dazu aufgerufen, die Grenzen zu achten und ihre Unverletzlichkeit zu wahren.

Der Beschluß stammt aus dem Jahre 1964, ist aber heute noch genauso aktuell. Denn wie auch immer die konkreten Ursachen für Konflikte aussehen, diese Konflikte freuen immer nur den „lachenden Dritten“, d. h. den Neokolonialismus. Das Bemühen, die Entwicklung der jungen unabhängigen Staaten aufzuhalten, kann verschiedenartige Formen haben. Der Imperialismus zieht es jetzt vor, Konflikte zwischen ihnen zu provozieren, statt sich direkt einzumischen, wie er es früher tat.

Bei seiner kürzlichen Begegnung mit einem hervorragenden Mann der afrikanischen Befreiungsbewegung, Agostinho Neto, äußerte Leonid Breschnew, die afrikanischen Staaten könnten ihre Differenzen bereinigen, wenn das Vertrauen zwischen ihnen zunehme. „Jetzt, heute aber, scheint unserer Meinung nach die Hauptsache darin zu liegen, das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen im Interesse von Frieden, Sicherheit und Fortschritt der Völker überall zu beachten.“ Dabei betonte Leonid Breschnew, eine gute Voraussetzung für die Festigung des Friedens wäre es, wenn alle afrikanischen Staaten dem OAU-Beschluß zustimmen und ihn einhielten.

Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen trägt universellen Charakter. Unmittelbar dazu gehört auch das Prinzip des Verzichts auf Gewaltanwendung zur Lösung zwischenstaatlicher Streitfragen. Der bekannte sowjetische Vorschlag über den Abschluß eines weltumspannenden Gewaltverzichtsvertrages im Rahmen der UNO gewinnt heute außerordentliche Bedeutung, weil er den Anforderungen der Gegenwart am weitesten entgegenkommt. In den Aufrufen des ZK der KPdSU zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution heißt es: „Völker der Welt! Drängt darauf, daß der Gewaltverzicht zum Gesetz in den internationalen Beziehungen und die Kernwaffe für alle Zeiten verboten wird!“

Die Frage der Staatsgrenzen — sei es nun in Europa oder in Afrika — darf nicht mehr zu Konflikten führen. Die Grenzen müssen zu einem Grundbestandteil der Politik des Friedens und der Zusammenarbeit werden.

Am 16. Oktober veröffentlichte die sowjetische Presse die Aufrufe des Zentralkomitees der KPdSU zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Am 14. Oktober wurde in Tbilisi die Internationale Konferenz für Bildung im Bereich der Umwelt eröffnet, die im UNESCO-Rahmen stattfindet. Leonid Breschnew sandte ein Grusschreiben an die Konferenzteilnehmer, in dem er hervorhob, die weitere Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur könne nicht ohne Berücksichtigung der Folgen von Katastrophen gehen, die die menschliche Einwirkung in der Natur hinterläßt.

In der Nacht zum 12. Oktober kam bei einem Attentat der Vorsitzende des Kommandorats der Jemenitischen Arabischen Republik Oberstleutnant al-Hamdi ums Leben. Im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und in seinem eigenen Namen drückte Leonid Breschnew dem Vorsitzenden des Kommandorats al-Ghassimi sowie den Mitgliedern des Rats und der Regierung der Republik sein tiefes Beileid anlässlich des tragischen Todes al-Hamdīs aus. (Siehe S. 14.)

Am 11. Oktober traf als Gast der sowjetischen Regierung der Generaldirektor der UNESCO Amadou-Mahtar M'Bow in Moskau ein. Er wurde am 12. Oktober von Alexej Kossygin im Kreml empfangen.

Am 15. Oktober trafen in Moskau der Vorsitzende der Paraguayanischen Kommunistischen Partei Antonio Maidana und die Mitglieder des ZK der Paraguayanischen KP Julio Rojas und Alfredo Alcorta ein. Sie wurden 19 Jahre lang vom Diktatorenregime im Gefängnis gehalten. Im Januar 1977 erfolgte aufgrund einer weltweiten Solidaritätsbewegung mit den Patrioten Paraguays ihre Freilassung. Am 17. Oktober trafen die Genossen Maidana, Alcorta und Rojas im ZK der KPdSU mit dem Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK

der KPdSU, Ponomarjow, und dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Schaposchnikow zusammen. Die Genossen aus Paraguay sprachen dem sowjetischen Volk, der KPdSU, ihrem Leninischen Zentralkomitee sowie Leonid Breschnew ihren Dank für die proletarische Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Paraguay aus.

Am 17. Oktober fuhr auf Einladung des ZK der KP Finnlands eine Delegation der KPdSU unter dem Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, nach Helsinki.

In der KVDR begann am 15. Oktober aus Anlaß des 60. Jahrestags der Oktoberrevolution ein Monat der koreanisch-sowjetischen Freundschaft.

Auf der 32. Tagung der UNO-Vollversammlung ging die Generaldebatte zu Ende. Repräsentanten von mehr als 140 Staaten legten die Haltung ihrer Länder zu den wichtigen Problemen der Gegenwart dar. Als offizielles Dokument wird in der UNO der Text der sowjetischen Erklärung über die vollständige Beseitigung der Überreste von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid verbreitet. (Siehe S. 6.)

Am 14.—16. Oktober tagte in Paris eine Internationale Konferenz für die gerechte Regelung der Nahostkrise. An ihr beteiligten sich Vertreter von nationalen Organisationen aus 60 Ländern aller Kontinente (darunter der UdSSR) und 20 internationaler Organisationen. In einer Deklaration begrüßte die Konferenz die sowjetisch-amerikanische Nahosterklärung, die zur Einberufung der Genfer Konferenz beitragen könne, und verurteilte das israelisch-amerikanische „Arbeitspapier“ zur Genfer Konferenz, das jeglichen Fortschritt bei der Herstellung des Friedens in diesem Raum torpediere.

Am 14. Oktober ging der offizielle Kuba-Besuch einer von dem Vorsitzenden der FRELIMO, dem Präsidenten der Volksrepublik Moçambique, Samora Machel, geleiteten Delegation Moçambi-

ques zu Ende. Während des Besuchs kam es zu Gesprächen mit einer kubanischen Delegation unter dem Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas, dem Vorsitzenden des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba Fidel Castro. Es wurden ein Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen den beiden Ländern, ferner Abkommen über einen Plan zur Zusammenarbeit zwischen der KP Kubas und der FRELIMO sowie über die kulturelle Zusammenarbeit Kuba—Moçambique und weitere unterzeichnet.

Am 17. Oktober traf Fidel Castro auf Einladung des Ministerpräsidenten von Jamaika Michael Manley zu einem offiziellen 5-Tage-Besuch in Kingston ein.

Der jugoslawische Präsident, Vorsitzende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Josip Broz Tito hielt sich vom 12. bis zum 14. Oktober zu einem offiziellen Besuch in Paris auf. Er hatte Gespräche mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing. Am 17. Oktober traf Broz Tito zu einem offiziellen 3-Tage-Besuch in Portugal ein. In seinen Gesprächen mit dem portugiesischen Präsidenten Antonio Eanes kamen ein breiter Kreis internationaler Fragen sowie die beiderseitigen Beziehungen zur Sprache.

In New York traf der 4. Nationalkonvent des Bundes junger Arbeiter für Befreiung — der kommunistischen Jugendorganisation der USA — zusammen. In einer Sonderresolution zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution erklärte der Konvent, der Bund werde für die Verwirklichung der Ideen des Oktober, für Frieden und Gleichheit in der ganzen Welt, für Sozialismus kämpfen.

In der Ägäis und im Mittelmeer hielten sechs NATO-Länder Großübungen ab. Zum erstenmal seit seinem Austritt aus der Militärorganisation der NATO 1974 beteiligte sich auch Griechenland an den Manövern.

Am 14. Oktober schloß in Blackpool die Jahreskonferenz der Konservativen Partei Großbritanniens.



Am 15. Oktober wurden in Brest die Tage der Freundschaft der polnischen und der sowjetischen Jugend feierlich eröffnet. In einer Grußbotschaft an die Teilnehmer betonte Leonid Breschnew, die sowjetisch-polnische Freundschaft sei heute zu einem mächtigen Faktor geworden, der unseren Völkern dazu ver helfe, die beeindruckenden Programme des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR und der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Polen zu verwirklichen. Unser Bild: Kundgebung auf dem Festplatz der Gedenkstätte „Brester Heldenfestung“.

Telebild TASS

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 43 OKTOBER 1977
Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow, B. Pistschik (Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa, V. Tschernjowski (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Macht die Grenzen unverletzlich!	1
W. Kudrjawzew — Der Weg zur wahren Freiheit	4
UNO: Drei Wochen Generaldebatte	6
L. Besymenski, W. Gawilewski — In konstruktivem Geist!	6
O. Alow — Naher Osten: Endstation Genf	8
J. Gudkow — Holzauktion in New York!	10
W. Tschirkow — Spanien: Die Generalität kommt wieder	12
Belgrad baut	14
A. Stepanow — Die Tragödie von Sana	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
J. Koblew — Stets mit dem Land der Oktoberrevolution	18
J. Babenko — Frankreich: Politische Kreuznähte	20
W. Tretjakow — Indien: Bokaro — ein Symbol	22
B. Assojan — Mensch und Wüste: Wer wird Sieger!	24
K. Karagesian — Anatomie einer Sensation	26
Diskussion mit dem Leser	28
Dokumente: Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken	30
PS	32

Viele Gesichter hat das moderne Indien. Dort trifft das Neue auf das Alte und hält triumphalen Einzug im Leben dieser asiatischen Großmacht. Titelbild: Der alte Tempel Kutb Minar in Delhi; moderne Gebäude in Bombay; U-Bahn-Bau in Kalkutta

Fotos TASS

DER WEG ZUR WAHREN FREIHEIT

Wladimir KUDRJAWZEW

Direktor des Instituts der AdW der UdSSR für Staat und Recht

Die neue Verfassung ist, kann man sagen, eine konzentrierte Bilanz der gesamten 60jährigen Entwicklung des Sowjetstaates. Sie zeugt markant davon, daß die von der Oktoberrevolution verkündeten Ideen, die Gebote Lenins erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Leonid BRESHNEW

Keine Revolution hat soviel dafür getan, die Ideale wahrer Demokratie zu verwirklichen und die rechtliche und faktische Ungleichheit aufzuheben, wie die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Demokratie, Freiheit, Humanismus, Menschenrechte. Eine Welt, in der die Ideale wahr und in der die Menschenrechte und Menschenwürde wirklich respektiert werden. Das war jahrhundertlang der Traum der größten Geister, dafür haben Millionen Unterdrückte und Entrechtete im Laufe der ganzen Menschheitsgeschichte gekämpft. Je mehr sich die Völker sozial entwickelten, desto deutlicher erkannten sie, daß die wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Erwartungen darin besteht, eine wahre Volksmacht aufzurichten.

Nicht von ungefähr verfocht der fortschrittliche Teil der jungen Bourgeoisie, deren Interessen sich weitgehend mit denen der werktätigen Massen deckten, beim Aufschwung der bürgerlich-demokratischen Revolution eine Volksherrschaft und erklärte die „Volkssouveränität“ zur Grundlage der Staatsmacht. Eben weil die breiten Volksmassen diesen Idealen und Prinzipien anhängen, konnte jede bürgerlich-demokratische Revolution schließlich siegen. Deshalb konnte eigentlich kein bürgerlich-demokratischer Staat umhin, in seiner Verfassung die „Volksherrschaft“ anzuerkennen. In der Präambel der amerikanischen Verfassung von 1787 heißt es: „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, ... konstituieren diese Verfassung und setzen sie in Kraft.“ „Alle Bürger können gleichermaßen zu öffentlichen Posten zugelassen werden; die freien Völker kennen keinen anderen Grund, jemanden bei der Auswahl vorzuziehen, wie Tugend und Begabung“, heißt es in der vom Nationalkonvent des revolutionären Frankreichs 1793 ange-

nommenen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Auch die herrschenden Kreise der erst in der Epoche des Imperialismus entstandenen bürgerlichen Staaten wagten es nicht, auf das Prinzip der Volksmacht zu verzichten. So heißt es in Artikel 1 der italienischen Verfassung: „Die Souveränität gehört dem Volke.“ Bestimmungen dieses Sinnes sind auch in den Verfassungen vieler anderer bürgerlicher Staaten enthalten.

Diese hohen Prinzipien zu verkünden oder sogar gesetzlich zu verbieten, ist aber noch nicht alles. Man muß auch garantieren, daß sie verwirklicht werden. Lenin schrieb: „Eine Verfassung ist fiktiv, sobald Gesetz und Wirklichkeit auseinanderklaffen, sie ist nicht fiktiv, sobald sie übereinstimmen.“ Legt man heute diesen Maßstab an die bürgerlichen Verfassungen an, so muß man, wenn man nur unvoreingenommen ist, zugeben, daß die von der Bourgeoisie verkündeten Lösungen und Prinzipien den sozialen Verhältnissen in den Ländern des Kapitals in keiner Weise entsprechen.

Es ist bezeichnend, daß heutzutage im Westen nicht allein fortschrittliche Wissenschaftler und Politiker, sondern auch viele Bewunderer der kapitalistischen Zustände besorgt von einem Selbstmord der Demokratie und einer immer tieferen Kluft zwischen Regierung und Volk sprechen. Zu diesem Schluß gelangen sie infolge der im Kapitalismus unlösbaren Probleme, als da sind: die zyklischen Krisen, Arbeitslosigkeit, Armut, Militarismus, Rassismus, Korruption und sittlicher Tiefstand.

So qualifiziert der bekannte Fachwissenschaftler für Demokratie G. Sartori, dessen Buch „Die demokratische Theorie“ mehrere Auflagen erlebt hat, die bürgerliche Demokratie nur als einen speziell für etwas gefundenen Ausdruck, „das

in Wirklichkeit nicht existiert“. Kurz vor der 200-Jahr-Feier der USA erklärte der amerikanische Politologe H. Morgenthau, daß die amerikanische Wirklichkeit keineswegs „ein Wiedererstehen der demokratischen Institute verspricht, deren Gründung vor 200 Jahren wir demnächst feiern werden“.

Wovon zeugen derartige Ansprüche? Vor allem davon, daß die Wahrnehmung der Klasseninteressen der Bourgeoisie unweigerlich dazu führt, daß die Demokratie von der Reaktion und die Gesetzlichkeit von der Willkür verdrängt wird. Diese Tendenz meinte Lenin mit den Worten, daß „der Imperialismus bestrebt ist, die Demokratie überhaupt durch die Oligarchie zu ersetzen“.

Unser Land ist einen ganz anderen geschichtlichen Weg gegangen. Die Oktoberrevolution bahnte den Weg zu wahrer Freiheit und Demokratie, und nach ihr konnten die realen Menschenrechte gesetzlich gesichert und garantiert werden, Rechte, die jedem eine angemessene Stellung in der Gesellschaft gewährleisten; günstige Voraussetzungen, unter denen sich die Persönlichkeit harmonisch und allseitig entwickeln kann; wahre Volksmacht auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet; eine Demokratie, die vor allem soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung gewährleistet.

Wenn wir heute die Bedeutung der neuen sowjetischen Verfassung ermessen, sagen wir stolz und voll Genugtuung, daß sie die gewaltigen Errungenschaften auf diesem Wege widerspiegelt und Aussichten darauf bietet, die sozialistische Demokratie weiter auszudehnen und zu vertiefen sowie den rechtlichen Status eines jeden Bürgers zu erhöhen.

Rassendiskriminierung, die Zurücksetzung der Frau, die Benachteiligung der Jugend — das sind nur einige Äußerungen der sozialen und nationalen Ungleichheit, die für die kapitalistische Ordnung typisch ist. Kein Wunder, daß die größten kapitalistischen Mächte, wenn internationale Pakte über die Menschenrechte abgefaßt werden, alles tun, um diese möglichst auf politische und persönliche Rechte zu beschränken.

Die soziale, politische und juristische Praxis unseres Landes zeigt deutlich, daß der sozialistische Staat nicht nur den humanen Prinzipien folgt, die in internationalen Pakten

über die Menschenrechte verbrieft sind — Pakten, die die UdSSR schon 1973 ratifizierte —, sondern vielfach noch über sie hinausgeht. Beispielsweise ist im Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vorgesehen, daß dem Recht eines jeden auf Bildung, einschließlich der obligatorischen und kostenlosen Grundschulbildung, Genüge getan werden soll. In unserem Land ist außer der Grundschul- auch die Ober- und Hochschulbildung kostenlos.

Artikel 12 dieses Paktes betrifft das Gesundheitswesen einschließlich ärztlicher Betreuung und Pflege im Krankheitsfall. Die sowjetische Verfassung sieht nicht nur kostenlose und qualifizierte ärztliche Hilfe für alle Bürger, sondern auch eine ganze Anzahl anderer Maßnahmen zur Schaffung der nötigen Verhältnisse vor, unter denen die Menschen lange leben und sich betätigen können.

Als eins der ersten in der Welt hat unser Land in seinem Grundgesetz das Recht auf Wohnung verbrieft, das Leonid Breschnew lebenswichtig nannte. Keine einzige bürgerliche Verfassung formuliert ausführlich das Recht auf Arbeit einschließlich des Rechts auf Berufswahl, auf eine Stellung und Besoldung nach Quantität und Qualität der Leistung. Das Riesenheer der Arbeitslosen im Westen zeugt eindeutig davon, wie es dort mit der Gewährleistung dieser Rechte bestellt ist. In der UdSSR sind sie durch unsere ganze Lebensordnung garantiert.

Die neue sowjetische Verfassung entspricht der marxistischen These, daß in keinem Staat das System der Rechte, Freiheiten und Pflichten der Bürger sozial neutral ist. Umgekehrt, es widerspiegelt die Klassennatur der Gesellschaft. Die bürgerlichen Propagandisten strengen sich aus Leibeskräften an, diese objektive Gesetzmäßigkeit zu vertuschen, sie leugnen die Abhängigkeit der von der Bourgeoisie verkündeten Prinzipien der Demokratie von der Struktur und Basis des Kapitalismus. Sie reden von einer Selbstständigkeit des Staates, davon, daß die Rechte und Freiheiten des Menschen nichts mit den sozialen und den Produktionsverhältnissen in dem betreffenden Land zu tun hätten. Wie wenig das den Tatsachen entspricht, zeigt schon ein flüchtiger Einblick in die Verfassungen der meisten westlichen Länder. Da steht ja schwarz auf weiß, daß sie die wichtigste Grundlage des Kapitalismus waren: das Recht auf Privateigentum. So heißt es in der Verfassung Italiens: „Das Privateigentum ist gesetzlich anerkannt und garantiert.“ Ähnlich lautet die bundesdeutsche Verfassung. Lenin schrieb: „...eure Freiheit, ihr Herren Engländer, Franzosen und

Amerikaner, ist Betrug, wenn sie der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals widerspricht. Ihr habt eine Kleinigkeit vergessen, ihr zivilisierten Herren. Ihr habt vergessen, daß eure Freiheit in einer Verfassung geschrieben steht, die das Privateigentum legalisiert. Das eben ist der springende Punkt.“ Die Oktoberrevolution hat dem Recht auf Privateigentum ein für allemal ein Ende bereitet und damit auch der größten Ungerechtigkeit, der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen.

Die neue Verfassung und die laufenden Gesetze der UdSSR erfassen alle allgemein demokratischen, humanistischen Errungenschaften und geben ihnen einen neuen, noch tieferen Sinn. Sozialistisch sind die von den Sowjetbürgern ausgeübten Rechte und Freiheiten vor allem dadurch, daß das die Rechte und Freiheiten des die Staatsmacht ausübenden schaffenden Volkes sind. Das muß jetzt auch die bürgerliche Propaganda einräumen. Allerdings paßt es ihr nicht, daß im neuen Grundgesetz der UdSSR gesagt ist: „Die Nutzung der Rechte und Freiheiten durch die Bürger darf den Interessen der Gesellschaft und des Staates sowie den Rechten anderer Bürger keinen Schaden zufügen.“ Sie sehen darin eine „unerhörte Beschränkung“ der persönlichen Rechte und Freiheiten.

Wir machen gar kein Hehl daraus, daß das eine gewisse Beschränkung ist. Sie ist aber nicht nur zulässig, auch nach internationalem Gesetz, sondern völlig demokratisch. Mehr noch, sie ist eine Garantie gegen Anarchie und Willkür, dagegen, daß die wahren Freiheiten der Persönlichkeit unter dem extremistischen Vorwand mit Füßen getreten werden, daß alles erlaubt sei.

Wir möchten die Leute, die uns kritisieren, an den Wortlaut von Artikel 29 der Erklärung der Menschenrechte erinnern: „Jeder Mensch hat Pflichten vor der Gesellschaft, in der eine freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit allein möglich ist. Bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten darf jeder nur solchen Beschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich ausschließlich zu dem Zweck festgesetzt sind, die Rechte und Freiheiten anderer gebührend zu respektieren und den berechtigten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des Allgemeinwohls in der demokratischen Gesellschaft zu genügen.“ Einen ähnlichen Passus enthält auch der Internationale Pakt über Bürgerrechte und politische Rechte.

Der Gedanke ist keineswegs neu, daß Angehörige einer zivilisierten Gesellschaft nicht nur für sich selbst Sorge tragen dürfen, sondern es auch



60 JAHRE
Großer
Oktober

für ihre Mitbürger tun und die Interessen der Allgemeinheit respektieren und wahren müssen. Das ist ein allgemein anerkanntes, elementares demokratisches Prinzip, das von allen Denkern früherer Zeiten anerkannt wurde. Al Farabi, ein großer humanistischer Philosoph des Orients, schrieb vor 1000 Jahren: „Manche glauben, die Menschen hätten keinerlei Verbindung untereinander, jeder müsse die Interessen des anderen schmälern und ihn meiden. Das ist die bestialischste von allen Auffassungen der Menschheit.“ Bedarf es eines Beweises, daß diese Anschauung sich erst recht mit den Begriffen der modernen demokratischen und gar der sozialistischen Gesellschaft nicht vereinbaren läßt?

Der größte Vorzug unserer neuen Verfassung ist, daß sie Rechtsmechanismen für die Ausübung und Wahrung der verkündeten Bürgerrechte und -freiheiten vorsieht. Es ist das Recht, Unzulänglichkeiten im Wirken der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen zu kritisieren; das Recht darauf, Beschwerde gegen falsches Vorgehen von Amtspersonen, staatlichen und gesellschaftlichen Organen zu führen; das Recht auf gerichtlichen Schutz der berechtigten Interessen eines jeden, auf Schadenersatz usw. In Artikel 57 heißt es: „Die Achtung der Persönlichkeit, der Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger ist die Pflicht aller Staatsorgane, gesellschaftlichen Organisationen und Funktionäre.“ Das ist auch begreiflich: Der Sowjetstaat und alle seine Organe handeln nach den sozialistischen Gesetzen.

In seinem Schlußwort auf der außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR sagte Leonid Breschnew: „Unsere Partei hat bisher und wird auch weiterhin ständig dafür sorgen, daß die Werktätigen nicht einfach die ihnen von der Verfassung gebotene Möglichkeit zur Teilnahme an der Leitung der Gesellschaft haben, sondern daß sie faktisch, daß sie real an ihr teilnehmen.“

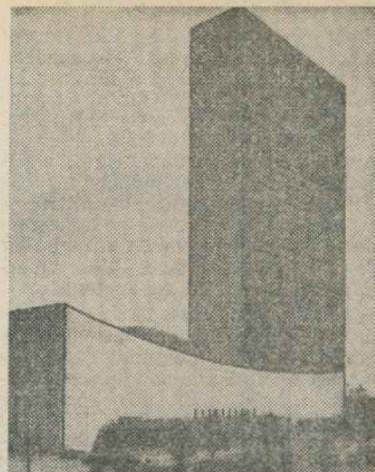
DREI WOCHEN GENERALDEBATTE

Auf der 32. UNO-Vollversammlung ist ein wichtiger Teil — die Generaldebatte — abgeschlossen. Es heißt, daß die Teilnehmer der allgemeinen Diskussion früher vor allem von Problemen sprachen, die nur ihre Länder bewegten. Das gilt aber für die jetzige Tagung keineswegs. Auf der Vollversammlung ergriffen 141 Delegierte das Wort (unter ihnen 15 Staatschefs und 115 Außenminister) — die größte Zahl in der Geschichte der Weltorganisation. Umfassend wie nie zuvor war auch der Inhalt der Reden.

Es ging um die Versuche militärischer Kreise des Westens, mit einer neuen Runde des Wettrüstens zu beginnen, um die Krisensituation im Nahen Osten, auf Zypern und im südlichen Afrika sowie um die weitere Verschlechterung der Handelspositionen der Entwicklungsländer

gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten. Zugleich wurde klar das Verständnis für die Interdependenz der globalen Probleme und für die Notwendigkeit vereinter Anstrengungen zu ihrer Lösung demonstriert. Das machte die klare Forderung in vielen Reden deutlich, die Bemühungen der UNO aktiv zu unterstützen und ihr eine größere Rolle in der Weltpolitik zuzuordnen.

Nicht von ungefähr stand im Mittelpunkt der Generaldebatte ein breites Spektrum von Fragen der Abrüstung und der Weiterentwicklung der Entspannung. Diese Probleme wurden eingehend in den Reden des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko und der Vertreter der anderen sozialistischen Länder behandelt. Allgemeine Unterstützung fand der Appell des sowjetischen Delegationsleiters, die bereits bestehen-



den Aktiva der Entspannung vor den Attacken feindlicher Kräfte zu schützen und entschiedene Schritte zur Eindämmung des Wettrüstens, zur Abrüstung zu unternehmen. Die Rede des amerikanischen Präsidenten auf der Plenartagung sollte die Bereitschaft der USA demonstrieren, den Weg friedlicher Vereinbarungen zu gehen. Doch wie soll man diese

IN KONSTRUKTIVEM GEIST!

Seitdem auf dem Belgrader Treffen die geschlossenen Tagungen begannen, haben die Journalisten genug Zeit, um nicht nur die einen oder anderen Aspekte des Treffens zu erörtern, sondern auch die Architektur des Sava-Kongreßpalastes zu bewundern. Er ist ein riesiger Glaschirm, der die grauen Betonklötze der Tagungssäle sozusagen bedeckt. Dafür sind alle Telefon- und Telexleitungen, die gewöhnlich in der Wand verborgen sind, nicht nur nach außen verlegt, sondern auch bunt bemalt.

Viele Konferenzteilnehmer und -beobachter sprechen davon, daß auch in den hier verlaufenden diplomatischen Diskussionen vieles von dem, was für gewöhnlich verborgen bleibt, an die Oberfläche getragen wird. Ein Grund dafür ist die angespannte Aufmerksamkeit, mit der der Verlauf des Treffens von der europäischen und der Weltöffentlichkeit verfolgt wird.

Die geschlossenen Tagungen gehen weiter. Einige Wochen lang werden die Teilnehmer des Treffens darüber diskutieren, wie die einzelnen Abschnitte der Schlußakte zu erfüllen sind. So wurde z. B. bereits der erste Abschnitt der

Schlußakte „Fragen der Sicherheit in Europa“ erörtert. Kernstück dieses Abschnitts ist bekanntlich die Deklaration der zehn Prinzipien.

Die ersten Informationen zeigen, daß die Delegation der USA und mit ihr die Vertreter einer Reihe von NATO-Ländern eine Großoffensive gegen das durchaus legitime Streben der Völker nach konstruktiven Abrüstungsmaßnahmen, nach einer Zügelung des Wettrüstens unternommen haben. Die Offensive erfolgte in zwei Stoßrichtungen zugleich: Erstens wurde überhaupt bestritten, daß Abrüstungsprobleme bei der Diskussion über die Verwirklichung der zehn Prinzipien von Helsinki erörtert werden dürfen. Zweitens wurde Prinzip VII (Wahrung der Menschenrechte) in den Rang des Hauptprinzips für die Erörterung in Belgrad erhoben.

Was die erste Stoßrichtung betrifft, so ruft die Argumentation nicht selten allgemeine Verwunderung hervor. Angeblich könne man über die Abrüstung sprechen, doch nur nicht in Belgrad. Und

das, obgleich ein Kapitel der Schlußakte direkt von Erwägungen spricht, „die sich auf Bemühungen zur Verminderung von Spannungen und zur Förderung der Abrüstung beziehen“ und das betreffende Kapitel „Fragen der Sicherheit in Europa“ heißt!

Doch wichtig ist nicht nur die formaljuristische, sondern auch die faktische Bevollmächtigung des Belgrader Treffens, über die Abrüstung zu sprechen. Sie ergibt sich aus der ernsthaften Besorgnis vieler europäischer Länder über die bestehende Lage. Bereits in den Eröffnungsreden der Delegierten wurde das Interesse vieler Länder an wirksamen Abrüstungsschritten bekundet.

So erinnerte der Delegierte Finnlands daran, daß in Europa heute die größten Truppenkontingente und Waffenarsenale der Erde konzentriert sind. Der Vorschlag des spanischen Delegierten für eine kernwaffenfreie Zone im Mittelmeerraum fand Beachtung. Vertreter einer Reihe anderer Staaten sagten, Abrüstungsmaßnahmen seien notwendig. Von den Erwartungen der europäischen Öffentlichkeit an Belgrad sprach der Leiter des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, Kanonikus Raymond Goor.

Erklärungen mit den Worten in Einklang bringen, starke Militärbündnisse und militärische Macht seien erforderlich?

In Fortführung ihrer sachbezogenen Außenpolitik legte die Sowjetunion der Vollversammlung die Entwürfe zweier Dokumente vor — die Deklaration über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung und die Resolution über die Abwendung der Gefahr eines Kernkrieges. Der Ausschuß für Fragen der Politik und Sicherheit beschloß einstimmig, die sowjetischen Initiativen in den Mittelpunkt seiner Arbeit zu stellen und die Rede des sowjetischen Vertreters gleich nach Beendigung der Generaldebatte anzusetzen. In der UNO schätzt man hoch ein — und das kam gleichfalls auf den Plenartagungen zum Ausdruck —, daß in die neue sowjetische Verfassung das Kapitel „Außenpolitik“ aufgenommen wurde, in dem die von der Weltgemeinschaft anerkannten Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen fixiert sind und die Treue der UdSSR zur Friedenspolitik klar bekundet ist.

Als gutes Vorzeichen für den Erfolg der Vollversammlung und als

positiver Schritt werden die Ergebnisse der Gespräche bewertet, die Andrej Gromyko zu Fragen der Begrenzung der strategischen Rüstungen und zu einer Nahost-Friedensregelung führte. Nach Meinung von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim enthält die sowjetisch-amerikanische Nahost-Erklärung die wichtigsten Elemente für eine Lösung.

Zu den Hauptbeschlüssen gehört eine Resolution über Hilfe beim Wiederaufbau Vietnams. Die Vollversammlung beauftragte Kurt Waldheim, „auch in Zukunft die Mobilisierung der Mittel und Bemühungen seitens der Weltgemeinschaft zu fördern, um dem vietnamesischen Volk beim Wiederaufbau des Landes zu helfen“.

Die ersten Wochen der Vollversammlung zeigen, daß Hauptziel der UNO die Lösung der internationalen Probleme auf dem Verhandlungswege, das Suchen nach wirksamen Formen für eine allseitig nützliche Zusammenarbeit und die Gewährleistung der wahren Menschenrechte ist.

Eigenbericht

New York, am 17. Oktober

Die sozialistischen Länder unterbreiteten den Teilnehmern des Treffens konkrete Vorschläge — unter anderem nicht als erste Kernwaffen gegeneinander einzusetzen. Doch die NATO-Länder stehen einstweilen dieser Initiative äußerst ablehnend gegenüber, ohne sich allzusehr um Argumente zur Begründung ihrer Haltung zu bemühen.

Noch größer ist die Kluft zu den Ideen von Helsinki an der zweiten Stoßrichtung. Dort wurde ein weiterer Versuch unternommen, die gesamte Diskussion über die zehn Prinzipien auf die „Menschenrechtsproblematik“ zu beschränken. Die systematische propagandistische Überbewertung einzelner Teile der Schlußakte wurde besonders deutlich in den Diskussionsbeiträgen einiger Delegationen, vor allem der USA. Derartige Erklärungen stießen jedoch bei einigen europäischen Diplomaten auf völliges Unverständnis.

Ebendeshalb entstand der durchaus begründete Verdacht, daß gewisse Kreise im Westen durch die Herausstellung der „Menschenrechtsfrage“ Belgrad von der Diskussion der anderen Fragen, die Europa wirklich bewegen, ablenken wollen.

Die Haltung der NATO-Länder hat ihre Gründe. Wie bekannt wurde, rich-

teten die USA schon vor Beginn des Belgrader Treffens an alle 15 NATO-Länder eine Sonderbotschaft, in der sie diese aufforderten, in Belgrad „vorbildliche Geschlossenheit“ zu zeigen. Was haben derartige Rückfälle in die Blockpolitik mit den Prinzipien von Helsinki gemein? Wenn man mit Delegierten, besonders aus neutralen Ländern, spricht, hört man nahezu von allen, daß sie die Blockpolitik ablehnen.

Der Leiter der DDR-Delegation, Ernst Krabbatsch, sagte uns zu einigen Besonderheiten der Diskussion in Belgrad: „In den nächsten Wochen und Monaten wird sich erweisen müssen, wer einen konstruktiven Meinungsaustausch zum Nutzen und wer Konfrontation zum Schaden der Entspannung sucht.“

Ein sachbezogenes Herangehen an die Aufgaben von Belgrad, wie bei den meisten Delegationen, kann und muß die Oberhand gewinnen. Wenn die Diskussion auf Themen kommt wie wirtschaftliche Kooperation und Zusammenarbeit in humanitären Bereichen wird das Streben der meisten Delegationen nach einer konstruktiven Haltung immer deutlicher.

L. BESYMENSKI, W. CAWILEWSKI

NZ-Sonderkorrespondenten

Belgrad, am 17. Oktober

NZ

STREIFLICHTER

LIBANON

Mitte Oktober unternahm die israelische Soldateska neue militärische Provokationen in Südlibanon. So beschloß schwere Artillerie in der Nacht zum 14. Oktober Positionen der palästinensischen Widerstandsbewegung und der libanesischen nationalpatriotischen Kräfte um Nabatiye. Der Raketen- und Artilleriebeschuß hielt auch am folgenden Tag an. Ferner wurden Positionen der palästinensischen Widerstandsbewegung und der nationalpatriotischen Kräfte bei den Ortschaften Annon und Deyr ez Zahran unter Beschluß genommen. Derartige verbrecherische Akte der israelischen Behörden, die ihre Aktionen mit den libanesischen konservativen Kräften koordinieren, widersprechen der Waffenstillstandsvereinbarung von Ende September.

Die libanesische Regierung ist bemüht, eine Normalisierung der Lage im Süden des Landes herbeizuführen und die Verwirklichung der dritten Etappe des Chfoura-Abkommens vom Juli durchzusetzen. Truppenkommandeure für Südlibanon wurden ernannt und sind bereits eingetroffen. Reguläre Einheiten der libanesischen Armee sollen einrücken. Die Führung der palästinensischen Widerstandsbewegung erklärte ihre Bereitschaft, zur Erfüllung des Abkommens beizutragen, insbesondere ihre Stellungen an die libanesische Armee zu übergeben.

NIGERIA—USA

Am 12. und 13. Oktober fanden in Washington Gespräche zwischen dem Staatschef der Bundesrepublik Nigeria, Generalleutnant Olusegun Obasanjo, und US-Präsident James Carter statt. Über die Ergebnisse dieser Gespräche wurde keinerlei Erklärung veröffentlicht.

Wie die Presse vorausgesagt hatte, offenbarten die amerikanisch-nigerianischen Gespräche ernste Differenzen zwischen beiden Ländern zu einer Reihe aktueller internationaler Probleme und zu einigen Aspekten der bilateralen Beziehungen. Der Sprecher des Weißen Hauses mußte einräumen, daß „gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten möglicherweise bestehen bleiben werden“.

ENDSTATION GENF

Oleg ALOW

In New York ist die fast dreiwöchige Runde von Konsultationen zu Ende gegangen, die die Außenminister der UNO-Vollversammlung abhalten. Sie nutzen diese Möglichkeit für einen Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Problemen. Große Aufmerksamkeit galt diesmal einer möglichen Nahostfriedensregelung.

Die Gespräche zwischen dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko sowie US-Präsident James Carter und Außenminister Cyrus Vance, Gromykos Treffen und Gespräche mit den Außenministern Syriens Abdel Khaddam und des Irak Saadun Hammadi sowie dem Mitglied des PLO-Exekutivkomitees Farouk Al-Kaddoumi fanden das besondere Interesse der Beobachter.

Auch die intensiven Kontakte der amerikanischen Führung mit dem israelischen Außenminister Moshe Dayan und einigen arabischen Delegationen fanden Beachtung. Einige gemeinsame Erklärungen wurden veröffentlicht, unzählige Reden gehalten und viele Interviews gegeben, die wiederholt im Mittelpunkt des politischen Tageskampfes standen.

Die meisten Beobachter meinen, daß für eine Nahostregelung jetzt günstige Voraussetzungen geschaffen werden. Die Ereignisse wenden sich — wenn auch auf Umwegen und zögernd — einer Wiedereinberufung der Genfer Konferenz zu.

Eine besonders wichtige Rolle hierbei hat die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Nahosterklärung vom 2. Oktober gespielt. Sie wird zu Recht von den verschiedensten Massenmedien als Dokument von großer internationaler Bedeutung eingeschätzt, das neue Möglichkeiten für einen Fortschritt zu einer Nahostregelung eröffnet.

Die UdSSR und die USA — die Kovorsitzenden der Genfer Konferenz — haben sich zum erstenmal gemeinsam für so eine umfassende Regelung ausgesprochen, die alle interessierten Seiten und alle Fragen erfassen würde. Gerade dafür ist die Sowjetunion stets eingetreten. In der Erklärung heißt es direkt, daß „Verhandlungen im Rahmen der speziell hierfür einberufenen Genfer Frie-

denskonferenz der einzig richtige und einzig wirksame Weg sind für eine grundlegende, komplexe Lösung aller Aspekte des Nahostproblems“. Das wird zweifelsohne das Manövrieren Israels und anderer Verfechter von Separatabkommen erschweren, die Genfer Konferenz zu umgehen und zu den sogenannten kleinen Schritten zurückzukehren. Nicht von ungefähr fiel das vielen Beobachtern auf.

Überall betont man, wie überaus wichtig es ist, daß die USA in dieser Erklärung zum ersten Mal zugestimmt haben, daß die Gewährleistung der „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ eine Schlüsselfrage ist. Früher hatte man in Washington nur in unklarer Form von einer „Berücksichtigung der Interessen“ der Palästinenser gesprochen. Jetzt waren die USA bereit, in die gemeinsame Erklärung Sätze über eine Teilnahme der „Vertreter aller in den Konflikt verwickelten Seiten, auch des palästinensischen Volkes“, an der Genfer Konferenz aufzunehmen. Hier ist die Tendenz zu einer Anerkennung des palästinensischen Volkes als gleichberechtigte Seite und vollberechtigten Teilnehmer der Genfer Konferenz festzustellen, obgleich die Amerikaner sich immer noch weigern, die PLO als legitimen Vertreter der palästinensischen Araber anzuerkennen.

Von ausgesprochen positiver Bedeutung ist auch die klar geäußerte Absicht der UdSSR und der USA, zu einer Wiederaufnahme der Genfer Konferenz noch vor Ende dieses Jahres beizutragen, und ihr gemeinsamer Appell an alle Konfliktseiten, die Rechte und Interessen des anderen allseitig zu berücksichtigen.

Wie die Weltpresse zu Recht schreibt, hat in dieser Erklärung die konsequente, prinzipielle Nahostpolitik der Sowjetunion die Feder geführt. Die Erklärung widerspiegelt jene Rolle, die die UdSSR bei den Bemühungen um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten spielt.

Die Sowjetunion unterstützt nach wie vor den gerechten Kampf der arabischen Völker, u. a. der Palästinenser. Diese ihre feste Linie wurde erneut in der Rede Andrej Gromykos

auf der 32. UNO-Vollversammlung bekräftigt. Die Sowjetunion tritt für einen Abzug aller israelischen Truppen aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten ein, für die Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechtes auf Selbstbestimmung und die Bildung eines eigenen unabhängigen Staates, für die Gewährleistung des Rechtes aller Staaten dieses Raumes auf selbständige Entwicklung und Sicherheit. Die Sowjetunion tut alles, damit diese Fragen auf der Genfer Konferenz bei gleichberechtigter Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich der PLO, des legitimen Vertreters des arabischen Volkes von Palästina, komplex behandelt werden.

Natürlich stehen einer Wiedereinberufung der Genfer Konferenz noch so manche Hindernisse im Wege. Viele Fragen müssen gelöst werden. Und obgleich es, wie die Presse



Terror und Gewalt — so sieht die Politik Israels in den okkupierten arabischen Gebieten aus.

Aus „U. S. News & World Report“

schrrieb, bei den New-Yorker Konsultationen vor allem um die sogenannten Prozedurfragen ging — die Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer, die Bildung von Arbeitsgruppen usw. —, hat hierin der harte politische Kampf zu den Hauptproblemen seinen Ausdruck gefunden.

So schreibt die Presse viel von der Idee, eine gemeinsame gesamtarabische Delegation zu bilden, um das Problem der Teilnahme von Vertretern des arabischen Volkes von Palästina an der Genfer Konferenz zu lösen. Natürlich ist die Teilnahme der Palästinenser in Gestalt ihres legitimen Vertreters, der PLO, eine akute politische Frage, die die Grundrechte der Palästinenser berührt. Und diesem Problem kann man nicht

ausweichen, wenn man wirklich eine Friedensregelung anstrebt.

Wird diese Frage in dem „Arbeitspapier“ gelöst, für das die USA und Israel eine derartige Propaganda gemacht haben, nachdem sie es lange geheimgehalten hatten? Dort heißt es: „Die arabischen Länder werden von einer gemeinsamen arabischen Delegation vertreten sein, der auch palästinensische Araber angehören werden.“ Simha Erlich, der amtierende israelische Ministerpräsident, erläuterte diesen Satz so: „Israel hat einer Teilnahme von Palästinensern bei der Eröffnung der Verhandlungen zugestimmt, doch natürlich nicht einer Teilnahme der PLO, und unsere Position hat sich nicht geändert.“ Noch kategorischer sagte Moshe Dayan: „Jeder, der von der PLO ernannt wird oder erklärt, er sei Mitglied der PLO, wird als Delegationsmitglied bei den Verhandlungen völlig unannehmbar sein.“ Selbst die *New York Times* mußte am 13. Oktober konstatieren: „Die Schlüsselfrage, in welcher Form die Palästinenser an der Konferenz teilnehmen sollen, ist ungelöst.“ Im erwähnten „Arbeitspapier“ wird eine Teilnahme, wie die Zeitung schrieb, „absichtlich unklar gelassen“.

Nicht selten stellen die israelische und auch die amerikanische Presse die Lage so dar, als sei eine Weigerung der PLO, die staatliche Existenz Israels anzuerkennen, das eigentliche Hindernis für eine Einberufung der Genfer Konferenz und eine Friedensregelung im Nahen Osten. Hierbei wird auf die Tränendrüse gedrückt, wenn behauptet wird, die Palästinenser wollten den israelischen Staat beseitigen und „Israel ins Meer werfen“.

Doch bedeutet der Kampf der Palästinenser für ihre Rechte eine Negierung des Existenzrechtes Israels? Wollen die Palästinenser Israel wirklich ins Meer stoßen?

Kürzlich antwortete der Vorsitzende des PLO-Exekutivkomitees Yasser Arafat in einem Interview für die italienische Zeitung *Il Tempo* auf diese Fragen völlig eindeutig: „Nein, wir wollen niemanden ins Meer stoßen. Wir wollen in Frieden leben, mit zuverlässigen Friedensgarantien. Kurzum, wir wollen niemanden vernichten, doch wir wollen auch nicht, daß man uns in die Wüste jagt... Wir wollen nur das eine: friedliche Koexistenz mit entsprechenden Friedensgarantien.“

Selbst die amerikanische Zeitung *Christian Science Monitor*, die für ihre proisraelischen Sympathien bekannt ist, muß eingestehen, daß die

meisten arabischen Staaten, insbesondere Ägypten, Jordanien und Syrien, „in den letzten Jahren ständig einer Anerkennung Israels als Staat und der Bereitschaft, direkte Verhandlungen über eine umfassende Lösung zu führen, näher gekommen sind“, doch „dieser gewaltige Schritt vorwärts wurde in Israel nicht so recht gewürdigt“.

Die Position der israelischen Führung ist sogar noch härter und unnachgiebiger geworden. Sie entspricht in keiner Weise der realen Lage und den Prozessen im Nahen Osten. Die israelische Führung läßt sich z. B. keine Gelegenheit entgehen, das eigene Recht auf eine unabhängige und sichere Existenz zu betonen, während sie dem arabischen Volk von Palästina ungeniert dieses Recht abspricht. Die israelischen Behörden besiedeln unrechtmäßig die besetzten arabischen Gebiete, bilden dort gewaltsam Wehrdörfer, vertreiben die palästinensischen Araber von ihrem Land und verfolgen faktisch ihnen gegenüber eine Politik des Völkermordes. Im Grunde wurden dem arabischen Volk von Palästina alle Rechte genommen, die den Völkern der Erde entsprechend den Prinzipien der UNO-Charta zuerkannt sind. Vor allem versucht man, ihm das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung vorzuenthalten.

Für diese Politik wird in Israel sogar eine Art „theoretische Basis“ geschaffen. Man behauptet, die palästinensischen Araber seien keine Nation, und deshalb könne von ihren Rechten keine Rede sein. Der israelische Außenminister Dayan erklärte am 25. September ohne Umschweife: „Israel ist gegen die Selbstbestimmung der Palästinenser, gegen die Bildung ihres unabhängigen Staates und will grundsätzlich keine Verhandlungen hierüber führen.“

Die israelische Führung verbreitet sich gern über ihre Friedensliebe, doch ihre Politik zeigt das Gegenteil, weil es keinen Frieden geben kann, wenn er auf Ungerechtigkeit, auf der Annexion fremder Gebiete basieren soll, wenn man hierbei die legitimen Rechte eines anderen Staates oder Volkes mit Füßen tritt. Das gilt voll und ganz auch für die Rechte der palästinensischen Araber, die mutig für die Unabhängigkeit und die Schaffung eines eigenen Staates kämpfen, und ebenso für die Rechte aller anderen Nahostvölker, u. a. für das Volk Israels. Wie Leonid Breschnew sagte, „haben sie alle das Recht auf staatliche Unabhängigkeit und eine sichere Existenz“.

NZ

STREIFLICHTER

Obasanjo sagte auf einem Empfang im Weißen Haus, daß Nigeria den englisch-amerikanischen „Friedensplan“ für Rhodesien als unrealistisch betrachtet. Er erklärte, daß der bewaffnete Kampf für die Befreiung der Unterdrückten gerechtfertigt ist, er unweigerlich zum Sieg führen wird und man es in Afrika für seine Pflicht hält, diesen Kampf zu unterstützen.

Der Staatschef Nigerias kritisierte die Politik der Unterstützung für die Rassisten-Regimes, die die führenden Länder des Westens verfolgen, auch die USA. Nirgends in der Welt, erklärte Obasanjo, werden die Menschenrechte, die Freiheiten und die Gerechtigkeit so mit Füßen getreten wie in Südafrika. Nichtsdestoweniger arbeiten einige westliche Staaten mit den Rassisten zusammen und überlassen ihnen Waffen und Rüstungstechnologie.

■ NATO

Am 11. und 12. Oktober fand in der italienischen Stadt Bari eine ordentliche Tagung der Gruppe für nukleare Planung der NATO statt. An ihr nahmen die Verteidigungsminister der USA, der BRD, Großbritanniens, Griechenlands, Dänemarks, Belgiens und Italiens sowie NATO-Generalsekretär Joseph Luns teil. Unter strengster Geheimhaltung wurden Fragen der nuklearen Umrüstung des Nordatlantikpakts erörtert, insbesondere die Entwicklung und Stationierung der Neutronenwaffe auf europäischem Territorium.

Wie die *New York Times* meldete, unternahm US-Verteidigungsminister Harold Brown einen weiteren Versuch, um seine Kollegen davon zu überzeugen, „die Verantwortung bei der Entwicklung der Neutronenbombe mit Washington zu teilen“. Doch Übereinstimmung wurde nicht erreicht. Beobachter betonen, daß die Verteidigungsminister der westeuropäischen Länder „im großen und ganzen für die Forcierung der Bombe eintreten“, doch die Politiker entschließen sich einstweilen nicht, diese Pläne publik zu billigen, da sie einen noch größeren Empörungsturm der Öffentlichkeit befürchten.

Die französische Humanität warnt die Regierungen der westeuropäischen Länder davor, der Neutronenwaffe grünes Licht zu geben. Sie schreibt, ein solcher Schritt würde eine neue Runde des Wettrüstens einleiten.

HOLZAUKTION IN NEW YORK?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Alteingesessene sagen: Sowas war noch nie da. Eine ganze Stadt ohne Gas! Die Gasgesellschaft Lo-Vaca hat es einfach absperren lassen und bei den Haupthähnen der Reservoire Wachen aufgestellt. Jetzt müssen die 8000 Einwohner von Crystal City (Texas) sehen, wie sie fertig werden. Bei der Familie Vádez wird einmal am Tag auf dem Hof über einem offenen Feuer gekocht. Pura Martínez, Mutter von sechs Kindern, von denen das älteste 8 Jahre und das jüngste 2 Monate alt ist, weiß sich noch keinen Rat, die Familie lebt vorläufig von Stullen. Warmes Wasser zum Waschen ist ein fast unlösbares Problem. Aber das Schlimmste steht noch bevor. Wie soll man den Winter durchstehen, wo die Häuser doch nur Gasheizung haben?

Strom hat die Stadt, „es geht aber nicht darum, daß den Leuten Gas lieber ist, sondern darum, daß sie arm sind“, schreibt die New York Times.

„Wir können uns einen elektrischen Herd und elektrische Heizung nicht leisten“, sagt Isabel Vádez und fügt hinzu, ihre monatliche Stromrechnung habe, auch als sie Gas hatte, 40 Dollar ausgemacht. „Wahrscheinlich werden wir auf beides verzichten müssen.“

Für Crystal City, das größtenteils von Landarbeitern bewohnt ist, ist die Gasgebühr unerschwinglich. Ursprünglich enthielt der Kontrakt mit Lo-Vaca, die fast ganz Texas beliefert, den Preis von 36 Cent für 1000 Kubikfuß Gas. Diese Menge reicht einer Durchschnittsfamilie gute zweieinhalb Tage. Seit 1973 ist der Gaspreis unaufhörlich hochgeklattert und beträgt jetzt 2,05 Dollar. Als der Kontrakt 1975 ablief, weigerte sich die Stadt mit Zustimmung der ganzen Einwohnerschaft, diesen Preis zu zahlen.

Die Sache kam vor Gericht. Der Prozeß zog sich hin. Den endgültigen Entscheid des Obersten Ge-

richts von Texas erfuhren die Einwohner Ende September, als ihnen das Gas abgesperrt wurde.

Der Fall Crystal City kam im US-Kongreß zur Sprache. Gerade als der Gerichtsentscheid kam, wurde im Senat stürmisch der Schwerpunkt des Energieprogramms der Regie-



rung Carter erörtert: der Fortbestand der Regierungskontrolle über die Gaspreise.

Die Interessen der Konfliktparteien sind scharf umrissen. Aufhebung der Kontrolle wollen die Öl und Gas produzierenden Staaten, dagegen sind die konsumierenden Nordstaaten. Der Kampf verschärfte sich sehr, als die USA nach 1968 mehr Gas zu verbrauchen als zu erzeugen begannen und die Preise wie noch nie hochschnellten — seit fünf Jahren sind sie auf mehr als ihr Fünffaches gestiegen. Das wird mit einem angeblichen Gasmangel erklärt. Im vorigen, ungewöhnlich kalten Winter traf das im Norden des Landes tatsächlich zu, weshalb die Preise natürlich hinaufgingen.

Zweifelloos war der Mangel aber künstlich herbeigeführt, denn im Süden wurden nach wie vor Gasüberschüsse verbrannt.

Das Steigen des Durchschnittspreises von 26 Cent für 1000 Kubikfuß im Jahre 1972 auf 1,46 Dollar jetzt — und das bei der Preiskontrolle! — hat die Gewinne der Öl- und Gaskonzerne steigen lassen. Sie wissen aber genau, daß sie bei der völligen Abhängigkeit des Landes vom Gas viel mehr einheimen könnten.

Laut Regierungsprogramm soll der Preis für Gas aus neuen Vorkommen von 1,46 auf 1,75 Dollar erhöht und die Kontrolle über den Absatz auf Gas ausgedehnt werden, das innerhalb eines Bundesstaates gewonnen und geliefert

Vor dem Kapitol demonstrierten Stahlarbeiter gegen die Aufhebung der Kontrolle über die Gaspreise. Die Senatoren Abourezk und Metzenbaum sangen vor den Versammelten ein Protestlied, in dem auch folgende Worte eines profitgierigen Öl- und Gaskönigs vorkamen: „Ihr kriegt Gas, soviel ihr wollt, wenn ich kriege, was ich will.“

Aus „Daily World“ (USA)

wird (jetzt steht dieser Teil des Absatzes unter keiner Kontrolle, und der Preis für das „einheimische“ Gas beträgt durchschnittlich 1,84, in manchen Gebieten sogar 4 Dollar für 1000 Kubikfuß). Bis 1985 soll der Preis laut Programm auf 3,36 Dollar steigen, was auch die Monopole, nur viel früher, wollen.

Sie haben die Gewinnung zu steigern versprochen, fordern aber die Aufhebung jedweder Kontrolle und Preise nach den Gesetzen des „freien Marktes“.

Das Programm kam im Repräsentantenhaus recht glatt durch, im Senat aber war es im voraus zum Scheitern verurteilt, weil da die Ölkönige eine unanfechtbare Mehrheit haben.

Die Senatsdebatte wurde infolge der Beharrlichkeit zweier Senatoren unerwartet besonders hitzig: James Abourezks von Süd-Dakota und Howard Metzenbaums von Ohio, die, wie sie sagten, „die Interessen der Verbraucher“ wahrnehmen wollten. Sie versuchten, die Abstimmung hinauszuzögern, damit die Regierung weitere Druckmittel ansetzen könne, und bedienten sich erstmalig seit 13 Jahren der Taktik, durch endlose Redereien eine Beschlußfassung zu hintertreiben. Da heute die Redezeit aber durch die Geschäftsordnung begrenzt ist, stellten sie Zusatzanträge und begründeten sie, u. zw. sage und schreibe 508 Stück, und über jeden mußte der vollzählig versammelte Senat abstimmen. Dieses Geplänkel dauerte 14 Tage und eine der Sitzungen 37 Stunden mit einer zweistündigen Pause zum Rasieren und Brausen und einer einstündigen Mittagspause. Im Sitzungssaal waren Klappbetten für die todmüden Senatoren aufgestellt.

Die Monopole gaben aber nicht nach. Am 4. Oktober wurde im Senat mit 50 Stimmen gegen 46 die Kontrolle aufgehoben. Senator Donald Riegle (Michigan) nannte das Abstimmungsergebnis „einen der größten unbewaffneten Raubüberfälle aller Zeiten“. Das ist keineswegs eine Übertreibung. Regierungsexperten haben errechnet, falls der Beschluß durchkomme, werde das den amerikanischen Konsumenten jährlich mindestens 10 Md. Dollar kosten.

Jetzt kommt die Angelegenheit mit dem Gas vor eine Schlichtungskommission, die einen Kompromiß zwischen dem Beschluß des Repräsentantenhauses und dem des Senats zu finden hat. Aber zweifellos wird der Entscheid eine neue Preiserhöhung bedeuten. Senator Henry Jackson hat bereits einen Kompromiß vorgeschlagen, laut dem der Gaspreis 2,03 Dollar und der Preis für Gas aus neuen Vor-

kommen noch mehr betragen soll (wieviel, das ist wohlweislich verschwiegen).

Auf einer einschlägigen Pressekonferenz erklärte Präsident Carter: „Die Zeit ist da, uns zu fragen, wo wir aufhören müssen.“

Die Frage ist schon beantwortet. Das Schicksal Crystal Citys zeigt, daß der jetzige Preis unverhältnismäßig hoch ist. Im Laufe des Gefechts im Kongreß benutzte Senator Edward Kennedy die tragische Lage dieser Stadt als Argument für die Beibehaltung der Kontrolle und beantragte für Crystal City eine Beihilfe von 310 000 Dollar. Der Antrag kam durch, weil die Senatoren ja nie anstehen, gegen ihre lieben Nächsten hilfreich (auf Kosten der Steuerzahler) zu sein. Sofort äußerten San Antonio und noch einige von Lo-Vaca abhängende texanische Städte die Absicht, bei der Bundesregierung um Zuwendungen zur Deckung der Mehrausgaben zu ersuchen, die durch das Steigen der Gaspreise in den letzten Jahren entstanden sind. Um keinen Präzedenzfall zu schaffen, haben die Senatoren beschlossen, daß Crystal City mit der „Schenkung“ nicht seine Schulden tilgen darf — sie machen heute 800 000 Dollar aus. Ehe diese nicht bezahlt sind, bekommen die Häuser kein Gas. Die Senatoren aber haben „Menschenliebe“ bewiesen.

Der New-Yorker Bezirk Long Island bekommt ununterbrochen Gas. In den dortigen Eichenwäldchen kreischen aber schon das vierte Wochenende Kreissägen — die Einwohner beschaffen sich auf Lizenzen Brennholz für den Winter. Und das in New York, das den Urbanisierungsrekord innehat. Man muß bedenken, daß sechs Raummeter erstklassiges Brennholz 11 Dollar plus 20 Dollar für das Mieten eines LKWs kosten, d. h. die Hälfte der monatlichen Gebühren für Gas. Die Sache lohnt sich, besonders, falls das Gas knapp werden sollte (der Winter verspricht wieder kalt zu werden). Nur werden keine weiteren Lizenzen mehr ausgegeben, und viel weniger Leute haben — so *New York Times* — eine ergattert, als sie beantragt hatten.

Wird Gas ein Luxus? Man denke an die horrenden monatlichen Gasrechnungen und an die offenen Feuer, über denen man in Crystal City kocht. Dabei schicken sich die Monopole erst an, die Preisschraube richtig anzuziehen.

New York, im Oktober

NZ

STREIFLICHTER

■ KAPITALISTISCHE WELT

In Genf wurde eine Prognose der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die Arbeitslosigkeit im Westen veröffentlicht. Nach Angaben der IAO kann die Gesamtzahl der Arbeitslosen in 23 kapitalistischen Industrieländern bis Jahresende um eine weitere Million zunehmen und 16 Millionen betragen. Diese laut IAO „düsteren“ Perspektiven sind ein Ergebnis der erneuten Rezession im Sommer d. J. OECD-Experten gehen davon aus, daß „der Westen nicht die wirtschaftlichen Ziele für 1977 erreichen wird, da die industriellen Zuwachsraten nicht der Erwartung entsprechen und die Inflation eher bei 9% als bei den geplanten 7,5% liegt.“

Die 7 Millionen jungen Arbeitslosen in diesen Ländern und die etwa 6 Millionen arbeitslosen Frauen sind am schlechtesten dran. Nach Meinung der IAO fehlt es den jungen Arbeitslosen oft an Qualifikation, Anpassungsvermögen, Erfahrungen und „anderen Waffen, um für ihre wirtschaftliche Existenz zu kämpfen“, und für die Frauen, die „als letzte eingestellt und als erste entlassen werden“, sind die Aussichten, Arbeit zu finden, „wirklich schlecht“.

■ PERU

Am 9. Oktober gab die Regierung Perus den Plan für die sozialökonomische und politische Entwicklung des Landes im Zeitraum 1977—1980 bekannt, der den Namen des Führers des peruanischen Indianeraufstandes gegen die spanischen Eroberer, Tupac Amaru, trägt. Die endgültige Fassung des Planes wurde nach einer Volksaussprache und Konsultationen mit den führenden Parteien des Landes einschließlich der KP bestätigt. Hauptziel des Plans sind die Entwicklung des revolutionären Prozesses und der Abschluß der 1968 begonnenen sozialökonomischen Umgestaltungen. Eine Reihe von Maßnahmen für eine beschleunigte industrielle Entwicklung des Landes und den Abschluß der Agrarreform ist vorgesehen.

Der politische Teil des Plans sieht die Erarbeitung einer neuen Verfassung, allgemeine Wahlen und die Übergabe der Macht an eine gewählte Regierung aus Zivilisten vor.

DIE GENERALITAT KOMMT WIEDER

Von unserem Sonderberichterstatfter
Wladimir TSCHIRKOW

Hier, in Katalonien, sind die Hügel ebenso sonnengebleicht und schütter bewaldet wie in Andalusien, gibt es ebensolche Olivenhaine und Weinberge wie in Kastilien, dem spanischsten Gebiet Spaniens, von dessen Namen selbst die akademische Bezeichnung der Landessprache — Castellano — abgeleitet ist. Und die Menschen sind hier genau so freundlich und heiter wie im übrigen Spanien, genauso leidenschaftliche Fußballfans wie in Toledo und Bilbao, und in Barcelona geht es beim Stierkampf nicht minder stürmisch zu wie in Madrid. Auf der Rambla in Barcelona betteln adrett gekleidete Zigeunerinnen Touristen um ein paar Peseten „für Bonbons für mein Kind“ an, ganz wie in Sevilla und in der Altstadt von Santa Cruz.

Stolz wird einem im Hafen von Barcelona eine „genaue Nachbildung“ der Karavelle „Santa María“ des Kolumbus gezeigt. Auf dem Hafenplatz steht auf hoher Säule ein Standbild des großen Genuesen, der von Spanien in die weite Welt ausgeschiedt wurde und für dieses Land Ehre eingelegt hat.

Und noch ein Detail: Die Hauptstadt Kataloniens hat nicht nur ein Museum ihrer Geschichte wie wohl jede Stadt, die etwas auf sich hält, sondern auch ein „Museum des spanischen Volkes“, in dem man Bauten ganz Spaniens bewundern kann, womit Barcelona den anderen Landesgebieten seine Hochachtung zollt.

Ja, Katalonien ist urspanisch. Und doch hat es seine eigene Geschichte, seine eigenständige Kultur und seine Traditionen.

Gerade dem Museum des spanischen Volkes verdanke ich meine ersten Eindrücke von der nationalen Eigenart Kataloniens. Mit der Drahtseilbahn fuhr ich auf den Montjuich, von dem man einen wunderbaren Ausblick auf die Stadt hat. Ich wollte mich erkundigen, wie ich das berühmte Museum zu Fuß erreichen kann, und fragte einen älteren Mann im Overall, der auf dem Gehsteig das Laub zusammenfegte, spanisch nach dem Weg. Er nickte, d. h. er hatte verstanden, und erklärte mir freundlich und lebhaft gestikulierend des langen und breiten, wie ich zu gehen hätte — ich ver-

stand aber kein Wort. Daß sich das Katalanische vom Spanischen so sehr unterscheidet, hatte ich nicht geahnt. Etwas ratlos fragte ich nach der Entfernung in Kilometern und zeigte sicherheitshalber einen, dann zwei und dann drei Finger. „Ungefähr zwei“ — das war alles, was ich verstehen konnte.

Als romanische Sprache hat das Katalanische vieles mit dem Provenzalischen gemein und ist dem Spanischen nicht gar so unähnlich. Und doch ist es eine selbständige Sprache und hat sogar Dialekte. Vielleicht sprach der Mann einen, noch dazu in seiner saloppen Umgangsvariante. Sicher war es so, denn später verstand ich die in Barcelona in der Hochsprache erscheinenden Zeitungen viel besser.

Die Katalanen sind aus iberischen Stämmen hervorgegangen, die unter dem Einfluß von Kelten sowie von karthagischen und griechischen Kolonisten standen. Im 3. Jh. v. u. Z. kamen die Römer nach Katalonien und hinterließen in dessen Kultur ebenfalls Spuren — in Barcelona besichtigten wir die sorgfältig erhaltenen Ruinen altrömischer Bauten. Nach den Römern kamen die Araber, nach ihnen die Franken. Der langjährige Kontakt mit diesen war für die ethnische Verschiedenheit der Katalanen von den anderen Völkern Spaniens bestimmend.

Heute ist Katalonien das industriell stärksten entwickelte Gebiet des Landes. Es liefert ungefähr ein Drittel aller Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie (obwohl seine Bevölkerung — rund 6 Millionen — nur 17% der Landesbevölkerung ausmacht). Katalonien bestreitet vom Ausstoß der Textilindustrie etwa 70, der Chemie 50 und der Metall- und Maschinenindustrie 25%. Der Lebensstandard ist höher als im übrigen Spanien. Hier erscheinen mehr Bücher als in anderen Gebieten. Die wirtschaftliche Entwicklung hat auch bewirkt, daß die Bevölkerung politisch reger ist.

Jahrhunderte der Kämpfe

Jahrhundertlang kämpfte Katalonien erbittert, um Autonomie zu erlangen und sie, wenn sie errungen war, zu verteidigen. Es erlebte Sie-

ge und Niederlagen. Die Katalanen bekamen besondere Freiheiten (Fueiros) und wurden ihrer beraubt, manchmal mit Waffengewalt wie z. B. 1714 von König Philipp V. Sie stellten ihren Kampf um die Selbstverwaltung jedoch nicht ein. 1914 setzten sie die Bildung einer Selbstverwaltung — der Mancomunidad — durch, und 1932 verabschiedeten die spanischen Cortes ein Gesetz über den autonomen Status Kataloniens, laut dem dort ein Parlament gewählt und eine eigene Regierung — die Generalitat — gebildet wurde. 1939 besetzten Francos Truppen Katalonien, das auf seiten der Republikaner war. Luis Companys, der Regierungschef, wurde von Petain den Franquisten ausgeliefert und von ihnen später erschossen, und die Autonomie wurde wieder aufgehoben.

Aber nicht für immer. Unter der jahrzehntelangen faschistischen Herrschaft kämpften die Katalanen weiter für ihre nationale Selbständigkeit. Die Teilnehmer unzähliger Demonstrationen und Streiks forderten Autonomie. Zum Zusammenschluß der Nation trug die 1975 erfolgte Bildung eines Rats der politischen Kräfte bei, zu dem über zehn Parteien verschiedener Richtung gehören, auch die Sozialistische Einheitspartei Kataloniens (die kommunistische). Der Rat hat sich dafür eingesetzt, daß das Statut von 1932 wieder zur Geltung gebracht, frei gewählt und eine autonome Regierung und Justiz gebildet wird.

Für Selbstverwaltung kämpfen gemeinsam breite, politisch verschieden orientierte Bevölkerungsschichten: Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten. Bemerkenswerterweise stimmten 95% der katalanischen Wähler bei den gesamtspanischen Parlamentswahlen vom 15. Juni 1977 für die Parteien, die für die Autonomie sind. Den größten Wahlerfolg hatten die Sozialisten und die Kommunisten.

Zum Kampf für Autonomie steuerte auch die demokratisch gesinnte Geistlichkeit bei. In Barcelona erzählte man mir von einem Geistlichen namens Luis Maria Xirinachs, der wochenlang täglich von früh bis abends vor dem Modelo-Gefängnis patrouillierte und Freilassung der politischen Häftlinge forderte. Vergeblich legte ihm die Polizei nahe, wegzubleiben. Da brachte sie ihn jeden Abend weit aus der Stadt hinaus und ließ ihn auf einer kaum befahrenen Landstraße zurück. Mit dem ersten

stadteinwärts fahrenden Wagen kehrte er aber heim und war morgens wieder zur Stelle. Er stand achtmal, zusammen 147 Tage, im Hungerstreik und saß zwei Jahre im Gefängnis.

Das Streben der Katalanen nach Autonomie wird von allen demokratischen Organisationen Spaniens unterstützt, auch von der größten Oppositionspartei, der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Ein Mitglied ihres Bundesexekutivkomitees, Luís Yañez, sagte mir im Gespräch folgendes:

„Meine Partei wirkt darauf hin, daß eine ziemlich weitgehende Autonomie für Katalonien und auch für

„Ja, bei uns und im Baskenland, sie sind aber nur kleine Grüppchen, während die Mehrheit für Autonomie innerhalb des spanischen Staates ist. Auch meine Partei ist dafür.“

Autonomie und Einheit

In diesem Sinne äußert sich auch der Präsident der katalanischen Exilregierung, José Tarradellas: „Die Einheit des spanischen Staates bleibt unbedingt erhalten. Wir haben nicht die Absicht, mit dem übrigen Spanien zu brechen.“

Die spanischen Kommunisten sind ebenfalls dafür, daß Spanien geeint bleibt, daß aber die nationalen

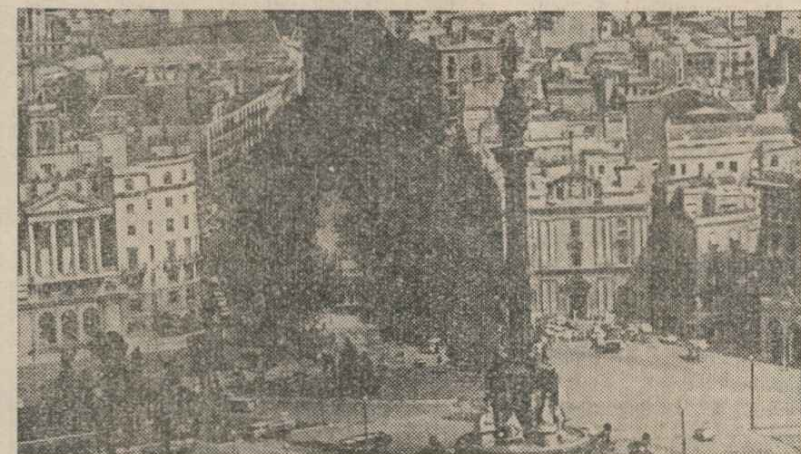
Regierungschef verhältnismäßig jungen Adolfo Suárez (er ist 44, die Mitglieder des Kabinetts sind durchschnittlich 47 Jahre alt) hat nach nüchterner Beurteilung der Situation beschlossen, den Katalanern entgegenzukommen. Suárez ist dabei sehr vorsichtig zu Werke gegangen, er hat abgewartet, bis sich die nach Francos Tode turbulente Situation im ganzen Land stabilisiert hatte. Im September v. J. gab der Ministerpräsident in Funk und Fernsehen seine Programmserklärung ab und stellte die Bildung autonomer Gebiete „im Rahmen der Einheit Spaniens“ in Aussicht. Danach drückte Madrid ein Auge zu, als auf dem Rathaus von Barcelona die gelbrote Fahne Kataloniens gehißt wurde. Dieses Jahr verbrachte Suárez seinen Sommerurlaub in Katalonien und zog sie einmal selbst auf seiner Segeljacht auf.

Madrid hat auch berücksichtigen müssen, daß jetzt etwa 70% der Bewohner dieses Gebiets im Beruf, in der Familie und auch sonst katalanisch sprechen. Zum erstenmal seit dem Bürgerkrieg ist die Muttersprache der Katalanen in Schulen, Hochschulen und Gerichten anerkannt. König Juan Carlos erregte damit Aufsehen, daß er am Schluß seiner Reise durch Katalonien seine Abschiedsrede katalanisch hielt.

Schließlich begannen die recht schwierigen Verhandlungen über die Wiederherstellung der Selbstverwaltung. Die Teilnehmer waren Vertreter der Regierung Suárez und der katalanischen Exilregierung sowie Parlamentsmitglieder von Katalonien. Mitgesprochen hat dabei zweifellos eine Kundgebung von mehr als einer Million Katalanen am 11. September, dem Gedenktag für die Helden des Widerstandes, die vor zweieinhalb Jahrhunderten die Truppen Philipps V. abzuschlagen versuchten.

Ende September nahm die Regierung auf einer Sondertagung einstimmig den königlichen Erlass über eine zeitweilige Autonomie für Katalonien an. Manche Politiker nannten ihn „vorautonom“, weil der Status Kataloniens noch endgültig vom Parlament bestätigt und in die neue Verfassung aufgenommen werden muß. Der Kabinettsbeschuß erfolgte, nachdem die katalanische Führung und die Vertreter Madrids am Vortag in Perpignan (Frankreich) zu einer Einigung gelangt waren.

Der Erlass gibt den vier katalanischen Provinzen Barcelona, Gerona, Lérida und Tarragona zeitweilig die



Straßenbild in Barcelona

Foto TASS

das Baskenland und Galicien in der Verfassung verbriefte wird. Ihr Recht auf nationale Selbstständigkeit wurde in den letzten 40 Jahren mit Füßen getreten. Die Landesbehörden duldeten nur einige Elemente einer kulturellen Autonomie. Mit der Annahme der neuen Landesverfassung könnten das Katalanische und das Baskische in Katalonien bzw. im Baskenland neben dem Spanischen Amtssprache werden. Wir brauchen gesetzlich geschützte öffentliche Einrichtungen, die zur allseitigen Entwicklung der nationalen Kultur in diesen Gebieten beitragen würden.“

„Wie meinen Sie, wie weit sollte sich die Autonomie erstrecken?“ fragte ich.

„Wir meinen, Funktionen wie Außenpolitik und Verteidigung müßten bei der Landesregierung verbleiben. Was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, so könnten darüber demokratisch gewählte Vertreter der sich selbstverwaltenden Gebiete und Madrids gemeinsam bestimmen.“

„Gibt es bei Ihnen auch Separatismus?“

Rechte einzelner Gebiete gewahrt werden. Genossen vom ZK der KP Spaniens haben mir erklärt, die KP schlage vor, Spanien zu einem auf Selbstbestimmung der Katalanen, der Basken und der Galicier beruhenden Bundesstaat zu machen. Man darf aber nationale Autonomie nicht mit regionaler verwechseln. Die Entstehung einer Nationalität ist nämlich in einigen Gebieten, z. B. in Valencia und auf den Kanarischen Inseln, noch nicht zum Abschluß gekommen. Der Drang nach regionaler Autonomie, nach einer Dezentralisierung der Macht veranlaßt jedoch manche Leute, zu den nationalen Gebieten sogar die Estremadura zu rechnen, in der von einer nationalen Eigenart wohl kaum die Rede sein kann. Der autonome Status für die verschiedenen Gebiete darf nicht völlig gleich sein. Darauf legen die Leute vom ZK der KP besonderen Nachdruck.

Die zum Pragmatismus neigende energische Regierung des für einen

Autonomie wieder. Die Gerichtsbarkeit fällt erneut an die aus 15 bis 17 Ministern bestehende Generalität, die für örtliche Verwaltungsfragen zuständig sein wird. Außenpolitik, Verteidigung und Staatsetz verbleiben der Landesregierung. Sie behält sich das Recht vor, Selbstverwaltungsorgane „aus Gründen der Staatssicherheit“ aufzulösen.

Wie gemeldet wird, haben die katalanischen Parteien vereinbart, eine Koalitionsregierung zu bilden, an der nur die neofranquistische Volksallianz nicht beteiligt sein soll.

Wofür!

Der Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten Kataloniens soll vom Madrider Kabinett vorgeschlagen und vom König bestätigt werden. Der France Presse zufolge soll er „das katalanische Volk repräsentieren und eine Art Hochkommissar der spanischen Regierung in Katalonien sein“. Die wichtigsten dortigen Parteien hätten der Kandidatur des 78jährigen José Tarradellas bereits zugestimmt, der in der katalanischen Exilregierung 1954 die Führung übernahm.

Er ist, laut Presse, für antikomunistische Anschauungen bekannt. Er ist auch gegen die Sozialisten. Wenn die katalanischen Linksparteien seiner Kandidatur zugestimmt haben, so nur, weil er als Verfechter der traditionellen Autonomie sehr angesehen ist. Sie meinen gewiß, besser er als ein anderer Politiker, der aus freien Stücken nicht so sehr ein Repräsentant Kataloniens wie ein Statthalter Madrids sein würde. Das würde, abgesehen von einer Kontrolle über das zukünftige katalanische Parlament, den konservativen Kreisen in Madrid durchaus passen. Was die Fortschrittskräfte angeht, so wirken sie auf eine reale und nicht fiktive Selbstverwaltung Kataloniens hin. Die Kardinalfrage ist, wofür und in wessen Interessen die Gebietsbehörden sich betätigen werden.

Für die fortschrittlichen Parteien ist die Autonomie nicht Selbstzweck, sondern vor allem eine größere Möglichkeit, die dringenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Gebiets zu lösen und die politische Demokratisierung profunder zu gestalten. Ein Dreher aus einem Betrieb in Barcelona sagte mir: „Wir haben nicht dazu gegen den Faschismus und für die Autonomie gekämpft, um Katalonien den herrschenden Klassen zu überlassen.“ Es ist kein Zufall, daß in der Losung, unter der am 11. September in Städten Kataloniens demonstriert wurde, „Freiheit, Amnestie, Autonomie!“, das Wort Freiheit an erster Stelle stand.

Mit der katalanischen Autonomie wird es aber kaum so einfach sein. Sie hat viele Gegner, wenn manche von ihnen auch schon recht flügelarm sind. Der führende Neofranquist Fraga Iribarne sagte 1976: „Ich bin entschieden gegen die Selbstbestimmung der Nationen und halte nichts von Nationalitäten. Ich werde gegen beliebige Föderationen ankämpfen.“ Seitdem sind seine Aktien aber gefallen.

Der Autonomieerlaß für Katalonien selbst hat bei der Reaktion eine geharnischte Aufnahme gefunden. Sie fordert ein „Einiges Spanien!“, obwohl die Anhänger der Autonomie, wie ich schon sagte, nicht gegen die Landeseinheit vorgehen. Ja sie verurteilen sogar die Extremisten, die sich für eine völlige Lostrennung einsetzen und sie, wie im Baskenland, mit Terror erzwingen wollen. Es ist doch klar, daß sie damit die Autonomie hintertreiben und die konstruktiven Verhandlungen mit der Landesregierung erschweren.

Der „vorausautonome“ Status Kataloniens ist nicht zuletzt dem Realitätsinn seiner führenden Politiker, ihrer Umsicht bei der Wahl der Mittel zum Zweck zu verdanken.

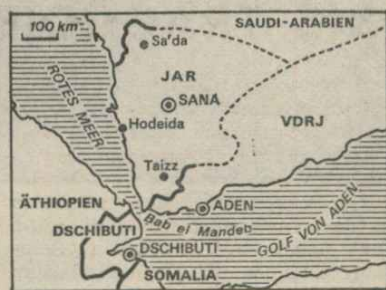
Die Generalität kommt also wieder. Wofür und zu wessen Nutzen? Das bleibt abzuwarten.

JUGOSLAWIEN

Vor 33 Jahren, am 20. Oktober 1944, befreiten Einheiten der Sowjetarmee und der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee Belgrad. Große Veränderungen haben sich seitdem im Leben der Stadt wie des ganzen Landes vollzogen. Belgrad ist schöner geworden, enorm gewachsen und wächst weiter.

Noch nie wurde in Belgrad soviel gebaut wie jetzt. Die Bauleute, die in 11 Monaten den Sava-Kongreßpalast fertiggestellt haben, wo dieser Tage das Folgetreffen der Vertreter der Außenminister aus den 35 KSZE-Staaten stattfindet, begannen mit dem Bau eines großen Theater- und Konzertsals als Bestandteil des Sava-Zentrums. Die Baufristen sind sehr kurz. Im Mai 1978 soll in diesem Saal der XI. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens eröffnet werden.

Unter den Stadtvierteln Vračar und Dedinje graben Spezialbagger Tunnel für die U-Bahn und die Eisenbahn. Eine



In der Nacht zum 12. Oktober wurden in Sana'a der Vorsitzende des Kommandorates der Streitkräfte der Jemenitischen Arabischen Republik, das Staatsoberhaupt Oberstleutnant Ibrahim al-Hamdi und sein Bruder Abdullah, ein hoher Armeeoffizier, ermordet. Dieses Attentat führte zu einigen Regierungsumbesetzungen in diesem 6-Millionen-Land. Wie westliche Agenturen melden, ist die neue Führung ein Triumvirat. Den Kommandorat übernahm Oberstleutnant Ahmed al-Ghashimi, früher stellvertretender Vorsitzender des Kommandorates und Generalstabschef. Die beiden anderen Triumviratsmitglieder wurden Premierminister A. Aziz Ghani und das Mitglied des alten Kommandorates, A. Abdel Alim.

Der Kommandorat unter al-Hamdi kam in der JAR durch die „Bewegungsbewegung“ des 13. Juni — die es als ihr Ziel bezeichnete, der

BELGRAD BAUT

neue Bahnbrücke über die Sava entsteht, und unweit davon wird eine andere Auto- und Fußgängerbrücke ausgebaut.

Die baufälligen Häuser in Dorčol werden abgetragen. Die Architekten planen bereits, wie dieses Viertel aussehen, was man übernehmen und welche Häuser man hier errichten soll, damit Dorčol seine Eigenart nicht verliert. Bald werden auch auf dem Dimitrije-Tucović-Platz im Stadtzentrum Arbeiten begonnen. Dort steht bislang nur das Hotel „Slavija“ inmitten alter Häuschen und ein eingezäuntes Trümmergrundstück aus dem letzten Krieg. Dort soll ein Handelszentrum entstehen.

Ein besonders akutes Problem für die Belgrader ist der Wohnraumangel, obgleich in der Hauptstadt viel gebaut wird. So haben z. B. 1976 die Einwohner Belgrads 12 000 neue Wohnungen erhalten — ein Viertel des gesamten Neubaufonds vom vorigen Jahr. Wohnviertel entstanden in letzter Zeit am Stadt-

rand — in Bežanija, Knjaževac und Banica.

„Laut Plan sollen 1974—1980 in Belgrad 100 000 Wohnungen gebaut werden“, sagte der Vertreter der Wohnungsbaugemeinschaft der Hauptstadt, Ingenieur Dušan Motok. „Doch damit ist das Problem nicht annähernd gelöst. Nach wie vor werden 60 000—70 000 Wohnungen fehlen, da ständig Menschen hinzuziehen.“

Die Bauleute sind einer der größten Trupps der Arbeiterklasse von Belgrad. Von den 62 000 Bauarbeitern sind über die Hälfte im Wohnungsbau beschäftigt. Wie das Belgrader Stadtkomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens im Mai d. J. feststellte, wirkt sich der Umstand, daß es in Belgrad noch keine großen Bauorganisationen gibt und 20 Betriebe sich damit befassen, störend auf eine Beschleunigung des Wohnungsbaus aus.

Man denkt in Belgrad auch an die jüngsten Mitbürger.

„Noch vor einigen Jahren“, berichtete der Vorsitzende der Stadtkonferenz des Sozialistischen Verbandes des schaffenden Volkes Jugoslawiens, Mihajlo Kovač, „konnten die vorschulischen Einrichtungen Belgrads nur 5300 Kinder aufnehmen. Zur Lösung dieses Problems wurden Betriebe und gesellschaftliche Organisationen herangezogen. Jetzt werden jeden Morgen 27 000 junge Belgrader in Kinderkrippen und -gärten gebracht. Für eine Stadt mit über einer Million Einwohnern ist das natürlich nicht viel, doch in den nächsten 5 Jahren werden Kindergärten für weitere 20 000 Kinder entstehen.“

Der Oktober in Belgrad ist stets festlich — traditionelle Kunstausstellungen, Märsche zu den Kampfesstätten, Sportveranstaltungen und Freundschaftsbegegnungen der Einwohner von Belgrad und Zagreb — so begeht man hier den Tag der Befreiung der Hauptstadt.

Eigenbericht

Belgrad

JEMENITISCHE ARABISCHE REPUBLIK

DIE TRAGÖDIE VON SANA

Vorherrschaft der einflußreichen Stammescheichs in der Zentralregierung ein Ende zu machen sowie Kurs auf eine Modernisierung des Landes und auf sozialökonomische Umgestaltungen zu nehmen — 1974 zur Macht. Nach hartem Kampf gelang es dem Kommandant, die Oberscheichs der größten Stammeskonföderationen in Nordjemen, der Haschid und der Bakil, aus den Regierungssämtern zu entfernen, eine gewisse Stabilisierung der Lage und ein Nachlassen des Stammeshaders zu erreichen.

Unter den Errungenschaften der „Besserungsbewegung des 13. Juni“ nannte die in Sana erscheinende Zeitung *Al-Thawrah*: die Unterordnung der Streitkräfte unter ein Kommando; die Schaffung eines Staatsapparates, der auf Ordnung und Gesetzlichkeit basiert; eine Genossenschaftsbewegung, die den Kampf gegen die Rückständigkeit unterstützt, sowie erste Schritte in der Volksbildung und der Qualifizierung der verantwortlichen Kadere fördert.

„Gegenwärtig sind bereits viele Schulen, Krankenhäuser, Straßen und andere sozial wichtige Objekte gebaut worden oder werden gebaut“, schrieb *Al-Thawrah*, „doch einigen Landesteilen fehlt all das,

da Personen, die diese als ihre Domäne und ihren angestammten Besitz betrachten“ (die Zeitung meint die Stammesoberscheichs — A. S.), „eine Entwicklung dieser Regionen behindern und sich weigern, den neuen Umgestaltungen freie Bahn zu geben.“

Im Juni wurde ein Fünfjahrplan für den Zeitraum 1976—1981 bekanntgegeben. Er sieht vor, ausländische Investitionen zu begünstigen, und vor allem Gelder jemenitischer Emigranten heranzuziehen, doch das Schwergewicht gilt der Entwicklung des staatlichen und des gemischten Wirtschaftssektors. Die Investitionen in diese Sektoren werden fast doppelt so hoch sein wie die in den Privatsektor.

Die JAR gehört zu den ärmsten und schwach entwickelten arabischen Ländern. Das benachbarte Saudi-Arabien hat dort weiterhin starken Einfluß, da der jemenitische Staatshaushalt weitgehend von Subventionen Er-Riads abhängt, was sich auf die Innen- und Außenpolitik der Republik auswirkt. In letzter Zeit war Sana aber bemüht, Beziehungen auch zu anderen Nachbarländern, vor allem zum Demokratischen Jemen, zu entwickeln. Im August stattete der Vorsitzende des Präsidiumsrates der VDRJ, Salem

Rubayyi Ali, der JAR einen offiziellen Besuch ab. Wie die Adener Presse schrieb, bekräftigte dieser Besuch deutlich das Streben beider Völker nach der jemenitischen Einheit, dem Hauptziel.

Bereits im Sommer d. J. warnte die *Al-Thawrah* vor einer „Gefahr subversiver Aktionen seitens gewisser fanatischer Elemente, deren persönliche Interessen infolge der Umgestaltungen im Lande geschmälert wurden und die ein Hindernis für den Aufbau und die schöpferische Arbeit bleiben möchten“. Radio Aden erklärte in einem Kommentar: „Dieser Mord ist Teil reaktionärer Pläne des Imperialismus, um die Einheit des jemenitischen Volkes, seine nationale Souveränität und Unabhängigkeit zu untergraben.“ Eine britische Zeitung prophezeite in einem Kommentar zum Mord am JAR-Staatschef, daß die JAR ein „chronisch instabiles Land“ werden könne.

In Nordjemen vergißt man diese Gefahr offenbar nicht, wie die ersten Schritte der neuen Führung zeigen. Armeeverbänden wurde befohlen, alle wichtigen Punkte Sanas unter Kontrolle zu nehmen. Eine Untersuchungskommission zur Aufklärung des Mordes wurde gebildet. In einer Erklärung versprach die neue Führung, „den Weg zu gehen, den der ermordete Staatschef gewiesen hat“.

A. STEPANOW

EINMISCHUNGS-AUFTRAG?

Die letzten Nachrichten über die bevorstehende Umstrukturierung der USIA haben immer den gleichen Re-
frain: das künftige Schicksal der Voice of America. Das besondere Interesse daran erklärt sich daraus, daß Voice of America der bedeutendste USIA-Kanal ist, um die sozialistischen Länder zu erreichen. Laut Präsident Carter befindet sich das wichtigste Publikum der US-Rundfunksendungen für das Ausland in der Sowjetunion und in Osteuropa.

Solange der Entwurf zur Umstrukturierung der USIA nicht veröffentlicht ist, weiß man auch nicht, wie es mit der Voice of America weitergeht. Die *New York Times* jedoch konnte unter Berufung auf Kreise des Weißen Hauses bereits mitteilen, der wichtigste Aspekt des Plans für ein neues Propagandaamt sei die Garantie des Präsidenten für die Unabhängigkeit der informativen Funktion der Voice of America.

Was für eine Unabhängigkeit? Der Sender ist eine Regierungsstation und muß aus diesem Grunde die bestehenden Normen und Regeln der Beziehungen zwischen souveränen Staaten berücksichtigen. Eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder kann er sich nicht leisten. Doch gerade das bringt manche Leute in Washington um den Schlaf. Schon seit langem wird dort davon geredet, dem Sender größere Freiheiten im psychologischen Krieg gegen die sozialisti-

schen Länder einzuräumen. Während des Wahlkampfs hatte Präsident Carter gesagt, der Sender Voice of America habe sich im Netz der politischen Beschränkungen verfangen, die vom Außenministerium auferlegt wurden und ein wesentliches Handicap bilden, da sie ihm den Effekt nehmen.

Es gab verschiedene Rezepte, um den Propagandaeffekt des Senders zu heben. Er sollte z. B. zu einer autonomen Einheit werden, die der Regierung nicht rechenschaftspflichtig ist, oder mit Liberty und Free Europe fusionieren. Doch diese Vorschläge wurden aus unterschiedlichen Gründen vom Kongreß abgelehnt. Nun aber, so wird gemeldet, sei die optimale Variante gefunden. Der Sender verbleibt im neuen Propagandaamt, erhält aber fast völlige Selbständigkeit in der Auswahl der Nachrichtengebung. AP meldete dieser Tage aus Washington, gemäß dem neuen Plan werde Voice of America bei der Weitergabe offizieller Informationen eine klare Quellenangabe machen, wie das in den USA bei kommerziellen Reklamesendungen üblich ist. In allem anderen aber werden die Mitarbeiter des Senders keine Beschränkungen kennen. Eigentlich hat ja Voice of America auch vor der Umstrukturierung die amerikanische Lebensweise treu und brav gepriesen. Durch die Reform dürfte es in dieser Hinsicht keine besonderen Veränderungen geben. Etwas anderes ist die größere Freiheit bei der Diversionspropaganda gegen die sozialistischen Länder. Hier scheint die Umstrukturierung allerhand Neues zu bringen. Was aber wird dieser Auf-

trag zur Einmischung in fremde Angelegenheiten mit der Erklärung Washingtons gemein haben, es wünsche die Festigung des Vertrauens zwischen den Völkern?

S. GOLJAKOW

HART AUF HART

In den Tokioer Bezirken Marunouchi und Otemachi, wo große Konzerne ihren Sitz haben, ging es vom 11. bis zum 14. Oktober außergewöhnlich lebhaft zu. In diesen Tagen wurde hier der Vorsitzende der EWG-Kommission Roy Jenkins empfangen. Sein Besuch wurde von der Presse groß aufgemacht. Hiesige Beobachter allerdings hatten bereits Anfang Oktober vorausgesagt, der hohe Gast werde wohl kaum die Widersprüche zwischen Gemeinsamen Markt und japanischen Monopolen ausbügeln können. Diese Voraussagen haben sich offenbar bewahrheitet.

Jenkins traf mit den Leitern der Föderation der Wirtschaftsorganisationen Japans, der Industrie- und Handelskammer und anderen Vertretern der Geschäftswelt zusammen. Es gab angespannte, aber kaum ergebnisreiche Verhandlungen. Hauptgesprächsgegenstand war das riesige Defizit der EWG im Japan-Handel. Während 1973 sein Passivsaldo bei 1,2 Md. Dollar lag, er-

Potenzieller Schreibtischtäter

Frage: Glauben Sie tatsächlich als Mensch, Christ und Vater, Sie würden wirklich dem Präsidenten empfehlen, auf den Knopf zu drücken und Millionen Menschen zu töten?

Antwort: Ich weiß nicht, ob ich würde...

Hier hätte der Mann lieber Schluß machen sollen. „Ich weiß nicht“, ist immerhin besser als das, was nun kommt:

Fortsetzung der Antwort: Sicher glaube ich, ich würde und ich glaube sicher, ich würde es tun ohne allzu viele Gewissensbisse, wenn ich denken müßte, daß irgend jemand einen Nukleargriff auf mich anfangen könnte.

Also, er braucht das nur zu denken, dann soll schleunigst auf den Knopf gedrückt und Millionen Menschen der Garaus gemacht werden. Das heißt, es soll ein nuklearer Präventivschlag geführt oder zumindest damit gedroht werden.

Fortsetzung der Antwort: Denn wenn ich nicht davon überzeugt wäre, daß ich die Entschlossenheit und den Willen habe, es zu tun, glaube ich, daß sich die Wahrscheinlichkeit eines Krieges erhöhen würde, da der Abschreckungseffekt eliminiert wäre.

Überhaupt, so läßt sich den weiteren Äußerungen entnehmen, ist ein Krieg gar nicht so schlimm.

Aus der Antwort auf die folgende Frage: Die Tatsache ist, wenn wir alle unsere Nuklearwaffen einsetzen würden und die Russen würden alle ihre Nuklearwaffen einsetzen, dann würden etwa 10% der Menschheit getötet.

Wirklich, welche Kleinigkeit: 10%, das sind an die 400 Millionen, was macht das schon! Allerdings, woher kommen die 10%? Hat sie der Mann selber zusammengezählt oder wurde ihm die Zahl von irgend jemand errechnet? Berücksichtigt er auch den Tod von Menschen durch die Strahlungseinwirkungen? Und wozu mußte im Prinzip überhaupt die Zahl der Opfer einer Kernkatastrophe heruntersetzt werden? Das erfährt man aus den folgenden Worten.

reichte es 1976 4,2 Md. Dollar. Jenkins versuchte die japanischen Konkurrenten davon zu überzeugen, daß nun die Zeit gekommen sei, die Profitjagd etwas einzudämmen, da es für die westeuropäischen Monopole sonst zu ernstlichen Schwierigkeiten kommen könnte.

Angelpunkt im Besuchsprogramm Jenkins' war seine Unterredung mit dem Minister für Außenhandel und Industrie Tatsuo Tanaka. Jenkins verlangte von dem Minister, er solle sich um eine Importerhöhung aus den EWG-Ländern bemühen. Die Liste mit den potentiellen Gütern konnte er gleich vorlegen: Flugzeuge, Arzneimittel, Dieselmotoren usw.

Tanaka soll diese Liste aufmerksam studiert haben. Er nahm sogar die Erklärung Jenkins' zur Kenntnis, das negative Saldo der EWG im Japan-Handel wirke sich übel auf die „menschlichen Gefühle“ der westeuropäischen Unternehmer gegenüber Japan aus. Nach Jenkins' Abreise jedoch halten sich in Geschäftskreisen hartnäckig Gerüchte, Tatsuo Tanaka sei gezwungen gewesen, Jenkins zu antworten: „Gefühle hin, Gefühle her, Handel bleibt Handel.“ Die japanischen Partner haben deutlich zu verstehen gegeben: „Löst eure Probleme selbst, wir haben genug eigene.“ Die Beruhigung, die in den westeuropäischen Hauptstädten so dringend erwartet wurde, ist also nicht eingetreten. Der Wirtschaftskrieg zwischen den Konkurrenten geht weiter.

S. LEWTSCHENKO
Eigenbericht

Tokio

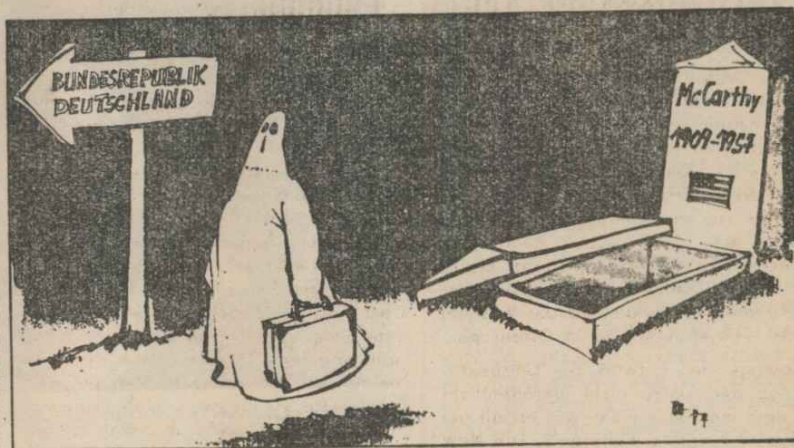
Fortsetzung der Antwort: Vernunftmäßig und analytisch ist das nicht das Ende der Menschheit. Die Leute lieben Slogans, und einer der meistgebrauchten Slogans ist, daß die USA und die UdSSR es in ihrer Macht haben, die Menschheit zu dezimieren und auszurotten... Das ist nicht wahr.

Der Mann mag, wie wir sehen, keine Slogans. Mit der Indifferenz eines ausgeleihten Computers zählt er die Millionenopfer eines Kernkriegs und versichert im gleichen Atemzug, ein Krieg sei so schlimm nicht.

Dürfen wir ihnen den Mann vorstellen: Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten.

M. TSCHERNOUSSOW

„NEUE ZEIT“ 43-77



Ein Gespenst kehrt wieder

Karikatur aus „tz“ (BRD)

BEI SCHNEE OKAY

Am ungemütlichsten von allen türkischen Truppenteilen hat es wohl die 3. Armee. Ein AP-Korrespondent meldet aus Ani an der türkisch-sowjetischen Grenze, die 3. türkische Armee laviere in diesem Raum, wo sie die äußerste östliche Flanke der NATO vor einem möglichen Angriff der Sowjetunion schütze.

Weiter erfahren wir von AP, der Raum der Stadt Ani sei ein wahrscheinliches sowjetisches Angriffsobjekt in der östlichen Türkei. Die Grenze zwischen der Türkei und der Sowjetunion sei die potentielle Landbrücke zu den Ölfeldern im Mittelosten. In diesem Raum, schreibt der AP-Mann unter Berufung auf Militärs, seien sowjetische Panzerdivisionen stationiert, die dazu ausersehen sind, einen eventuellen ersten Schlag im Tal des Flusses Kars zu führen.

Doch nicht nur AP hat die Gefahren eines „eventuellen Schlags“ ausgemalt. Auch der britische *Daily Telegraph* und die dortige *Financial Times* malten mit. Sie diskutieren allen Ernstes die Frage, wie schwer es den sowjetischen Panzern fallen würde, die sehr unzugängliche Ge-

gend zu durchrasseln. Außerdem seien die Bergpässe ein bedeutendes Hindernis für die Angreifer. Starke Schneefälle in den Wintermonaten aber machten Bodenangriffe praktisch unmöglich.

Obwohl jeder Berichterstatter beim Schildern der „russischen Gefahr“ auf seine Weise bedauert, daß das türkische Verteidigungspotential beeinträchtigt wurde, als die USA ihre Waffenlieferungen nach der türkischen Besetzung Zyperns 1974 mit einem Teilembargo belegten, haben sie doch alle dem Leser untergejubelt, wie besorgt die NATO-Führung über den Waffenmangel bei den türkischen Verbündeten ist.

Darum ging es wohl auch hauptsächlich bei den Meldungen aus der östlichen Türkei. Die *Financial Times* fand nämlich ganz richtig heraus, daß einem erschöpften Reisenden, der von Erzerum, dem Stützpunkt der türkischen 3. Armee, an die Grenze komme, die verwunderte Frage zu verzeihen sei, weshalb die Russen jemals darauf aus sein könnten, ein so mieses Territorium zu erobern.

V. GRIBATSCHOW

STETS MIT DEM LAND DER OKTOBERREVOLUTION

Trinkst du Wasser, vergiß die Quelle nicht — so lautet ein vietnamesisches Sprichwort. Je mehr die Arbeiterklasse, das Volk Vietnams seiner schweren, erniedrigenden Vergangenheit und der verschiedenen Stadien seines peinvollen, opfermutigen und zugleich sieghaften Kampfes gedenkt, desto tiefer ist es von der Erkenntnis durchdrungen, was es Lenin und der Oktoberrevolution zu verdanken hat.

HO CHI MINH

Heutzutage verkürzen sich die Entfernungen zwischen den Erdteilen und Ländern rapide. Weit fort von uns liegt Vietnam, und doch erreicht man es jetzt in 16 Flugstunden. Vor 60 Jahren war die Welt, waren die Entfernungen und die Verbindungen zwischen den Völkern und Ländern ganz anders.

Damals war Vietnam eine Überseeprovinz Frankreichs und für viele ein Land voller Rätsel. Aber gerade damals, als die Werktätigen Rußlands als erste in der Geschichte das Kapital entmachten und ihr Geschick selbst in die Hand nahmen, damals entstanden die brüderliche Freundschaft und die Solidarität, die das sowjetische und das vietnamesische Volk jetzt unlösbar vereinen.

Die ersten Verbindungen zu Sowjetrußland nahmen die Patrioten Vietnams schon 1919 auf. Als Teilnehmer an der Intervention der Entente gegen die junge Sowjetrepublik entsandte Frankreich zu jener Zeit ein afrikanisches Regiment nach Odessa, dem auch indochinesische Schützen angehörten. Außerdem landete ein indochinesisches Bataillon in Wladiwostok. Ein Teil davon lief zusammen mit französischen Matrosen zum revolutionären Rußland über. Auf der Reede von Odessa hißte ein vietnamesischer Matrose auf dem aufständischen Kreuzer Waldeck-Rousseau die rote Fahne. Dieser Matrose war Ton Duc Thang, der jetzige Präsident der Sozialistischen Republik Vietnam.

Der ruhmreichen Kämpfe seiner Jugend gedenkend, sagt er: „Ich bin überzeugt, daß jeder vietnamesische Patriot, besonders ein Arbeiter, der in jenen großen Augenblicken auf dem Schwarzen Meer war, es genau so gemacht hätte, denn das Heimatland lieben und die Imperialisten hassen bedeutet vor al-



lem, zur Oktoberrevolution stehen und ihre Gegner hassen.“

Vier Jahre später traf Ho Chi Minh, der erste Abgesandte der nationaldemokratischen Kräfte Indochinas, in Moskau ein. Sein Parteideckname war Nguyen Ai Quoc, Nguyen, der Patriot (Ho Chi Minh nannte er sich erst seit 1942).

Vor seiner Ankunft in Moskau hatte er sich über fünf Jahre aktiv an der französischen Arbeiterbewegung beteiligt. Mitte 1920 las er ein Werk Lenins über die nationale und die koloniale Frage und war tief beeindruckt. Er schrieb: „Von jenem Zeitpunkt an stellte ich mich rückhaltlos auf die Seite Lenins und der III. Internationale.“

Es war sein sehnlicher Wunsch, nach Sowjetrußland zu reisen und Lenin zu sehen. Auf dem II. Parteitag der FKP in Paris lernte er zum ersten Male einen bedeutenden russischen Bolschewiken kennen. Es war Dmitri Manuïlski, Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern. Eindruck auf diesen machte die zündende Rede des indochinesischen Delegierten, der die französischen Kommunisten aufrief, die Kolonialvölker tatkräftig zu unterstützen. Manuïlski empfahl der FKP, ihn nach Moskau, in die Komintern zu schicken.

Im Juli 1923 kam Nguyen Ai Quoc nur mit einem leichten Kofferchen von einem kleinen Schiff im Petrograder Hafen an Land. Später nannte er diesen Tag den denkwürdigsten seines Lebens. Er sah erschüttert, wie schwer es die Sowjetrepublik anfangs hatte, bewunderte, wie heroisch und aufopfernd die Arbeiter und Bauern das Fundament für die

1951. Ho Chi Minh bei der Arbeit in einer Höhle im Partisanengebiet Vietbaks

neue Gesellschaft legten und wie siegesgewiß die Bolschewiki waren. In seinen Erinnerungen schrieb Ho Chi Minh: „Über die rapiden Fortschritte des Sowjetlandes, über jeden seiner Erfolge war jeder Revolutionär froh und glücklich. Sie erfüllten uns mit Stolz auf die Große Oktoberrevolution.“

Nguyen Ai Quoc wohnte im Moskauer Hotel Lux auf der Twerskaja (jetzt Hotel Zentralnaja auf der Gorki-Straße). Sein Weg führte ihn meistens auf den Manegenplatz, wo der Lenin-Bibliothek gegenüber die Ostabteilung des EKKI (Exekutivkomitees der Komintern) ihren Sitz hatte, und später auf den Arbatplatz, ins Sekretariat der Bauerninternationale, wo er ebenfalls tätig war. Ein häufiger Gast war er auch auf dem Twerskoi Boulevard, bei der Asien-Zweigstelle der Kommunistischen Universität für die Werktätigen des Ostens.

Die Moskauer Presse schrieb wiederholt über den vietnamesischen Revolutionär. Am 12. Oktober 1923 meldete die *Prawda*, daß in Moskau eine internationale Bauernkonferenz eröffnet worden war, und schrieb: „In der zweiten Sitzung sprach Nguyen Ai Quoc von der französischen Kolonie Indochina. Er sagte, die Bauernschaft Indochinas sei doppelt unterdrückt — als Bauern an sich und als Bauern einer Kolonie.“

Ende Dezember brachte die Zeitschrift *Ogonjok* eine Reportage über den „ersten Kominternmann aus Indochina“, verfaßt von dem bekann-

ten Dichter Ossip Mandelstam, der als Reporter beim *Ogonjok* tätig war. Obwohl er nicht sehr genau über internationale Fragen Bescheid wußte, gab er den Lesern doch ein Bild von diesem hervorragenden Mann und Kämpfer. Wir lesen: „Von Nguyen Ai Quoc geht das Fluidum eines angeborenen Takt- und Feingefühls aus, einer hohen Kultur, vielleicht schon der Kultur der Zukunft.“

Am 21. Januar 1924 erfuhr Moskau, daß Lenin nicht mehr unter den Lebenden weilte. Ho Chi Minh schrieb: „Beim Frühstück im Speisesaal, der sich im Parterre des Hotels befand, erfuhren wir, daß Lenin gestorben war. Keiner wollte es glauben, aber durchs Fenster sahen wir, daß die Fahne beim Moskauer Sowjet auf halbmast stand. Eine Trauer ohnegleichen erfaßte uns. Lenin tot! Ich hatte Lenin nie getroffen, und das war der größte Kummer meines Lebens.“

Als einer der ersten kam er in den Säulensaal des Gewerkschaftshauses, um dem Führer des Weltproletariats das letzte Geleit zu geben. Leicht gekleidet schritt er im grimmigen Januarfrost mehrere Stunden im Trauerzug. Wieder zu Haus, schloß er sich ein und schrieb bis spät nachts. Am 27. Januar erschien in der *Prawda* unter den Nachrufen trauernder ausländischer Freunde auch einer von Nguyen Ai Quoc, in dem es heißt: „Wir sind überzeugt, daß die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen, auch die in den Kolonien, die Lehren unseres Führers beherzigen und seinen Weisungen nachkommen werden. Am besten beweisen wir unsere Liebe zu ihm doch damit, daß wir tun, was er uns aufgetragen hat. Zu Lebzeiten war er uns ein Vater, Lehrer, Genosse und Ratgeber. Jetzt ist er der Leitstern, der uns zur sozialen Revolution führt. Lenin lebt in unserem Tun, er ist unsterblich.“ Nguyen Ai Quoc nahm sich vor, alles, was Lenin zur nationalen und kolonialen Frage geschrieben hatte, gründlich zu studieren. Die Bedeutung des Leninismus für den Freiheitskampf der Kolonialvölker umriß er in einem in der Zeitung *Gudok* veröffentlichten Artikel, betitelt „Lenin und der Orient“. Er hob sie auch in seiner Rede auf dem V. Kominternkongreß in Moskau hervor. Ho Chi Minhs leninistische Auffassung von den besonderen sozialen und politischen Verhältnissen in den Kolonien und von der eminenten Wichtigkeit einer richtigen Lösung der Bauernfrage befähigte später die noch klei-

ne Kommunistische Partei Vietnams, die überwiegende Bevölkerungsmehrheit ihres Landes anzuführen.

Nie hat Nguyen Ai Quoc die Verbindung mit unserem Land verloren. Im Dezember 1924 reiste er als Vertreter der Komintern nach Kanton, leistete dort unter den patriotisch gesinnten vietnamesischen Emigranten politische Arbeit, war zugleich Dolmetscher bei M. Borodin, dem politischen Berater Sun Yat-sens, und sandte der ROSTA, wie damals die TASS hieß, regelmäßig Berichte über die Lage in China und Indochina ein.

Am 5. Juni 1931 gab die Reuter-Agentur die Meldung durch Nguyen Ai Quoc, Leiter der von ihm etwa ein Jahr vorher gegründeten KP Indochinas, sei in Hongkong verhaftet worden. Ungefähr zwei Jahre war er in Hongkong im Gefängnis, ständig bedroht von der Auslieferung an die französischen Kolonialbehörden, die ihn in Abwesenheit zum Tode verurteilt hatten. Schließlich setzte das Exekutivkomitee der Komintern über die Internationale Rote Hilfe seine Freilassung durch. Anfang 1933 ging er in Schanghai an Bord eines sowjetischen Schiffes, das auf Wladiwostok Kurs nahm.

Dieses Mal blieb Nguyen Ai Quoc fast sechs Jahre in der UdSSR, Jahre, die einen unauslöschlichen Eindruck auf ihn machten. Als treuer Freund des Sowjetvolkes propagierte er eifrig dessen Leistungen und rief auf, sich mit der Sowjetunion, „der Hochburg der revolutionären Bewegung und des Kampfes für den Weltfrieden“, zu vereinen. Veteranen der vietnamesischen Revolution erinnern sich, wie ihnen Ho Chi Minh zu jener Zeit in einer feuchtkalten Höhle des bergigen Vietbak während der Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand oder in einer Bambushütte tief im Dschungel, als der Widerstandskrieg begann, hinreißend von seinem Leben im Sowjetland erzählte und ihnen ein anschauliches Bild von den grandiosen Fünfjahrplanbauten und von der Schönheit der russischen Natur gab.

Als der zweite Weltkrieg ausbrach, gingen Ho Chi Minh und andere vietnamesische Kommunisten, die sich in Moskau aufhielten, über China nach Indochina, um den schweren Zeiten wohlgezwungen an der Seite ihres Volkes entgegenzugehen. Aber nicht alle. Als Hitlers Wehrmacht im Oktober 1941 vor Moskau stand, wurde aus ausländischen Kommunisten auf Initiative

Georgi Dimitroffs ein Internationales Regiment aufgestellt und in die Mot.-Schützenderbrigade eingegliedert, die sich in den Gefechten vor Moskau auszeichnete. Wie Iwan Winarow, ein Veteran der bulgarischen Arbeiterbewegung, der beim Internationalen Regiment Kommissar war, angibt, befanden sich unter den deutschen, österreichischen, spanischen und bulgarischen Antifaschisten, die den Kern bildeten, auch sechs vietnamesische Kommunisten.

Die vietnamesische Revolution vom August 1945 kann man sehr wohl eine jüngere Schwester der Oktoberrevolution nennen. 1930 wurden in den Provinzen Nghe An und Ha Tinh unter Führung von Kommunisten nach dem Vorbild des russischen Proletariats Volksräte gebildet und waren über ein halbes Jahr lang Inseln der Freiheit im Meer des kolonialen Vietnams. Flugblätter mit Hammer und Sichel, von diesen Räten herausgegeben, wurden im ganzen Land verbreitet und riefen das Volk auf, dem Beispiel des Sowjetvolks zu folgen. Zu den ersten kommunistischen Publikationen in Vietnam zählten eine Zeitung und eine Zeitschrift mit dem Titel *Bolschewik*. Im zweiten Weltkrieg sah man in Städten Vietnams nicht selten Flugblätter mit folgenden Schlagzeilen in roter Tusche: „Schützt das Land der Sowjets!“ und „Die Sowjetunion wird siegen!“ Das Signal zum bewaffneten Aufstand vom August war die Nachricht, daß die Sowjetarmee die Kwangtungarmee des militaristischen Japans, die damals Vietnam besetzt hielt, vernichtend geschlagen hatte.

Jetzt rüstet die Welt zum 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution, und es ist angebracht, folgenden schönen Worte Ho Chi Minhs über unser Land in Erinnerung zu bringen: „Die Sowjetunion ist die mächtigste Hochburg des Fortschritts, der Demokratie und des Friedens. Ihre stetig zunehmende unüberwindliche Stärke und unentwegte Friedenspolitik sind die sicherste Garantie für die Unabhängigkeit aller Völker, der großen wie der kleinen.“

Im Angesicht der Imperialisten, die ihre allen Völkern verhaßte und schon ins Wanken gebrachte Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten suchen, müssen wir Revolutionäre aller Länder unsere Einheit rings um die UdSSR und die KPdSU allseitig und allstündlich festigen.“

J. KOBELEW

POLITISCHE KREUZNÄHTE

Jewgeni BABENKO

Um herauszufinden, wie rasch die Lebenshaltungskosten in Frankreich steigen, muß man nicht unbedingt den nächsten offiziellen Preisindex abwarten, der zu jedem Monatsanfang veröffentlicht wird. Man braucht nur morgens durch die Pariser Straßen zu gehen und zu beobachten, wie die Ladenschwengel flink die Preisschilder in den Auslagen auswechseln. Teurer wird alles: Streichhölzer und Autos, Babynahrung und Türschlösser, Obst und Lehrbücher. Selbst das Baguette. Dieses jedem Franzosen von Kindheit an anvertraute lange Weißbrot kostete vor fünf Jahren 65—70 Centime, jetzt dagegen fast das Doppelte, obwohl das Gewicht von 300 g gleichbleibend wie der Teig.

Von 1972 bis heute sind die Lebenshaltungskosten in Frankreich um 198,7% gestiegen. Allein in diesem Jahr kletterten die Preise um 12,4%. Beide Male handelt es sich um den Durchschnitt. Der Trick der Statistik besteht darin, z. B. Preise für Farbfernseher zu nehmen, die nun wirklich nicht alle 14 Tage anziehen, und Preise für Gemüse, Bekleidung, Schuhe, die mit kosmischer Geschwindigkeit hochgehen, sie zu addieren, zu halbieren und daraus die „durchschnittlichen“ 12% zu erhalten.

Druck für Millionen

In allen Gesprächen geht es um die schwindelerregende Preiserhöhung, ob sie nun in den politischen Salons oder in den Hafenkneipen geführt werden. Doch nicht nur die Preise beunruhigen die Franzosen. Zu einer Zeit, zu der man noch gar nicht so recht weiß, ob es nun sehr spät, oder aber sehr früh ist, kurz, um 4 oder 5 Uhr morgens, strömen an einigen Punkten von Paris schweigende Menschentrauben zusammen. Viele Jugendliche und Frauen sind darunter, aber auch ältere Leute. Sie alle haben den gleichen verzweiferten Gesichtsausdruck. Es sind die Arbeitslosen. Sie warten darauf, daß die Zweigstellen des Nationalen Arbeitsvermittlungsamtes geöffnet wer-

den, um als erste einen Platz auf den abgeschabten Bänken zu ergattern und wieder zu warten, ob nicht vielleicht heute plötzlich irgendeine Arbeit winkt.

Die Arbeitslosigkeit ist zu einem nationalen Problem, zu einem schrecklichen Druck für Millionen geworden. Allein nach offiziellen und, wie die Gewerkschaften behaupten, frisierten Angaben, sind gegenwärtig 1 600 000 Personen ohne Arbeit. Das ist der höchste Stand seit dem Kriege.

Die Hälfte der Beschäftigungslosen leben von einer kleinen Unterstützung: Weniger als 400 Franc im Monat. Ein Mittagessen in einem billigen Espresso kostet jetzt nicht unter 20 Franc. Das offizielle Einkommensminimum beträgt 1600 Franc. Eine einfache Rechnung.

Am schwersten haben es die Jugendlichen unter 25. Im Frühjahr 1976 konnten 750 000 Hoch- und Oberschulabsolventen keinen Arbeitsplatz bekommen. Seither haben weitere 650 000 Mädchen und Jungen die Mittel- und Hochschulen abgeschlossen. Von ihnen dürften etwa 250 000 untergekommen sein. Und die anderen?

Vor einem Jahr beschloß die Regierung Barre ein „hartes Sparprogramm“, das von der bürgerlichen Presse sehr angepriesen wurde. Es sah u. a. vor, den Preisauftrieb allmählich zu bremsen, die Zahlungsbilanz des Landes auszugleichen sowie die Wirtschaftsentwicklung und die Beschäftigung zu sichern.

Deshalb sollten eine Erhöhung der Löhne und Einkommen beschränkt und verschiedene Steuern wesentlich erhöht werden.

In der Praxis ging die Inflation nach einer leichten Verlangsamung erneut weiter, während sich die Lohnheraufsetzung vielen Gruppen der Arbeitnehmer verlangsamt.

Ende April 1977 entwickelte die Regierung einen zweiten Plan zur Vermehrung der Arbeitsplätze und der Investitionen. Doch trotz ziemlich kräftiger Finanzspritzen ist das

industrielle Entwicklungstempo nach wie vor niedrig. Die Zahl der bankrott gegangenen Betriebe ist im ersten Halbjahr um 9,8% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen.

Anfang September wurden neue Maßnahmen zur Konjunkturbelebung angekündigt. Es sollen Kredite für die Betriebe bereitgestellt und bedeutende Investitionen vorgenommen werden, im Entwicklungsstadium ist ein Programm für Straßen- und Wohnungsbau, die Zinssätze wurden herabgesetzt, die einmaligen Beihilfen für die bedürftigsten und die kinderreichen Familien wurden etwas angehoben. Bei einer Analyse dieses sogenannten dritten Barre-Plans stellen viele Wirtschaftsfachleute fest, daß diese Maßnahmen nur den Interessen der Monopole dienen und zu einem neuen Rückgang des realen Lebensstandards der Bevölkerung führen.

Die Lösung der Wirtschaftsprobleme gewinnt gegenwärtig für Frankreich wesentliche Bedeutung. Viele Beobachter vertreten die Ansicht, eben davon werde der Ausgang der Wahlen im März 1978 abhängen. Dabei wird geäußert: Wenn die Wirtschaftslage noch schlechter werde, könne die Linksunion gewinnen.

An verschiedenen Polen

Das politische Klima in Frankreich ist heute von zwei Polen bestimmt. Auf dem einen steht die Regierungsmehrheit, verkörpert von der gaullistischen Sammlungsbewegung für die Republik, der Giscard d'Estaing nahestehenden Republikanischen Partei, der Radikalen Partei und dem Sozialdemokratischen Zentrum, auf dem anderen finden wir die Kommunisten, die Sozialisten und die Linksradiكالen, die im Juni 1972 ihr gemeinsames Programm unterzeichnet hatten. Als „Mehrheit“ wird der Regierungsblock heute aber nur noch aus Gewohnheit bezeichnet, da die letzten Departements- und insbesondere Gemeindewahlen gezeigt haben, daß die meisten Wähler die Linksunion und ihre Kandidaten unterstützen.

Wenn in der Meinungsforschung früher am häufigsten gefragt wurde: „Für welche Partei sind Sie?“, so geht es jetzt vorwiegend darum, ob die Franzosen „für“ oder „gegen“ das gemeinsame Programm sind. Die Wähler — 53% sind nach letzten An-

gaben bereit, für die Kandidaten der Linksunion zu stimmen — verfolgen aufmerksam, was innerhalb des jeweiligen Lagers vor sich geht.

Selbstverständlich sind Voraussetzungen für einen Sieg der Linken gegeben. Man darf aber den Einfluß der Reaktion nicht unterschätzen, die alles unternimmt, um die nach den Präsidentschaftswahlen 1974 gebildete Koalition an der Macht zu halten. Die ihr angehörenden bürgerlichen Parteien konnten sich übrigens bezüglich der Strategie und

Seit die Linksparteien im Sommer 1972 ihr gemeinsames Programm unterzeichneten, sind im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben wichtige Veränderungen eingetreten. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist noch weiter zurückgegangen. Die Energiekrise hat sich ebenfalls auf die allgemeine Wirtschaftslage ausgewirkt. Der Klassenkampf wurde schärfer.

Besorgnis der demokratischen Kräfte

Das alles brachte die Notwendigkeit mit sich, dem Programm Zusätze einzufügen. Die Kommunisten entwickelten ein detailliertes Projekt neuer sozialer und wirtschaftlicher Maßnahmen und schlugen vor, es in die gemeinsame Wahlplattform aufzunehmen. Vorgesehen ist u. a. die Verstaatlichung einer großen Zahl führender Industriebetriebe und Banken, die Heraufsetzung der Mindestlöhne, die Einführung von zusätzlichen Kapital- und Vermögenssteuern, die Verengung der Schere zwischen den Einkünften der verschiedenen Bevölkerungsschichten sowie andere Maßnahmen. Im Frühjahr und Sommer gab es 15 Begegnungen von Vertretern der drei Parteien, auf denen die Positionen zu vielen Punkten des Programms abgesteckt wurden.

Über einige dieser Punkte jedoch, z. B. die Frage der Verstaatlichung, blieben die Meinungsverschiedenheiten bestehen. Am 14. September verließ der Vorsitzende der Linksradi-kalen Robert Fabre die Beratung der linken Parteichefs und erklärte die Vorschläge der Kommunisten für unannehmbar. Auch die neuen Verhandlungen am 21. und 22. September wurden abgebrochen, da man dort zu dem Schluß kam, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei ein Abkommen nicht zu erreichen.

Viele Kommentatoren meinen, daß die Politik der Reaktion keine unwichtige Rolle bei der Zuspitzung der Differenzen unter den Oppositionsparteien gespielt hat. Die Reaktion versucht in den letzten Jahren immer wieder, die Sozialisten und die Linksradi-kalen von der FKP loszuschlagen.

Die Situation löst bei allen französischen Demokraten zweifellos Besorgnis aus. Es geht natürlich nicht um den Streit, wie viele Privatbetriebe nun unter staatliche Kontrolle

zu nehmen sind. Hinter der Hartnäckigkeit, mit der die Sozialisten und Linksradi-kalen soviel Firmen und Banken wie möglich vor der Verstaatlichung bewahren wollen, verbirgt sich der Wunsch, schon jetzt, vor den Wahlen, bestimmte politische Bedingungen auszumachen, die die eventuellen tiefgreifenden demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen beträchtlich einschränken würden. Diese Haltung bedeutet zweifellos gegenüber dem gemeinsamen Programm von 1972 einen Schritt zurück.

Am 5. und 6. Oktober befaßte sich das ZK-Plenum der FKP mit der neuen Situation. Die Teilnehmer erklärten, die Kommunisten seien fest entschlossen, die eingeleitete Erörterung ihrer Vorschläge fortzusetzen, für die Überwindung der noch bestehenden ernststen Differenzen sowie für ein Abkommen zu kämpfen, das zur Grundlage der weiteren Aktionen der Linksunion werden könnte.

Auch das leitende Komitee der Sozialistischen Partei tagte und äußerte, die Sozialisten seien bereit, „ohne Vorbedingungen“ die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Allerdings bestehen sie nach wie vor auf ihren Einwänden betreffs der Verstaatlichung.

Das Politbüro der FKP hat sich eingehend mit der Haltung der sozialistischen Führung beschäftigt und am 10. Oktober erklärt, die Sozialisten sollten einen realen Schritt vorwärts tun und Vorschläge machen, die auf der strikten Einhaltung der gemeinsamen, vor fünf Jahren eingegangenen Verpflichtungen basieren. FKP-Generalsekretär Marchais erklärte am 13. Oktober: „Unsere Zuversicht ist unerschütterlich. Wir sind fest entschlossen, alles zu tun, um ein gutes Regierungsprogramm zu erzielen.“ Marchais äußerte Besorgnis über den Rechtsruck der Sozialistischen Partei.

Die meisten Wähler glauben weiter an die Lebensfähigkeit und die Wirksamkeit der Linksunion. Das ergibt sich nicht nur aus Meinungsumfragen, sondern auch aus dem Ergebnis der Teilwahlen in den Senat am 25. September, wo allein die FKP drei neue Sitze erringen und damit die Zahl ihrer Senatoren auf 22 bringen konnte. Sie bewies damit, daß ihr Ansehen und ihr Einfluß weiter wachsen.



„Schluß mit der Arbeitslosigkeit!“, „Gebt uns Arbeit!“, waren die Losungen dieser jungen Leute bei ihrem Sitzstreik in Paris

Foto aus „Vie Ouvrière“ (Frankreich)

Taktik gegen die Opposition nicht einig werden. Am deutlichsten zeigte sich das in den „persönlichen Differenzen“ zwischen den Chefs der „Mehrheit“, insbesondere zwischen dem Präsidenten und dem ehemaligen Ministerpräsidenten, dem Chef der Gaullisten und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac. Erst Mitte September d. J. konnte nach monatelangen Verhandlungen von der „Mehrheit“ ein Manifest erstellt werden, das die gemeinsame Wahlplattform nur in groben Zügen umreißt. Da sie den wenig präzisen Charakter des Manifests erkennen, betonen die meisten französischen politischen Kommentatoren, es habe den Zweck, einen Anschein von Geschlossenheit zu erwecken, ernstliche Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen und die Anhänger zu mobilisieren.

BOKARO—EIN SYMBOL

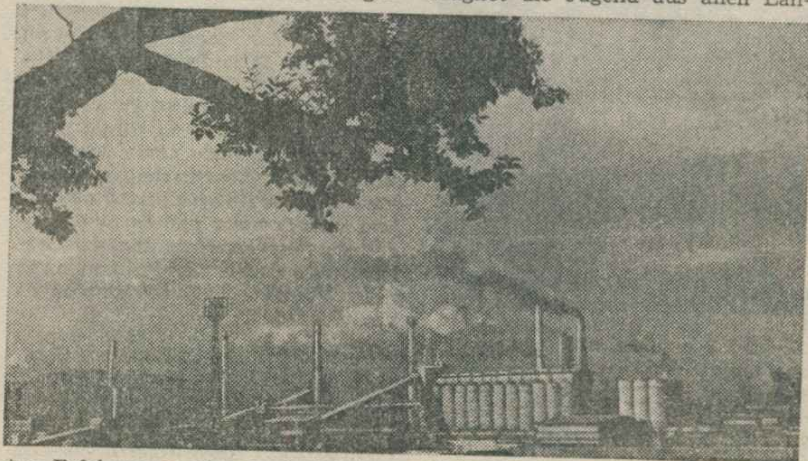
Von unserem ständigen Berichterstatter
Wladimir TRETJAKOW

Wenn vom Hüttenkombinat in Bokaro, einem der größten Objekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit, gesprochen wird, gerät selbst die nüchterne Sprache indischer Technokraten unvermittelt ins Poetische. Stadt der Jugend, Bau-Universität, Stolz des einheimischen Hüttenwesens, Herzstück des industriellen Indiens, unzerreißbares Kettenglied der sowjetisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen sind die Beiworte, die die Inder dem riesigen Hüttenkomplex zu Recht geben. Er wurde im östlichen Bihar errichtet und festigt nicht nur die Basis der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes und ihres staatlichen Sektors, er schafft auch die Grundlagen für die indische Selbstversorgung mit Gußeisen, Stahl und Walzgut. Er bringt hochqualifizierte Fachleute hervor und macht das Land oben-dreiu zu einem soliden Partner auf dem internationalen Eisenmetallmarkt. Noch vor fünf Jahren konnte man davon nur träumen. Die indischen Werkstätten, Ingenieure und Techniker sowie die sowjetischen Spezialisten haben die erste Baustufe des Werks fertiggestellt, wo die Stahlproduktion 1,7 Mio t und die Produktion des Gußeisens bis zu 2 Mio t jährlich erreicht. Der Bau des Kombinats geht weiter.

Als Indien 1947 seine Unabhängigkeit erlangte, erzielte die Hüttenindustrie kaum 1 Mio t Jahresproduktion. Die Errichtung des Erstlings der sowjetisch-indischen Wirtschaftszusammenarbeit, des Hüttenwerks in Bhilai sowie der Betriebe in Ranchi, Hardwar, Durgapur und Kofa waren die ersten Schritte zur Schaffung einer einheimischen Schwerindustrie. Gegenwärtig liegt die Stahlerzeugung bei jährlich 10 Mio t. Das Land begann mit der Herstellung von Schwermaschinen, mit Energieanlagen und Gerätebau. Die indischen Experten haben jedoch errechnet, ihre Wirtschaft werde in den 80er Jahren 20–25 Mio t Stahl jährlich benötigen. So wurde ein neues leistungsfähiges Kombinat gebraucht, das nicht nur den Eigenbedarf decken, sondern Indien auch zu einem Exporteur von Eisen ma-

chen kann. Unter Berücksichtigung dieses Bedarfs wurde denn auch der Bau des Hüttenwerkes in Bokaro beschlossen.

Anfangs dachte man an Hilfe aus den USA. Washington verlangte jedoch, das Werk solle nicht im staatlichen, sondern im privaten Sektor errichtet werden und in den ersten zehn Jahren nach Inbetriebnahme unter Kontrolle von US-Monopolen stehen. Daraufhin wandte sich die indische Regierung, die um die gu-



Blick auf das Kombinat in Bokaro

ten Erfahrungen der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit in Bhilai wußte, an die Sowjetunion. Bereits im Januar 1965 wurde ein Abkommen über den Beistand der UdSSR bei der Errichtung des Kombinats unterzeichnet.

Der technische Entwurf stammte vom sowjetischen Institut „Gipromes“ in Zusammenarbeit mit indischen Projektierungsorganisationen, darunter der staatlichen Gesellschaft MEKON. Vorgesehen war ein Kombinat mit der Leistungsfähigkeit von 4 Mio t Stahl jährlich. Der erste Bauabschnitt sollte eine Produktionskapazität von 1,7 Mio t ergeben. Und das alles sozusagen aus dem Boden gestampft. Es fanden sich natürlich Skeptiker aus Konzernhäusern Indiens nahestehenden Kreisen. Sie nannten das Projekt ein Luftschloß, das sich in nichts auflöst, sobald zur Tat geschritten wird. Doch gerade die Größe der Aufgabe, die

Ausmaße des Baus lösten unter breiten Bevölkerungsschichten Indiens außergewöhnlichen Elan aus.

„In Gedanken kehre ich in das Jahr 1968 zurück, da alles, was wir besaßen, die abgesteckte Fläche des Werkgeländes, die Projektierungsunterlagen und unser heißer Wunsch waren, einen Traum Wirklichkeit werden zu lassen“, schrieb der Baudirektor T. Joseph vor kurzem in *Bokaro News*. „Der Umfang der Bauarbeiten läßt sich schon daran beurteilen, daß allein bei der Errichtung der Kaltwalzstraße 2 Mio m³ Boden bewegt, etwa 45 000 t mechanische und 10 000 elektrische Anlagen herangebracht und montiert werden mußten. Eine unwahrscheinlich schwere Aufgabe, aber wir glaubten an unsere Kräfte und wußten unsere sowjetischen Freunde neben uns. Bokaro hat wie ein starker Magnet die Jugend aus allen Lan-

desgegenden angezogen. Mehr als 60 000 Inder erschienen auf der Baustelle. 1972 kam dann das erste Gußeisen, im darauffolgenden Jahr der Stahl, und Jahr für Jahr erstarkte das Werk. Jetzt, mit der Inbetriebnahme der Kaltwalzstraße „2000“, haben wir die erste projektierte Kapazität erreicht. Das ist ein großer Erfolg der sowjetischen und der indischen Ingenieure und Techniker, Arbeiter und Bauleute, eine kalte Dusche für die Skeptiker, für die Gegner sowjetisch-indischer Kontakte.“

Die Sowjetunion zeigte Verständnis für den Wunsch der indischen Administration, beim Bau in Bokaro möglichst weitgehend Erzeugnisse einheimischer Betriebe zu verwenden. Die gute industrielle Basis, ge-

schaffen mit Hilfe der UdSSR, ermöglichte es bis jetzt, fast 70% des Werkes mit indischen Maschinen auszustatten. In Zukunft soll dieser Anteil auf 84% gebracht werden. Einheitliche Standards machen es möglich, einheimische Industrieerzeugnisse mit den bereits funktionierenden sowjetischen Baugruppen und Mechanismen zu koppeln. In Bokaro gibt es mit modernster Technik ausgestattete automatische und halbautomatische Taktstraßen und telemetrische Anlagen. Über Fernsehen können komplizierte Prozesse in den Hallen mit hohen Temperaturen beobachtet werden. EDV-Anlagen kontrollieren den Arbeitsablauf. Die meisten Ausrüstungen tragen die Aufschrift „Made in India“. An den Schaltpulten sitzen neben Indern sowjetische Berater.

Verwaltungsdirektor S. Samarapungavan war bereits am Bau in Bhilai beteiligt, hat eine andert-halb-jährige Praxis in sowjetischen Betrieben hinter sich, arbeitete im Institut „Gipromes“ am Erweiterungsprojekt von Bokaro und in der Projektierungsorganisation MEKON. Bei einer Tasse Tee unterhielten wir uns.

„Man sagt, Bokaro sei die Zukunft Indiens“, meinte der Direktor. „Und das nicht nur hinsichtlich der Technik. Das Werk beschäftigt mehr als 20 000 junge Arbeiter, Fachleute, die morgen die Industriepolitik des Landes bestimmen werden. Schon jetzt werden Erzeugnisse des Werkes ausgeführt, u. a. nach Iran und Kenia, Kuwait und Pakistan, nach Polen und in die Schweiz, nach Japan und Jugoslawien. Sogar in die USA.“

Als wir über die sowjetischen Fachleute sprachen, sagte Samarapungavan:

„Ich persönlich habe schon seit mehr als 20 Jahren Verbindungen zu Hüttenwerken aus der UdSSR. Hier in Bokaro unterhalten wir einen engen Arbeitskontakt mit ihnen. Die sowjetischen Kollegen bestechen durch ihre Offenheit in Diskussionen, sie sind gute und zuverlässige Freunde, hervorragende Fachleute, die ihre Erfahrungen und ihr Wissen großzügig an uns weitergeben. Ein Zeichen für die Wirksamkeit ihrer Hilfe ist, daß die Zahl der sowjetischen Fachleute im Werk unaufhörlich sinkt, und zwar entsprechend den von beiden Seiten festgelegten Fristen. Das bedeutet, daß wir eine neue Formation indischer Ingenieure, Techniker und Arbeiter herangebildet haben.“

An diesem Tag waren wir in der Walzhalle. Sie stammt aus dem

Werk für Maschinenbau in Nowokramatorsk und funktioniert einwandfrei. In der Nähe unterhielten sich ein Inder und ein Russe. Es war der Ingenieur Wladimir Lebedew, der aus einer alten Stahlwerkerfamilie stammt und im Kombinat von Tscherepowed zu Hause ist:

„Ich bin noch nicht lange in Bokaro, kann aber schon sagen, daß es sich mit den indischen Kollegen gut und interessant arbeiten läßt. Wir verstehen einander blendend.“

Wir setzten unser Gespräch im Schichtbüro fort. Auf dem Tisch lagen Dokumente von der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, darunter der Bericht Leonid Breschnews. Wladimir Lebedew erläuterte:

„Wir verfolgen aufmerksam die Tagung und erzählen unseren indischen Freunden von der neuen Verfassung.“

Der Schweißerbrigadier Sinha mischte sich in unser Gespräch:

„Besonders beeindruckt haben mich die Worte Ihres Staatschefs, daß die Zukunft nicht jenseits der Gegenwart, sondern im Schoße der Gegenwart liegt... Das könnte über Bokaro gesagt sein. Denn während wir hier die Aufgaben von heute lösen, treten wir auch allmählich in den morgigen Tag ein, wo das Land seine völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit erreichen, Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Disproportionen beseitigen wird.“

Je besser der Bau in Bokaro voranging, je bedeutender sein Beitrag zum staatlichen Wirtschaftssektor war, desto spürbarer wurde die Wut der Gegner der sowjetisch-indischen Freundschaft. Alles ärgerte sie: Die Zusammenarbeit Indiens mit der UdSSR, wobei das Land objektiv den Herrschaftsbereich der westlichen Monopole im Handel und in den Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Industriestaaten durchsetzt. Die Rentabilität der Staatsbetriebe spricht für den weiteren Ausbau des staatlichen Sektors.

Mit dem Regierungsantritt der Janata Party glaubten die Gegner der sowjetisch-indischen Freundschaft hoffen zu dürfen, daß nun endlich eine Verschlechterung in den Beziehungen zwischen Delhi und Moskau eintritt. Vor dem Indien-Besuch Außenminister Gromykos im April d. J. unternahmen sie einen Angriff auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder, insbesondere auf Bokaro. Das Vorhaben der Regierung, den Ausbau der Kaltwalzhalle mit eigenen Kräften zu beenden, gestützt auf die bereits gute Basis des einheimischen Ma-

schinenbaus, der mit Hilfe der Sowjetunion entstand, wurde von der Westpresse und einigen indischen Zeitungen als Symptom für den Beginn einer „Abkühlung der Beziehungen“ zu Moskau interpretiert.

In einem Interview für die Wochenzeitung *Blitz* (Bombay) vom 24. September sprach der Generalsekretär der regierenden Janata Party Madhu Limaye deutlich aus, daß reaktionäre und antinationale Elemente versuchten, die Freundschaft Indiens zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern Europas zu untergraben. Er sagte, es werde ein raffiniertes Spiel getrieben, um Indien hilflos und schutzlos zu machen, damit dann ein Druck auf das Land ausgeübt werden könne.

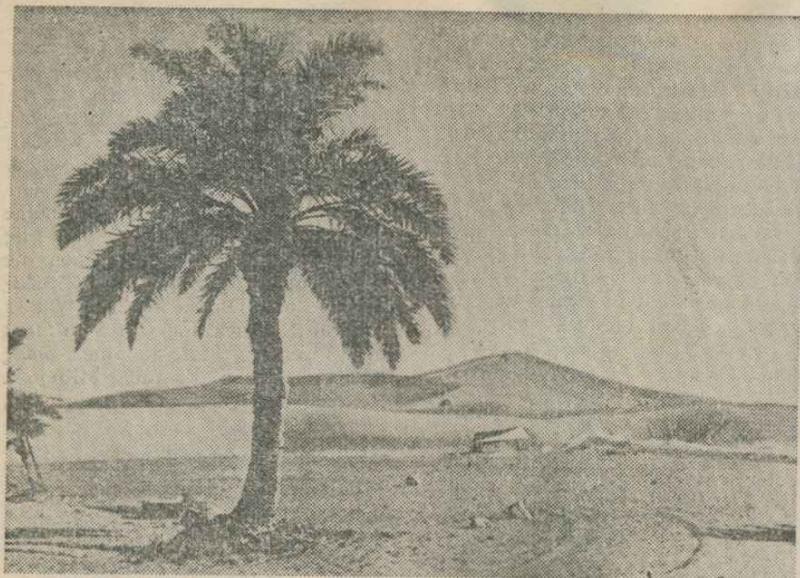
Der erfolgreiche Besuch Andrej Gromykos in Delhi, die erzielten Übereinkünfte sowie weitere Begegnungen und Kontakte haben die Illusionen der Gegner der sowjetisch-indischen Freundschaft zunichte gemacht.

Die jetzige indische Führung hat mehrmals geäußert, die freundschaftlichen sowjetisch-indischen Beziehungen dienen zuverlässig den Interessen der Völker beider Länder und seien ein wichtiger Faktor für den Frieden und die Stabilität innerhalb und außerhalb Asiens. Mit großem Interesse erwartet das Land die Ergebnisse des bevorstehenden UdSSR-Besuchs von Ministerpräsident Desai. Die demokratische Presse hebt hervor, daß dieser erste offizielle Besuch Desais seit seiner Kabinettsbildung gerade der UdSSR gilt.

Vor meiner Abreise aus Bokaro traf ich mich mit dem Chefsingenieur des Werkes K. Raju. Er bat mich, den sowjetischen Bürgern und seinen Kollegen, den Hüttenwerkern herzlich zu gratulieren und ihnen die besten Wünsche zu übermitteln.

„Es ist bemerkenswert, daß der Besuch des indischen Ministerpräsidenten Desai in der Sowjetunion kurz vor dem 60. Jahrestag Ihrer Revolution stattfindet. Ich komme täglich mit vielen indischen Ingenieuren, Technikern und Arbeitern zusammen und weiß, mit welchem Interesse sie die Nachricht von diesem für beide Länder nützlichen Besuch aufgenommen haben. Die vor 22 Jahren eingeleitete Zusammenarbeit gewinnt an Gewicht. Wie könnte es auch anders sein, da sie doch völlig im Interesse der Völker Indiens und der UdSSR liegt.“

Bokaro—Delhi, im Oktober



MENSCH UND WÜSTE: WER WIRD SIEGER?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Boris ASSOJAN

Fast 15% der Bevölkerung unserer Erde lebt in Dürrezonen. Sie bilden etwa 33% der Erdoberfläche und sind in einem schnellen Vormarsch begriffen, womit sie dem Menschen immer mehr fruchtbaren Boden entziehen. Angaben der UNO-Organisation für Umweltschutz bestätigen, daß der Mensch jährlich 5—7 Mio ha kultivierbaren Boden an die Wüste verliert. In den letzten 50 Jahren hat die Sahara an die Million Quadratkilometer neu mit Sand bedeckt. Rasch dehnen sich auch Wüsten in Australien, den USA, in China und in Südamerika aus.

Gut in Erinnerung haben wir alle noch die Katastrophe in den Sahara-Anliegerländern, wo fünf Jahre eine außergewöhnliche Dürre herrschte. 2 Millionen Nomaden büßten mehr als die Hälfte ihres Viehs ein. Die Ernten gingen stark zurück, wodurch 15 Millionen Bauernfamilien buchstäblich ohne Nahrung blieben. In einigen Gebieten von Obervolta starben dadurch etwa 80% der Bewohner. Der Tschad-See wurde um ein Drittel kleiner.

Seit 1973 ist ein weitreichendes Internationales Hilfsprogramm für die Dürregeschädigten angelaufen.

Es hat viele Menschen vor dem Verhungern gerettet, konnte jedoch nicht dazu beitragen, die vernichtete Agrarbasis der afrikanischen Länder wiederherzustellen.

Die Tragödie der Völker dieser Länder setzte die ganze Welt in Erregung, und so beschloß die UNO-Vollversammlung 1974, eine Weltkonferenz einzuberufen, die einen konkreten Plan der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Wüsten entwickeln könnte. Diese erste Konferenz fand im September d. J. in Kenias Hauptstadt Nairobi statt. Auf ihr waren 110 Länder vertreten.

Buchstäblich Verwüstung

Die Verwüstung, d. h. die Verringerung oder völlige Beseitigung des biologischen Gleichgewichts unter dem Einfluß ungünstiger Witterungsverhältnisse und einer übermäßigen Ausbeutung der Natur durch den Menschen, ist keine neue Gefahr. Sie hat viele alte Kulturen vernichtet. Die Sumerer und die Babylonier versalzten und entkräfteten den Boden durch falsche Entwässerungssysteme. Die Zivilisation der Harappa — sie lebten im Raum des jetzigen Pakistan — ging unter

vor allem wegen ihrer ruinierten Landwirtschaft, was sich aus einer langen und starken Trockenlegung des Bodens ergab. In den letzten 2000 Jahren ging eine Fläche an die Wüste, die die ganze heutige Erdbevölkerung hätte ernähren können.

Wenn die Wüsten eine Natur- und Klimaerscheinung sind und unabhängig vom Menschen existieren, so liegt die Ursache für die Verwüstung vor allem beim Menschen selbst. Die intensive Nutzung der Naturschätze, übermäßiges Tränken des Bodens, der Wunsch, ohne die entsprechende Vorbereitung mehr Nahrungsmittel für die zunehmende Bevölkerung zu erhalten, darin liegen nur einige Gründe für die Zunahme dieses Prozesses in der jüngsten Zeit. Es ist paradox, daß der Mensch dabei sowohl als Ursache wie Opfer erscheint.

Traditionsgemäß besitzen die Nomaden riesige Herden von Haustieren, was ein Zeichen des Wohlstands ist. In den letzten Jahren hat die Zahl der Nomaden wesentlich zugenommen. Und je mehr Menschen, desto mehr Vieh. Zunächst vernichten die Tiere die nahegelegene Pflanzenwelt, dann ziehen sie weiter, bis kilometerweit kein Baum, kein Strauch mehr übrig bleibt. Das Vieh zertrampelt den zarten Boden bei den kleinen Wasserquellen. Die bestellbare Fläche wird größer, da die Bevölkerung zunimmt. Doch die Ernten werden immer kleiner, der Boden ist erschöpft. Schließlich wird dieser entblößte Boden vom Wind heimgesucht, und übrig bleibt Sand, der auf benachbarte Teile übergreift.

In Sudan konnte man noch vor einigen Jahren häufig Bäume und Sträucher bei den Ortschaften antreffen. Heute muß man sich an ein anderes Bild gewöhnen: Nur vereinzelte Stubben erinnern inmitten des Sandes an die ausgemerzte Pflanzenwelt. Die Einwohner schlugen und schlugen die Bäume zu Brennholz. In den Lagerfeuern der Nomaden brennen auch Gummiarabicum-Bäume, einst Quelle des wichtigsten sudanesischen Exportartikels. Inzwischen ziehen die Leute schon viele Kilometer weit, um Brennmaterial aufzutreiben. Die Fruchtfolge ist gestört, was katastrophale Auswirkungen hat. Die Erzeugung verschiedener Arten von Agrarprodukten ist auf das 4- bis 8fache zurückgegangen.

In Brasilien, Peru und Chile hat der Masseneinschlag von Wäldern

riesige Gebiete in leblose Wüsten verwandelt. Das Vieh, dessen Stückzahl immer mehr zunimmt, besonders von Ziegen (die nach der Konferenz von Nairobi scherzhaft als Agenten der Verwüstung apostrophiert wurden), frisst die Weiden kahl, und das führt zu einer Degradierung der ökologischen Systeme. In Nordirak z. B. weiden mehr als eine Million Schafe, die Weideflächen dieses Raums aber können nach Expertenangaben nicht mehr als 250 000 nähren. Ein australischer Vertreter äußerte, im Westen des Landes hätten Schafe und Rindvieh 67% der einer Bearbeitung zugänglichen Fläche vernichtet. Für Australien ist das Problem besonders brennend, weil 74% seines Territoriums Dürregebiete sind.

Der politische Aspekt

Am meisten haben die Völker der Entwicklungsländer unter der Verwüstung zu leiden: Vier der sechs von der Dürre 1968–1973 heimgesuchten afrikanischen Länder standen in der Liste der ärmsten Staaten der Welt, wo das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung keine 100 Dollar erreicht. Um so gefährlicher und unmenschlicher erscheint der Schaden, den die räuberische Ausbeutung des Bodens durch die kapitalistischen Monopole anrichtet. In den Konferenzreden vieler Delegierter hieß es, besonders in Afrika trage der Kolonialismus die Verantwortung für den Verlust großer fruchtbarer Flächen.

Der stellvertretende Generalsekretär der Organisation der Afrikanischen Einheit Nurredin Djoudi erklärte, auch heute betrieben die rassistischen Regimes im Süden Afrikas die gleiche Politik: Die Afrikaner der RSA, Namibias und Simbabwe seien in Reservationen oder den sogenannten Bantustans zusammengepfercht, wo sie weder Möglichkeit noch Mittel hätten, die Verwüstung zu bekämpfen. „Das freie Afrika erlaubt es nicht, daß die Völker im Süden des Kontinents gleichzeitig mit der Unabhängigkeit die Wüste bekommen“, sagte Djoudi. „Wir wollen die grüne Farbe auf den Fahnen der afrikanischen Staaten erhalten.“

„Die Bantustan-Politik“, heißt es in einer Resolution zu dieser Frage, „ist infolge ihrer Einwirkung auf die Umwelt eine der ernsthaftesten Ursachen für die Verwüstung.“ Die Konferenz appellierte an alle Staaten

der Welt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Fortsetzung dieser Politik zu verbieten und sich der Anerkennung der Bantustans zu enthalten. In einer Sonderresolution verurteilte die Konferenz die anhaltende Okkupation Namibias durch die südafrikanischen Rassisten und verlangte deren sofortige Beendigung.

Bei der Diskussion des Problems Verwüstung äußerten die Delegierten, ein neuer und besonders verwerflicher Grund dafür könne der Einsatz chemischer und biologischer Waffen werden. Sie haben in den Dürregebieten, wo sich die biologische Erneuerung langsam vollzieht, besonders verheerende Auswirkungen. In Algerien und in Vietnam z. B. finden sich noch heute Spuren des Einsatzes amerikanischer und französischer chemischer Waffen. Nach Ansicht von Wissenschaftlern werden einige Gebiete hier nie wieder ihr ökologisches Gleichgewicht herstellen können.

Die Konferenz nahm eine Resolution der Delegation von den Kapverdischen Inseln an, in der die Anwendung aller Mittel, die zur Vernichtung der Umwelt führen können, insbesondere biologischer und chemischer Waffen, verurteilt wird.

Sowjetische Erfahrungen

In einem NZ-Interview sagte der sowjetische Delegationschef auf der Konferenz, der Vizepräsident der AdW der UdSSR, A. Sidorenko: „Die Zukunft der Menschheit hängt nicht nur von den Naturressourcen, sondern auch vom Territorium ab. In dieser Hinsicht haben weder der Meeresboden noch die Tundra, sondern gerade die Wüsten entscheidende Bedeutung. Wenn man die Wüsten ausreichend mit Wasser versorgen und dort Oasen schaffen würde, könnte die Welt in Ruhe das Problem der Übervölkerung lösen.“

Bereits jetzt ist es ziemlich schwer, die unheimlich schnell zunehmende Erdbevölkerung zu ernähren. Deshalb bedeutet jeder der Wüste entrissene Quadratmeter so viel für die Bewahrung des Lebens auf der Erde.

Noch ist die Wüste wenig erforscht und noch weniger erschlossen. Aber es ist ganz klar, daß sie in ihren Tiefen reiche Bodenschätze birgt. Mit der Erschließung und dem Abbau dieser Reichtümer könnte die industrielle Entwicklung der Wüste beginnen, was wiederum den Anstoß zur Schaffung einer hochproduktiven Landwirtschaft geben könnte.

Große Beachtung fanden die sowjetischen Erfahrungen bei der Wüstenerschließung. Im Sozialismus wurde das zu einer Sache des ganzen Volkes. In den Wüsten und Halbwüsten der UdSSR wurden hydrotechnische Komplexe sowie moderne Bewässerungssysteme angelegt. Der 1000 Kilometer lange Karakum-Kanal gestattet z. B. die Bewässerung von Wüstenweiden, die Versorgung von Städten und Siedlungen sowie Betrieben mit Wasser und die Entwicklung von Schifffahrt und Fischfang. Infolge einer planmäßigen Arbeit konnten Millionen Hektar zu neuem Leben erweckt werden.

Die harmonische Verbindung von sozialistischer Industrie und Landwirtschaft hat einst tote Wüstengebiete in blühende Oasen verwandelt. Es besteht kein Zweifel daran, daß die neue Verfassung der UdSSR hier einen weiteren Impuls geben wird. In ihr heißt es, in der UdSSR werden „die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur wissenschaftlich begründeten, rationalen Nutzung des Bodens und der Bodenschätze, der Wasserressourcen, der Pflanzen- und Tierwelt, zur Reinhaltung der Luft und des Wassers, zur Gewährleistung der Reproduktion der Naturreichtümer und zur Verbesserung der Umwelt des Menschen getroffen“.

Die UdSSR will gerne ihre Erfahrungen in der Wüstenerschließung weitergeben. Mit Hilfe sowjetischer Fachleute werden in verschiedenen Entwicklungsländern, darunter auch in schwerzugänglichen Dürregebieten, hydrotechnische Anlagen errichtet, Schürfungen nach Bodenschätzen vorgenommen, auf deren Basis Hütten- und Bergbaubetriebe errichtet werden. Ferner wird der Boden durch Bewässerungssysteme erschlossen.

Die Teilnehmer der Konferenz in Nairobi unterstützten den Antrag der UdSSR, in unserem Lande ein internationales Seminar zur Weiterqualifizierung von Experten aus den Entwicklungsländern abzuhalten. „Die sowjetischen Erfahrungen zeigen, daß die Großindustrie zur Grundlage der Entwicklung der Wüstengebiete werden muß. In diesem Zusammenhang sollte man über die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft nachdenken, die es gestattet, die Bodenschätze weitgehend und pfleglich zu nutzen“, sagte Sidorenko.

Die Zeit ist knapp

Der Generalsekretär der Konferenz Dr. Tolba sagte, man habe bereits genügend Erkenntnisse gesammelt, um die Verwüstung wirksam zu bekämpfen. In den Konferenzdokumenten wurden die Gründe für diese Erscheinung analysiert und Beispiele über die erfolgreiche Erschließung von Wüsten angeführt. Durchaus beachtliche Erfolge in diesem Bereich haben nicht nur die UdSSR, sondern auch einige Entwicklungsländer zu verzeichnen.

Großes Interesse bei den Delegierten fanden neue Ideen: Die Schaffung von undurchlässigen Schichten in 30–50 cm Tiefe zur Verhinderung der Verdunstung sowie zur Konzentrierung von Wasser und Nährstoffen im Wurzelsystem oder die Verlagerung von Eisbergen aus der Antarktis.

Die Konferenz in Nairobi anerkannte zum erstenmal die Verwüstung als ein Problem Aller, von dessen Lösung vieles abhängt. Dieses Problem beschäftigt die Menschen in der ganzen Welt. Die konstruktive und offene Diskussion ermöglichte es, einen konkreten Maß-

nahmeplan zur Bekämpfung der Verwüstung zu beschließen.

In diesem Dokument werden verschiedenen Ländern und Regionen wertvolle Empfehlungen gegeben. Ferner wird darin unterstrichen, daß ein „integrierter Maßnahmenkomplex die einzige Möglichkeit ist, die Verwüstung aufzuhalten und die Produktivität der bereits verwüsteten Räume wiederherzustellen“.

„Es wird nicht leicht sein, diesen Plan zu erfüllen“, sagte Dr. Tolba zum Abschluß der Konferenz. „Wir werden nicht wenige Schwierigkeiten zu überwinden haben. Doch wir müssen schon morgen mit unserer Arbeit beginnen. Anders werden wir unser Ziel nicht erreichen können, die Verwüstung bis zum Jahr 2000 zu stoppen.“

Noch ist es nicht zu spät, den Wüstensand aufzuhalten. Die Menschheit darf nicht auf die nächste Katastrophe warten, sie muß sie verhüten. Das aber läßt sich nur unter der Entspannung und im Frieden tun.

Nairobi—Kampala

BRD

Zeilen aus einer Anklageschrift: „Die Angeschuldigte feuerte am 3.2. 1977 gegen 1.30 Uhr im Anwesen am Mühlteich 5a in Starnberg aus dem Revolver Smith and Wesson Nr. 3 j 8631, Kaliber 38 Special, zwei Schüsse auf ihren im Wohnschoß telefonierenden Freund Klaus Knaths, um ihn zu töten.“

Ein Schwerverbrechen, aber doch nicht allzu außergewöhnlich für die Bundesrepublik. Dennoch verwandelte sich der Münchner Justizpalast, wo das Verfahren lief, in eine belagerte Festung. Im Verhandlungssaal Nr. 270, der 136 Personen faßt, versuchten mehr als 1000 unterzukommen. Viele hatten schon seit 6 Uhr früh Schlange gestanden. Der Rekord fiel an den Rentner Josef Schweiger, der sich schon um Mitternacht zur Urteilsverkündung mit Kaffee und belegten Semmeln vor dem Justizpalast häuslich eingerichtet hatte. Die Polizei konnte kaum Ordnung schaffen, Glastüren gingen zu Bruch. Gegen Mittag wurde ein angebundenes Wauwau entdeckt, dessen Frauchen der Prozeß wichtiger war...

Was nun hatte diese Verhandlung über einen Totschlag zu einer Sensation werden lassen?

Die Angeklagte

Interessant für die Sensationsmacher war vor allem die Person der Angeklagten, einer Schauspielerin aus der Münchner Bohème. Ein Soziologe äußerte dazu, man habe es hier mit «Tragödien in einem interessanten Milieu» zu tun. Bevor Ingrid van Bergen ihre bekannte Rolle in den „Rosen für den Staatsanwalt“ spielte, hatte sie schon allenthalben hinter sich. In Hamburger Nachtbars verdingte sie sich für 50 Pfennig pro drei Tänze, dann verkaufte sie Zigaretten im Münchner Haus der Kunst, probierte verschiedene Männer durch und war mit 45 Jahren sowohl in beruflicher wie in persönlicher Hinsicht ausgebrannt.

Ihre ehemalige Popularität wollte die Bergen offenbar durch den Umgang mit Jet-Set-Berühmtheiten behalten, deren Lebenswandel regelmäßig in den Klatschspalten durchgekauft wird. Im Privatleben versuchte sie den 33jährigen Finanzmakler Klaus Knaths an sich zu binden, der ihrerwegen seine

AUSLÄNDISCHE DIPLOMATEN IN TADSHIKISTAN

Die Chefs von 30 in Moskau akkreditierten diplomatischen Missionen europäischer, asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Länder unternahmen eine Reise in die südlichste Republik der Sowjetunion — nach Tadschikistan.

Der Vorsitzende des Ministerrates der Tadschikischen SSR und Außenminister der Republik, R. Nabijew, unterrichtete die ausländischen Gäste über die Erfolge der Republik, die erstmals zu den rückständigsten Randgebieten des zaristischen Rußlands gehörte. Heute besitzt diese Republik eine leistungsfähige Wirtschaft. In den Jahren der Sowjetmacht sind hier mehr als 370 Großbetriebe von fast 100 Industriezweigen gebaut worden. Industrieerzeugnisse der Republik werden in über 40 Länder exportiert.

Die Diplomaten besuchten das Textilkombinat von Duschanbe, die Baustelle des Nurek-Wasserkraftwerkes am

Wachsch und den Baumwollsowchos „Kalinin“ im Rayon Regar. Die Gäste erhielten auch einen Einblick in das kulturelle Leben der Republik. Einen großen Eindruck hinterließ bei ihnen unter anderem ein Besuch im Tadschikischen Opernhaus „S. Aini“, wo sie eine Aufführung des Balletts „Lejli und Medshnun“ erlebten.

Die Reise hat uns die Möglichkeit gegeben, mit eigenen Augen die wahrhaft großartigen Erfolge zu sehen, die die Tadschikische SSR in allen Lebensbereichen — im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, aufzuweisen hat, sagte der venezolanische Botschafter Regulo Burelli Rivas. „Ich habe mich erneut davon überzeugt, wie eigenständig der Charakter der Nationen und Völkerschaften ist, die in der Sowjetunion leben, und welch fest Bande sie vereinen“, hob der Botschafter von Madagaskar, Frederic Randriamamonjy, hervor. Der Außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Botschaft der UVR, Jozsef Toth, sagte: „Alle Erfolge Tadschikistans sind das Ergebnis der Verwirklichung der Leninschen Nationalitätenpolitik. Nur der Große Oktober, nur der Sozialismus konnten dieser Region einen so schnellen Aufstieg sichern.“

G. ALEXANDROW

ANATOMIE EINER SENSATION

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Familie im Stich gelassen hatte. Doch Knaths war nicht gerade ein beständiger Typ, und das schließlich führte dazu, daß die Schauspielerinnen zum Revolver griff.

Ein Drama für die Kinder und Verwandten des Getöteten, für die Töchter der van Bergen und für sie selbst.

Doch was dem einen ein Uhl, ist dem anderen ein Nachtigall. Und so kreisten Juristen und Reporter, wie sich ein Psychologe ausdrückte, in Starnberg „wie Kondore, die auf das Opfer niederstoßen“.

Der Verteidiger

Wenn sich in den Verhandlungspausen Reporter um die Angeklagte drängten, fand sich neben ihr stets ein langnasiger Mann mit wässrigen Augen und einem aufgesetzt lebenswürdigen Lächeln: der Starverteidiger Rolf Bossi. Wer kennt ihn nicht in der Bundesrepublik! Bossi war bei fast allen Sensationsprozessen der letzten Jahre dabei. Er hatte

Deshalb sein Einsteigen in Klamaukverfahren. Er kurbelt den von der Presse ohnehin gemachten Lärm noch an und meint, Kriminalfälle und Presse gehörten heute zusammen. Auf welche Weise auch immer seine Klienten „Popularität“ erlangten, jetzt gehören sie so oder anders zu den „Berühmtheiten“ und haben deshalb das gute Recht, ihre Biographie an die Massenmedien zu verkitschen. Bossi hält sich dabei keineswegs wie ein Quäker, denn solide Sümmchen des Schreibhonorars der Angeklagten wandern als Vermittlungsgelder in seine Tasche.

Die Presse

Ingrid van Bergens Lebensstory hatte sich *Bild* am Sonntag bereits vor dem Drama gesichert, u. zw., Ironie des Schicksals, war Klaus Knaths der Anbieter. Doch die „Bossi-Methode“ gilt auch für andere Prozeßbeteiligte. Der Rechtsanwalt sagt, der Presse sei kein

Die Prozeßreportagen in den drei Bilderblättern — *Springers Bild-Zeitung*, *Abendzeitung* und *tz* (München) — bilden einen einmaligen Mischmasch von Schmutz und Zynismus. Sie boten alle Einzelheiten des intimen Lebens der Prozeßbeteiligten. *Bild* z. B. läßt die Angeklagte die Überlegung anstellen, „Klaus Knaths liege jetzt in einem Zinnsarg, ausgerechnet er, wo er doch so gern gegessen und geliebt hat“. Die Witwe des Ermordeten lief plötzlich, Hände vorm Gesicht, aus dem Verhandlungssaal. Danach erschien in ihren Schreibübungen der Satz, sie habe nicht mehr hören können, wie er ein zweites Mal stirbt. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert das sarkastisch: „Ob der dramaturgisch gut eingesetzte Nervenzusammenbruch wohl vorher mit der Redaktion abgesprochen war?“

Den Eindruck habe ich nicht, denn ich sah die Witwe Knaths im TV-„Report“, wo sie dem Moderator erklärte, die Zeitung habe häufig etwas völlig anderes geschrieben, als sie gesagt hatte. Das ist nun mal so, die Journalisten brauchen eben nur den Anlaß (und das Recht), „Erinnerungen“ nach eigenen Schablonen zu zimmern. Diese Schablonen sind effekterprobt: Die drei genannten Zeitungen haben während der Prozeßtage ihre Auflage um 60 000 Exemplare steigern können.

Das Urteil

Der vorsitzende Richter mußte eingestehen, es sei kaum möglich gewesen, unbefangen an die Tatumstände heranzugehen. Denn noch vor Beginn der Beweisaufnahme hatte die Revolverblätter „die Glaubwürdigkeit der Zeugen geprüft“ und danach Umfragen gestartet, die das Urteil vorwegnahmen. „Das kann man manipulieren“, sagte der Richter.

Ingrid van Bergen erhielt sieben Jahre Freiheitsentzug. Leute von der Zunft vertreten die Ansicht, das Gericht habe damit ein fundamentiertes Urteil gefällt, ohne sich von dem Zeitungsrummel beeinflussen zu lassen. Dennoch hinterließ er seine Spuren. Zu einem wirklichen Skandal wurde nicht der „Fall van Bergen“, sondern das, was die Boulevardblätter über diese Geschichte schrieben, um möglichst viel herauszuschlagen. Die seriöse *Süddeutsche Zeitung* betitelte ihren Prozeßbericht sehr zutreffend: „Wie die Würde verhöckert wird.“ „Was die



Die Presse belagert die Angeklagte im Gerichtssaal

Foto aus „Stern“ (BRD)

einen gewissen Honka verteidigt, der die Leichen seiner Opfer zu zerstückeln pflegte; er verteidigte den Kindermörder Bartsch und den angeheulerten Mörder Kamphausen, der für 50 000 DM eine Dame zur Witwe machen wollte, die auf einen Liebhaber aus war.

Auch im Fall van Bergen waren Bossis Konkurrenten Nase. Dabei ist der große Bossi, wie *Der Spiegel* äußert, nicht einmal immer ein Plus für seine Klienten. Insider sind der Ansicht, er habe nicht wenige Schnitzer gemacht. In einem aber ist er unübertroffen: Er versteht es, jegliche Möglichkeit für Eigenreklame und Bereicherung auszunutzen.

Geld zu schade, sie mache vor nichts halt, wenn es um „Informationsgewinn“ geht. Bossi selbst formuliert das Resultat dieser Informationsjagd folgendermaßen: „Die Zeugin Zametzer ist von der *Bunten* gekauft worden, die Witwe Knaths ist vom *Bild* gekauft worden, die einzigen, die zuerst geschlafen haben, waren die Leute vom *Stern*, die wollten dann die Kinder haben und haben dann die Kinder auch eingekauft für 10 000 Mark.“

Presse daraus gemacht hat, war eine Unmenschlichkeit gegenüber der Angeklagten und gegenüber den Opfern", äußerte sich ein Beobachter.

Gerechtigkeitshalber muß man sagen, daß das Vorgehen der Asphalt-presse kritische und sogar empörte Kommentare in verschiedenen soliden bürgerlichen Zeitungen sowie in einer Fernsehsendung fand. Allerdings wurde das als außergewöhnlicher Fall beurteilt. Verurteilt wurde es nicht. Und die Kravallblätter haben sich lediglich an ihre seit langem bestehende Konzeption gehalten, die einst von Axel Caesar Springer kreiert worden war.

Das Rezept des Zaren

„Wenn es in den vielen und unterschiedlichen Publikationen des Hauses Springer so etwas wie eine für alle verbindliche Linie gibt, würde ich sie nicht regierungstreu, sondern antikommunistisch nennen“, hatte Springer seinerzeit selbst formuliert. Hinzufügen ließe sich, daß diese Linie nicht nur von der Springerpresse, sondern auch von vielen anderen bundesdeutschen Zeitungen verfolgt wird. Mit dem einzigen Unterschied, daß die Springerzeugnisse den gehässigten Antikommunismus predigen.

Der Inhalt der Boulevardpresse besteht gewöhnlich aus zwei Teilen. Zum ersten gehört die sogenannte aktuelle Information, wo es um die Darstellung politischer Ereignisse geht. Ihr wird nicht viel Raum gegeben. Die Information ist in der Regel antikommunistisch gefärbt. (Beispiel: *Bild* versicherte vor kurzem ihren Lesern, die in der ganzen Welt zutage getretene Empörung über die Flucht des Kriegsverbrechers Kappler sei ein Teil der „antideutschen Kampagne“, die von den Kommunisten ausgehe.)

Der zweite, umfangreichere Teil, dient der „Unterhaltung“. Hier finden sich der Polizeibericht, die sogenannten vermischten Nachrichten, Produkte der Trivialliteratur mit einem Anflug von Pornographie, sowie Beiträge aus dem Bereich der Freizeit: Mode und Hobby, Showgeschäft und Sport. Charakteristisch ist die Zuspitzung auf eine Sensation.

Das Wichtigste an den Bilderblättern ist ihr Layout: 25% Text, 20% Bilder, 30% Schlagzeilen und Titel, 25% Reklame.

Eine Meinungsumfrage hat ergeben, daß der Prozeß von Bergen mehr oder minder regelmäßig von

95% der erwachsenen Bevölkerung verfolgt wurde. Die Auflage von *Bild* liegt bei 4 Millionen. Davon können solide Blätter nicht einmal träumen. Darauf gestützt, versichern die Verleger, die Zeitung werde entsprechend dem Publikums-geschmack gestaltet und der Leser stimme mit dem Kauf der Zeitung für sie. Obendrein sei es auch, der Inhalt und Format bestimme. Damit geht der schwarze Peter an den Leser.

In Wahrheit sind die Massenblätter in ihrer politischen Tendenz so identisch, daß der Leser keine Auswahl hat. Häufig gehören die Zeitungen überhaupt einem einzigen Konzern. Auch der Preis erleichtert die Auswahl. Die *Süddeutsche Zeitung* kostet z. B. 1 DM, das Wochenblatt *Die Zeit* 2,20 DM, *Bild* aber kriegt man schon für 30 Pfennige. Sie läßt sich wegen ihres gedrängten Textteils am Arbeitsplatz oder auch auf der Fahrt zur Arbeit lesen.

Auf diese Weise gerät der Leser allmählich an einen Tisch, der ihm aus der Springerküche gedeckt wird. „Wer an dieser Tafel Platz nimmt, ist der Lüge verfallen, es sei denn, er spucke das vergiftete Zeug aus, schon wenn es ihm zwischen die Zähne gerät. Den Journalisten kann man kaum eine Schuld geben, ihnen sind die Rezepte auferlegt: Das stinkende Fleisch der zurechtgemachten Nachricht, die süße Soße, in der Meldung und Kommentar unauflöslich durcheinander gemischt sind, das Zuckerbrot der Inserentenaufträge... Sie müßten wahre Hexenköche sein, wenn sie aus diesen Zutaten eine halbwegs genießbare Zeitungsspeise bereiten wollten. Was bleibt ihnen schon übrig, als mit Sex-Pfeffer und Krimi-Salz den faden Geschmack der Auftrageberwürze zu übertönen?“ schreibt Georg Schmige in „Das bundesdeutsche Kartenhaus“.

Das Geschilderte kennzeichnet zwar nicht vollständig, doch drastisch genug die bürgerlichen Massenmedien der Bundesrepublik und ihren Sprinter, die *Bild-Zeitung*. Was noch zu sagen wäre, ist, daß eine immer lauter als die andere für die Achtung der Menschenrechte (insbesondere in anderen Ländern) und der demokratischen Freiheiten eintritt. Dabei lassen sich die Praktiken von *Bild* und ihresgleichen kaum anders bezeichnen als eindeutige Beleidigung des Begriffs Pressefreiheit.

Bonn

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ihre Versuche, die Gewaltwelle im Westen aus den gesellschaftlichen Gründen heraus zu erklären, scheinen mir unhaltbar. Meiner Meinung nach ist die zunehmende Kriminalität ein Ergebnis des Stresses, dem die Menschen in der heutigen Industriegesellschaft ausgesetzt sind. Die negative Wirkung dieses Stresses macht sich in jedem Industrieland bemerkbar.

Fritz GARDNER
Bonn, BRD



Es diskutiert unser
Redaktionsmitglied
Alexander
IGNATOW

Ich stimme Ihnen zu, daß rein äußerlich der Rhythmus des modernen Lebens und die Anspannung während des Arbeitstages in Frankfurt a. M. und Leningrad, in Hamburg und Moskau, in den anderen Großstädten Europas und Nordamerikas ähnlich sind. Doch wenn wir genauer hinsehen, bemerken wir noch etwas anderes im Leben eines Arbeiters in Frankfurt oder eines Angestellten in Bonn, die es nicht leicht haben, mit den vielen täglichen Unannehmlichkeiten fertig zu werden, die sich aus gesellschaftlichen Erscheinungen ergeben. Jagt denn nicht den meisten Bundesbürgern die Arbeitslosigkeit Angst ein? Der Bundesbürger macht sich natürlich Sorgen um die Ausbildung seiner Kinder. Nicht spurlos gehen an ihm auch die Sorgen um seine Ersparnisse, die galoppierende Inflation und die Verteuerung der ärztlichen Hilfe vorüber.

Bei uns und in den anderen sozialistischen Ländern sind die Menschen zukunfts-gewiß — aus eigener Erfahrung wissen sie, daß ihnen Arbeit und Lohn garantiert sind, daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel stabil bleiben und die Möglichkeit, sich zu qualifizieren und den Kindern Bildung zu vermitteln, nicht in Frage gestellt wird. Diese Zukunftsgewißheit der sowjetischen Menschen beeindruckt die zahlreichen Besucher der UdSSR aus dem Westen.

Hierzu kommt die unterschiedliche Einstellung zum Leben, zur Arbeit und

zur Gesellschaft. Es ist kein Geheimnis, daß die meisten Menschen im Westen in ihrem Staat so etwas wie einen Gegner sehen, der die Steuern herauspreßt, ein anonymes Monstrum, das dem Menschen gegenübersteht. Wenn Sie einmal viele ihrer Landsleute fragen würden, ob ihnen die Arbeit Freude macht, meine ich, daß die meisten das verneinen würden. Eine Ausnahme dürften wohl nur manche Künstler, Wissenschaftler und jene sein, die in kleinen Familienbetrieben selbständig arbeiten. Für die meisten aber ist die Arbeit eher eine schwere, drückende Pflicht als Freude, Erfüllung. Das ist auch verständlich, da sie ja nur arbeiten, um existieren zu können, und der weitaus größte Teil der Früchte ihrer Arbeit in fremde Tasche gelangt. Das führt zu schlechter Stimmung, zu Skepsis, Spannungen und Unzufriedenheit, zu betrogenen Hoffnungen und nicht selten auch zu Verzweiflung. Bringt denn nicht all das Streß hervor?

Der Streß, der mit der Urbanisierung zusammenhängt, geht an niemandem spurlos vorbei (in der Sowjetunion z. B. verzeichnen die Ärzte in diesem Zusammenhang eine Zunahme der Herz- und Gefäßkrankheiten, der Neurosen und eine nachlassende Widerstandsfähigkeit gegen Infektionen). Doch muß das unbedingt zu Gewalt, zu organisiertem Verbrechen führen? Natürlich nicht.

Kürzlich besuchte ich wieder einmal Ihr Nachbarland Frankreich. In der Metro spürte ich, daß sich etwas geändert hatte: Auf jedem Bahnsteig wa-

ren helle Alarmtafeln angebracht. Durch einen Knopfdruck kann man die Polizei herbeiholen. In unserer Metro gibt es eine derartige Signalisierung nicht — sie ist überflüssig.

Auch bei uns gibt es Kriminalität — doch zweifelsohne läßt sich, was Ausmaß und Ursachen betrifft, das keineswegs mit dem vergleichen, was sich im Westen tut.

Bereits viele Jahrzehnte, nachdem wir die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Arbeitslosigkeit, das Problem der verwahrlosten Kinder und die Armut beseitigt, die Warenproduktion und das Dienstleistungsangebot enorm vergrößert und ein Bildungssystem und Gesundheitswesen für alle geschaffen haben, gibt es bei uns nicht die sozialen Voraussetzungen für ein organisiertes Verbrechen. Immer mehr geschieht, um Rechtsverletzungen vorzubeugen. Nicht ohne Grund vermeiden die bürgerlichen Propagandaorgane das Thema der Kriminalität in der UdSSR: Ein diesbezüglicher Vergleich der Lage in den beiden Gesellschaftssystemen ist für sie unvorteilhaft.

Im Westen macht man sich Gedanken über die Gründe für die derzeitige Gewaltwellen. Eine französische Regierungskommission, die unlängst eine Untersuchung dieses Phänomens abschloß, führt u. a. folgende Gründe an: Konsumier und nicht verwirklichtes Verlangen nach Gleichheit. Das stimmt, obgleich das nicht alles ist. Diese Gründe erklären die so unterschiedlich starke Kriminalität in den beiden Gesellschaftssystemen.

Immer wieder lese ich unsere neue Verfassung, und mein Herz füllt sich mit Stolz auf unsere sowjetische Heimat. Ich stelle mir vor, mit welchem Interesse sich die Menschen in den kapitalistischen Ländern mit dem Grundgesetz unserer Lebensweise vertraut machen. Müssen doch die Werktätigen dort vieles, was bei uns bereits real geworden ist, noch erkämpfen — z.B. das garantierte Recht auf Arbeit, auf Bildung und einen Beruf in jedem Bereich gesellschaftlicher nützlicher Tätigkeit... Hat doch unser großer Majakowski nicht ohne Grund gesagt: „Da, lebst, beneidest mich, seht, wer ich bin: Bürger der Sowjetunion.“

M. IWANOW
Leningrad

Jetzt machen sich viele Gedanken darüber, wie die Menschenrechte in den kapitalistischen Ländern im Jahre 2000 aussehen werden. Prof. James Morrell (Großbritannien) verstieg sich z. B. zu meines Erachtens schrecklichen Dingen. Er behauptete, daß die sinkende Geburtenziffer in Großbritannien von 4 Prozent jährlich große Probleme für das Land schafft. Einen Ausweg erblickt er darin, daß die Wissenschaftler in den 90er Jahren künstlich eine „Rasse von Sklavenmenschen“ schaffen könnten. Der Professor sagte das auf dem Seminar „Das Leben in Großbritannien im Jahre 2000“. Ich meine, seinerzeit hätte er durchaus einen NS-Orden verdient.

M. CUESTA
Basel, Schweiz

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 10

Übung 2. Volks-, (des ganzen Volkes), allgemein, allseitig, weltweit, größtmöglich, gut gewappnet, ganz.

Übung 3. 1. Это было научное открытие всемирного значения. 2. В докладе были подведены итоги работы за год. 3. Выступавшие высказали предложение о том, чтобы вынести этот вопрос на обсуждение всего коллектива предприятия. 4. Вокруг небольшого отряда борцов за национальное освобождение сплотится вскоре весь народ. 5. В концерте принимали участие лучшие исполнители советских песен. 6. Пятьдесят процентов взрослого населения страны приняло участие в референдуме.

Zum Gespräch Ihres Kommentators N. Schimmel mit dem Leser J. Gutiérrez (NZ 39) über einen Vergleich der Tarife eines sowjetischen und eines amerikanischen Arbeiters möchte ich folgendes hinzufügen, die Lohnsätze der Traktorenisten in unseren Sowchosen sind nur ein garantierter Mindestlohn. Sie arbeiten im Akkord und erhalten nicht selten in einem Monat bis zu fünf Monatslöhnen, bei Einbeziehung der Prämien noch mehr. Bei einer guten Ernte erhält ein Traktorist allein in einem Sommer eine Prämie von einigen tausend Rubeln.

G. JEMELJANENKO
Urizk, Gebiet Kustanai, RSFSR

ABKOMMEN

über die Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken

Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Republik Kuba, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, im weiteren „die Verhandlungspartner“ genannt, haben,

nach einem weiteren Ausbau der brüderlichen Freundschaft und vielseitigen Zusammenarbeit strebend,

von den Aufgaben ausgehend, die mit der Ausführung des Komplexprogramms für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der RGW-Mitgliedsländer zusammenhängen,

die Zweckmäßigkeit einer engeren und effektiveren Vereinigung der Bemühungen um die Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken anerkennend,

in dem Wunsche, die in ihrer einschlägigen Zusammenarbeit gesammelten Erfahrungen zu erhärten,

die wichtige praktische Bedeutung der Raumforschungsergebnisse für verschiedene Volkswirtschaftsbranchen in Betracht ziehend,

überzeugt, daß der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zu friedlichen Zwecken im Interesse aller Völker der Welt liegt,

die Bestimmungen des Vertrags über die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zugrunde liegenden Prinzipien vom 27. Januar 1967 berücksichtigend,

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Verhandlungspartner werden in jeder Hinsicht zu einem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit der einschlägigen Organisationen ihrer Länder bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken beitragen.

Artikel 2

In Fortsetzung und Erweiterung des 1967 angenommenen Programms für die gemeinsamen Raumforschungen (des Interkosmos-Programms) wird die Zusammenarbeit in folgenden Hauptrichtungen getätigt werden:

Erforschung der physikalischen Eigenschaften des Weltraums,
kosmische Meteorologie,
kosmische Biologie und Medizin,
kosmisches Nachrichtenwesen,
Erforschung der Umwelt mit Hilfe kosmischer Mittel.

Artikel 3

Die Zusammenarbeit in den in Artikel 2 dieses Abkommens aufgezählten Hauptrichtungen kann in nachstehenden Formen erfolgen:

a) Auflassung von Raumfahrtobjekten für wissenschaftliche und praktische Zwecke;

b) Entwicklung von Apparaten für die gemeinsamen Raumforschungen;

c) Experimente mit geophysikalischen und meteorologischen Raketen;

d) gemeinsame Beobachtungen sowie experimentelle und theoretische Forschungen im kosmischen Themenkreis;

e) Bearbeitung, Analyse und Verwertung der Resultate der gemeinsamen Raumforschungen für wissenschaftliche und praktische Zwecke sowie Abfassung gemeinsamer Publikationen;

f) Konsultationen der interessierten Länder und laut Sondervereinbarung gegenseitige wissenschaftliche und technische Hilfe einschließlich des Austauschs von Verfahren zu einzelnen Themen und Projekten, betreffend die Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken;

g) Abhaltung von Symposien, Konferenzen, Kolloquien und anderen Beratungen;

h) Austausch wissenschaftlicher und technischer Dokumentationen und Informationen.

Artikel 4

Die Verhandlungspartner können andere Richtungen und Formen für die Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken festlegen.

Artikel 5

Mit der Koordinierung der Arbeiten an der Ausführung dieses Abkommens wird in jedem Land ein nationales Koordinationsorgan für die Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums (im weiteren „nationales Organ“ genannt) beauftragt.

Artikel 6

Die Zusammenarbeit der einschlägigen Organisationen der Verhandlungspartner soll auf vereinbarten Programmen und Plänen beruhen, in denen die Bedingungen für die konkreten kosmischen Experimente und Forschungen festgesetzt sind.

An den genannten Programmen und Plänen können sich, wenn sie daran interessiert sind, die Organisationen sämtlicher Verhandlungspartner oder einiger von ihnen beteiligen.

Jeder Verhandlungspartner finanziert die Arbeiten und Maßnahmen, die seine Organisationen aufgrund der im vorliegenden Artikel genannten Dokumente ausführen, falls nichts anderes in Sonderabkommen vorgesehen ist.

Artikel 7

Beschlüsse und Empfehlungen zu den Programmen und Plänen für gemeinsame Arbeiten, die gemäß diesem Abkommen vorgenommen werden, faßt und organisatorische Fragen der Zusammenarbeit einschließlich der Bildung und Tätigkeit ständig fungierender gemischter Arbeitsgruppen erörtert eine Beratung der Leiter der nationalen Organe (im weiteren „Beratung“ genannt).

Die Beratungen tagen nicht seltener als einmal im Jahr, in der Regel abwechselnd in den an diesem Abkommen beteiligten Ländern.

Vorsitzender der jeweiligen Beratung ist der Leiter des nationalen Organs jenes Landes, in dem die Beratung tagt.

Zwischen den Beratungen wird die Tätigkeit der nationalen Organe zur Erfüllung dieses Abkommens vom nationalen Organ des Depositärlandes allgemein koordiniert.

Artikel 8

Die Beschlüsse und Empfehlungen der Beratung werden von den Leitern der nationalen Organe mit Stimmenmehrheit angenommen und in einem entsprechenden Protokoll festgehalten. Der Leiter jedes nationalen Organs hat auf der Beratung eine Stimme.

Die Beschlüsse und Empfehlungen der Beratung sind für diejenigen Verhandlungspartner nicht bindend, die sich nicht für ihre Annahme ausgesprochen haben. Diese Partner können aber, falls sie daran interessiert sind, später diesen Beschlüssen und Empfehlungen beitreten.

Über Fragen, die die Zusammenarbeit nur einiger von den Verhandlungspartnern betreffen, wird mit Zustimmung der Leiter der nationalen Organe dieser Partner entschieden.

Artikel 9

Die vereinbarten kosmischen Experimente und Forschungen werden von den einschlägigen Organisationen im Rahmen der ständig fungierenden gemischten Arbeitsgruppen für die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit vorgenommen.

Artikel 10

Die wissenschaftlichen Ergebnisse der gemeinsamen kosmischen Experimente und Forschungen können laut Vereinbarung aller daran beteiligten Länder den Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Organisationen und Institutionen anderer Länder zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 11

Dieses Abkommen läßt die Rechte und Pflichten unberührt, die den Verhandlungspartnern aus anderen

von ihnen geschlossenen internationalen Abkommen erwachsen, ebenso die Rechte der Verhandlungspartner, miteinander oder mit Drittstaaten andere multi- und bilaterale Abkommen über Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken einzugehen.

Artikel 12

Dieses Abkommen ist nach den Gesetzen der Verhandlungspartner zu ratifizieren oder zu bestätigen.

Die Ratifikationsurkunden oder Bestätigungsdokumente werden bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken deponiert, die zum Depositär des Abkommens ernannt wird.

Dieses Abkommen tritt in Kraft, nachdem sechs Verhandlungspartner die Ratifikationsurkunden bzw. Bestätigungsdokumente deponiert haben.

Für die Verhandlungspartner, deren Ratifikationsurkunden bzw. Bestätigungsdokumente erst nach Inkrafttreten des Abkommens deponiert worden sind, tritt das Abkommen am Tage ihrer Deponierung in Kraft.

Artikel 13

Laut Vereinbarung der Verhandlungspartner können diesem Abkommen auch andere Länder beitreten.

Das schriftliche Beitrittsge- such wird an den Depositär gerichtet, und dieser setzt davon alle Verhandlungspartner in Kenntnis.

Der Beitritt zum Abkommen gilt am Tag, an dem zwei Drittel der Verhandlungspartner dem Depositär ihre schriftliche Zustimmung dazu erteilt haben, als vollzogen.

Artikel 14

Dieses Abkommen ist zehn Jahre gültig.

Für jeden der Verhandlungspartner, der sechs Monate vor Ablauf der genannten zehnjährigen Frist und in den darauffolgenden fünf Jahren seine Teilnahme am Abkommen nicht kündigt, bleibt es jedes Mal weitere fünf Jahre in Kraft.

Artikel 15

Ein beliebiger Verhandlungspartner kann dieses Abkommen dadurch kündigen, daß er zwölf Monate vorher den Depositär schriftlich davon benachrichtigt, wovon dieser alle Verhandlungspartner unverzüglich in Kenntnis setzt.

Artikel 16

Das Original dieses Abkommens wird im Archiv des Depositärs hinterlegt, und er läßt entsprechend beglaubigte Abschriften des vorliegenden Abkommens allen Verhandlungspartnern zugehen.

Ausgefertigt in Moskau am 13. Juli 1976* in einem Exemplar in russischer Sprache.

* Das Abkommen ist am 25. März 1977 in Kraft getreten.

Für die Regierung der Volksrepublik Bulgarien:	A. BALEVSKI
Für die Regierung der Ungarischen Volksrepublik:	F. MÁRTA
Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik:	H. KLARE
Für die Regierung der Republik Kuba:	Z. MARINELLO
Für die Regierung der Mongolischen Volksrepublik:	B. SHIRENDEV
Für die Regierung der Volksrepublik Polen:	W. TRZEBIATOWSKI
Für die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien:	Ş. ȚIȚICA
Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:	A. ALEXANDROW
Für die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik:	J. KOŽEŠNÍK

PS

Ruhe, Ruhe über alles

Ein Sonderausschuß des US-Kongresses empfahl, ab 1978 TV-Übertragungen der Sitzungen des Repräsentantenhauses zu erlauben. Hierbei wurden folgende Bedingungen gestellt: Die Kamera wird nur auf den Redner gerichtet, und die Aufnahmen macht nicht ein Mitarbeiter der Fernsehgesellschaft, sondern des Kongresses. „Die Abgeordneten befürchten, daß — wenn die Fernsehkameras von Aufnahmeteams der Fernsehgesellschaften bedient werden — einige in ein schlechtes Licht geraten können, da auch jene, die im Saal schlafen, ins Objektiv geraten“, erklärte der Kongreßabgeordnete B. Sisk.

Lady Porn



Einige leitende Beamte der „Antiporno-Brigade“ von Scotland Yard wurden wegen Korruption verknackt. Von jetzt an soll eine Frau, Major Daphné

Skillern, den Trupp der professionellen britischen Pornobekämpfer leiten. Die Presse reagierte auf ihre Ernennung skeptisch und taufte Major Skillern „Lady Porn“.

Superintellektueller arbeitslos

Der Londoner Thomas Dyer war Lehrer mit beachtlichen Berufserfahrungen. Als umfassend gebildeter Akademiker siegte er zwei Jahre hintereinander in einem sehr schweren BBC-Quiz um den Titel eines „Superintellektuellen“. Nur dort kann Dyer seine ungewöhnlichen Kenntnisse demonstrieren: Er ist schon mehr als ein Jahr arbeitslos.

Auch Kleingeld stinkt nicht

Bereits einige Jahre leidet Italien wegen der Liraentwertung unter einem starken Kleingeldmangel. Man versuchte, Abhilfe zu schaffen, u. a. mit 50- bis 250-Lirascheinen. Privatbanken drucken diese Scheine auf billigem Papier, sie werden schnell abgenutzt und letzten Endes einfach weggeworfen. Kaum jemand möchte extra eine Bank aufsuchen, um das Kleingeldpapier gegen einen neuen Schein umzutauschen. So haben in den letz-

ten beiden Jahren die Banken durch die Emission dieser Scheine einige Milliarden Lira verdient.

Ja, das Schreiben und das Lesen...

Der Dekan der Fakultät für Literatur an der Cornell-Universität im Staate New York, Robert Farrell, leitet an der Universität ein Programm „Kampf gegen das Analphabetentum“ unter den Studenten. Doch plötzlich stellte sich heraus, daß dieser Streiter in der Grammatik nicht stark ist. In einem Brief an eine Lokalleitung, wo er sich polemisch mit den Gegnern dieses Programms auseinanderzusetzen suchte, unterliefen Farrell viele grammatikalische und syntaktische Fehler. Einige seiner Sätze sind, wie die *Washington Post* schrieb, „verwirrend“ und „fast unlesbar“.

Lösegeld oder Betriebsausgabe?

Das Finanzgericht Hamburg fällte kürzlich folgendes Urteil: „Lösegeld, das ein Geschäftsmann bezahlen muß, weil er gekidnappt wurde, ist keine Betriebsausgabe.“ In diesem Zusammenhang bleibt unklar, ob die Entführer die Höhe des Lösegeldes auf dem früheren Stand belassen oder ob sie davon ausgehen werden, daß die meist reichen Opfer ihnen ungern aus der eigenen Brieftasche zahlen.

Aller Segen kommt von oben



Viele Einwohner Hongkongs ziehen es vor, Abfälle direkt aus dem Fenster zu werfen. Das kostet nicht selten Menschenleben. Seit Jahresbeginn wurden bereits zwölf Todesopfer registriert. Allein in letzter Zeit wurden über 1300 Bürger mit einer Geldstrafe belegt, doch auch solche Maßnahmen helfen nicht immer.

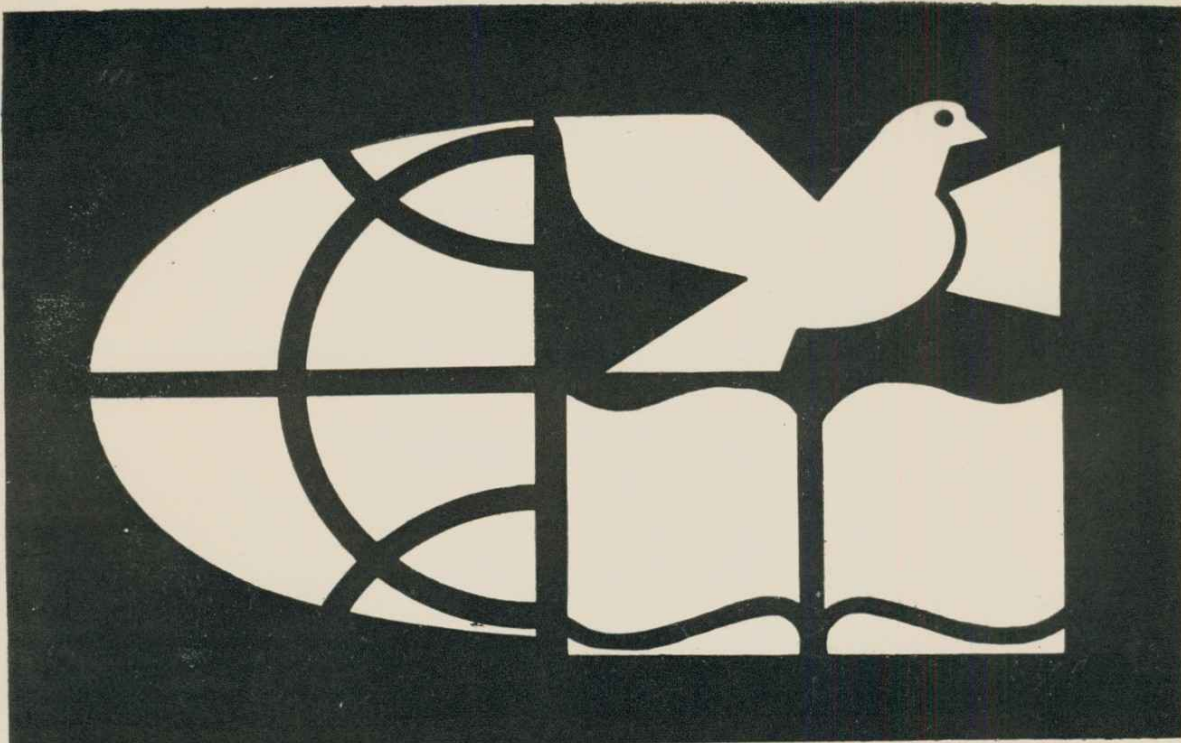
Entwicklungshilfe — nicht altruistisch

Die Weltbank, die offiziell den Entwicklungsländern helfen soll, sorgt sich ganz rührend um das Wohlergehen ihrer eigenen Mitarbeiter. Das Durchschnittsgehalt ihrer 2000 Mitarbeiter beträgt etwa 50 000 Dollar jährlich — bedeutend mehr als das Gehalt von Angestellten der größten New-Yorker Banken.

Das ist die Frage aller Fragen...

Fast jede Woche begeben sich die Eidgenossen zu Wahlurne, um ihre Meinung in einem Referendum zu bekunden. Kürzlich wurde der Vorschlag, weniger Referenden abzuhalten, zur Erörterung vorgelegt. Die Ergebnisse dieses Referendums über die Referenden haben gezeigt, daß die meisten Bürger den Vorschlag unterstützen.

Zeichnungen O. Tesle



V/O MESHDUNARODNAJA KNIGA FÜR LESER IM AUSLAND

Antworten auf Gegenwartsfragen finden Sie
in Werken von Marx, Engels und Lenin;
in Büchern über Philosophie,
politische Ökonomie und Theorie des wissenschaftlichen
Kommunismus;
in der Geschichte der KPdSU und des Sowjetstaates;
in Beiträgen von Staatsmännern und Politikern,
die in der UdSSR herausgegeben werden.

Erhältlich bei den Vertriebsfirmen und Buchhandlungen Ihres Landes, die
mit dem sowjetischen Außenhandelsunternehmen V/O MESHDUNARODNAJA
KNIGA in geschäftlichem Kontakt stehen.



V/O MESHDUNARODNAJA KNIGA
UdSSR, Moskau 121200
Smolenskaja-Sennaja pl. 32/34
Telefon: 244-10-22
Telex: 7160

Mezhdunarodnaya Kniga



FRÜCHTE DER INTEGRATION

In den sechs Jahren seit Annahme des Komplexprogramms für die sozialistische Wirtschaftsintegration sind die Wirtschaftsverbindungen zwischen den Bruderstaaten noch enger geworden.

Unsere Bilder: Das RGW-Gebäude ♦ Abgesandte der Jugend aus der UdSSR, aus Bulgarien und der DDR bauen die Zellulosefabrik in Ust-Ilim ♦ Die Maschinenbauer von Škoda in Plzeň sind auf den Bau von Ausrüstungen für Atomkraftwerke in den RGW-Ländern spezialisiert ♦ Das Wärmekraftwerk in Darchan, einer mongolischen Industriestadt, die mit Hilfe der Bruderländer gebaut worden ist ♦ Der Betrieb in Brotterode (DDR) liefert für Lada- und Moskwitsch-Wagen Scheinwerfer ♦ Beim Bau der Gasleitung aus Orenburg nach der Westgrenze der UdSSR ♦ Die Schwefelsäure-Abteilung im Chemiebetrieb von Nowy Rosdol (Ukraine) wird gemeinsam mit polnischen Freunden gebaut ♦ Junge Kubaner im Rigaer VEF-Werk.

Fotos: TASS
und M. Skurichina

